

Die Niedersachsen-CDU präsentiert:

Das Regierungs- Programm



6.11.93

2/201/16-2 Nds

Vorwort



Niedersachsen hat am 13. März 1994 eine große Chance. Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Weichen für ihre Zukunft selbst richtig zu stellen. In unserem Programm präsentieren wir Ihnen unsere Vorstellung von Politik für Niedersachsen bis zum Jahre 1998 und darüber hinaus. Ein Programm, das den Standort Niedersachsen attraktiv und das Leben in unserem Land auch in Zukunft lebenswert macht. Diese Zukunft setzt die rot-grüne Landesregierung aufs Spiel: Arbeit – Wohlstand – innere Sicherheit und Zukunftsvorsorge sind in Niedersachsen keine Selbstverständlichkeit mehr!

Die Rezession und Strukturschwächen der niedersächsischen Wirtschaft führen zu steigender Arbeitslosigkeit, die zu unserer größten Sorge geworden ist. Wir werden unsere Schwierigkeiten gemeinsam nur meistern, wenn wir Mißstände beim Namen nennen, Lösungschancen entschlossen aufgreifen und die vielen Probleme als Herausforderung begreifen. Der Neuanfang, der nötig ist, wird nur zu schaffen sein, wenn jeder nach seinen Kräften mit zupackt und wenn wir die Lasten gemeinsam tragen.

Die rot-grüne Koalition hat das Land in die falsche Richtung treiben lassen. Sie hat vor den Aufgaben, die sich mit der Einheit verbinden, kläglich versagt. Sie hat Ausgaben veranlaßt, die längst unbezahlbar geworden sind. Sie lebt über unsere Verhältnisse. Sie hat im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie mit ökologischen Argumenten Entwicklungen mehr blockiert, als es die wirtschaftlichen Chancen des Landes vertragen. Sie schafft es nicht, Kritik mit dem Anstand zu ertragen, der Demokraten kennzeichnet.

Rot-Grün hat die Einheit unterschlagen und damit verschlafen. Niedersachsen hat von der Einheit überdurchschnittlich profitiert. Die Landeskasse hatte 18,5 Milliarden zusätzliche Einnahmen. Das Geld ist nicht genutzt worden, um Vorsorge zu treffen für die schwierigen Zeiten, mit denen wir nun fertig werden müssen. Zugleich hat Rot-Grün uns Bürgerinnen und Bürger vorenthalten wollen, daß wir alle mehr verbrauchen, als wir uns unter den neuen Umständen leisten können. Das rächt sich nun.

Wir brauchen eine Wende zur neuen Wirklichkeit hin. Wir brauchen sie auch deshalb, weil wir nur so die Chance gewinnen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue entstehen zu lassen. Nötig aber sind verbesserte Produktionsvorgänge und neue Erzeugnisse. Made in Germany muß Made in Germany bleiben können, sonst wandert die Arbeit aus. Zu neuen Zukunftstechnologien muß eine umweltfreundliche Energieversorgung kommen.

Jeder weiß, daß es keinen Haushalt ohne Müll gibt und kein Wirtschaften ohne Abfall. Die rot-grüne Landesregierung hat den Müll treiben lassen und sich um Standortentscheidungen herumgemogelt. Meine Regierung wird in den ersten zwölf Monaten Standorte festlegen.

Parallel dazu wird der Ausbau der Umweltechnik vorangetrieben. Die Weltausstellung in Hannover kennzeichnet mit ihrem Thema „Mensch – Natur – Technik“ die Herausforderung, die wir annehmen werden.

Politik hat viel zu tun, damit Gesellschaft funktionieren kann. Wir brauchen eine preiswerte und bessere Verwaltung. Ich will beweisen, daß erst weniger Bürokratie zu einer

wirklich guten Verwaltung führt. Die Verwaltungswege gehören gekürzt, die Verwaltungsentscheidungen brauchen Tempo. Ich werde die Zahl der Ministerien verringern und es nicht nur dabei belassen. Das Land erstickt sonst an den Personalkosten und wird unfähig zur dringend nötigen Investition.

Handeln aber allein hilft nicht, wenn wir nicht ein neues Gefühl der Verantwortlichkeit entstehen lassen. Lasten müssen gleichmäßig und gerecht verteilt werden. Familien mit Kindern haben durch Familiensplitting mehr Entlastung als bisher verdient. Die Familie bleibt der Ort, in dem Verantwortungsgemeinschaft zuerst konkret gelebt und erlebt wird. Wir müssen die Angebote zur Kinderbetreuung verbessern und so zugleich den Frauen mehr Chancen verschaffen.

Unsere Jugend braucht ein Schul- und Hochschulsystem, das nicht zum Wartesaal verkommt.

Unsere Gesellschaft wird aber auch durch eine Spirale von Gewalt und organisiertem Verbrechen bedroht. Auch die Öffnung der Grenzen hat die Kriminalität steigen lassen. Angst geht vielfach um, Rot-Grün wird mit ihr nicht fertig. Wir werden der Polizei die Mittel geben, mit denen sie der neuen Qualität des Verbrechens Herr werden kann. Aber mit einem wirksamen, neuen Polizeigesetz allein ist es nicht getan. Eine Gesellschaft, die intakt ist, ist der beste Schutz gegen wachsende Gewaltbereitschaft. Wir müssen der Gewalt den Boden entziehen. Jeder an seinem Platz.

Auch sonst gibt es viel zu tun. Der ländliche Raum darf nicht zum Rest-Raum verkümmern. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen weitere materielle Belastungen erspart bleiben. Zunächst hat der Staat bei sich selber zu sparen und Schwerpunkte zu setzen.

Für alles das und vieles mehr brauchen wir einen neuen Aufbruch. Sie alle bitte ich darum, auf Ihre Weise daran teilzunehmen, mit Ihren Leistungen, mit Ihren Ideen und mit Ihrer Kritik. Wir brauchen alle, die sich über sich selbst hinaus für die Gemeinschaft verantwortlich fühlen.

Nur so gewinnen wir gemeinsam Zukunft.



Christian Wulff
CDU-Ministerpräsidentenkandidat

Verantwortlich:
Niedersachsen-CDU · Böttcherstraße 7 · 30419 Hannover

Inhalt

Kapitel	Seite
1. Unsere Heimat Niedersachsen	5
2. Kirchen und Religionsgemeinschaften in unserer Gesellschaft	7
3. Bürgernahes Gemeinwesen – Politik im Dienst der Menschen	8
4. Mit soliden Finanzen die Zukunft sichern	11
5. Standort Niedersachsen – Arbeitsplätze für die Zukunft	13
6. Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20
7. Mit neuen Ideen und Technologien die Zukunft gestalten	22
8. Niedersachsen muß mobil bleiben	25
9. Niedersachsen muß wieder Vorbild im Umweltschutz sein	28
10. Den ländlichen Raum stärken – den Wandel gestalten	33
11. Den Agrarstandort Niedersachsen sichern	36
12. Dem Schutz des Waldes verpflichtet – Forstpolitik im Interesse von Natur und Umwelt	39
13. Tierschutz – Verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung	41
14. Zur Verantwortung erziehen – Chancen erschließen – durch Ausbildung Zukunft sichern	42
15. Kreativität mobilisieren – zukunftsorientierte Kulturpolitik	48
16. Wir sind Partner des Sports	50
17. Weil wir ein Volk sind – Aussiedler und Vertriebene	52
18. Menschliches Niedersachsen – Gerechtigkeit im Sozialstaat	54
19. Familienpolitik ist bei uns am besten aufgehoben	59
20. Offensive für den Wohnungsbau	61
21. Unsere Städte sollen menschlicher werden	64
22. Vom Kind aus denken – Politik für Kinder	66
23. Jugend als Chance zur Selbständigkeit	68
24. Mit den Frauen Gleichberechtigung durchsetzen	70
25. Ältere Menschen gehören in unsere Mitte	72
26. Niedersachsen – eine Heimat auch für Ausländerinnen und Ausländer	74
27. Schlanke Verwaltung – schnelle Genehmigung – unbürokratisches Handeln	76
28. Kriminalität bekämpfen – Sicherheit stärken	79

1. Kapitel

Unsere Heimat Niedersachsen

Hervorgegangen aus den Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe ist Niedersachsen ein an Kultur und Geschichte reiches Land. Landschaftliche Vielfalt und Schönheit machen unser Niedersachsen zu einem der reizvollsten Länder Deutschlands. Nordseeküste und Harz, Lüneburger Heide, Weserbergland, Emsland oder Hildesheimer Börde geben Niedersachsen seinen unverwechselbaren einzigartigen Charakter. Niedersachsen ist reich an landschaftlicher und kultureller Vielfalt.

Wir Niedersachsen sind stolz auf unser Land. Wir sind dankbar für die Lebensleistungen unserer Vorfahren, die unser Land vorangebracht und Grundlagen für unseren heutigen Wohlstand geschaffen haben. Die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sind mit der Niedersachsen-CDU unter Führung von Ministerpräsident Ernst Albrecht nachhaltig verbessert worden. Neue Chancen wurden konsequent ergriffen, vorhandene Nachteile wurden abgebaut. Niedersachsen hatte in Deutschland erheblich an Gewicht und Bedeutung gewonnen.

Die Regierung Schröder/Trittin hat diesen Fortschritt wieder verspielt. Die Chancen aus der deutschen Einheit, dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Zusammenwachsen Europas sind für Niedersachsen nicht genutzt worden. Die rot-grüne Regierung hat in nur vier Jahren das Land in eine besorgniserregende Finanzkrise gestürzt, statt die erhöhten Einnahmen für Zukunftsinvestitionen zu nutzen.

Die deutsche und die europäische Einigung stellen auch für Niedersachsen eine einzigartige Chance dar. Wir wollen diese Chance ergreifen.

Wir werden unseren Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands durch eine gute Nachbarschaft zu unserem Partnerland Sachsen-Anhalt und durch tatkräftige Unterstützung seines Aufbaus leisten. Engstirniger Wohlstandsegoismus ist heute in der Welt fehl am Platze.

Wir wollen die europäische Einigung vorantreiben, weil nur so Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Menschen in Niedersachsen zu sichern sind.

Wir werden unsere Verantwortung für die Länder Mittel- und Osteuropas sowie die der Dritten und Vierten Welt nicht vergessen. Nur wer in der Lage ist, sein Denken und Handeln für Niedersachsen in globalem Zusammenhang zu stellen, wird Niedersachsens Rolle in Deutschland und im Herzen Europas zum Wohle der Menschen stärken können.

In den letzten Jahrzehnten hat Niedersachsen über 2 Mio. Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler aufgenommen. Sie haben die kulturelle Vielfalt unseres Landes vergrößert und unser Leben bereichert. Wir heißen diese Menschen bei uns willkommen und wollen zu ihnen stehen. Darum wollen wir auch, daß das Land Niedersachsen seine Patenschaft zur Landsmannschaft Schlesien weiterhin wahrnimmt.

Wir wissen, daß wir in den nächsten Jahren sparen müssen. Das verlangt von uns allen mehr Bescheidenheit. Solche Bescheidenheit drückt sich auch darin aus, daß wir uns fragen, ob wir wirklich alles das brauchen, was wir meinen nötig zu haben. Wir wollen auch in schwierigen Zeiten uns darauf konzentrieren, unsere Natur zu schützen, die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft zur Sicherung der Arbeitsplätze zu fördern und in einer freien und

solidarischen Gesellschaft zu arbeiten, die sich durch Menschlichkeit, Selbstbestimmung und Toleranz auszeichnet.

Wir werden unsere ganze Kraft auf allen Ebenen für Niedersachsen einsetzen. Dabei wissen wir: Niedersachsen ist unsere Heimat – Deutschland unser Vaterland – Europa unsere Zukunft.

2. Kapitel

Kirchen und Religionsgemeinschaften in unserer Gesellschaft

Den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt in unserer Gesellschaft nach wie vor große Bedeutung zu. Indem sie von Gott künden und für den Menschen eintreten, helfen sie bei der Suche nach dem Sinn des menschlichen Lebens dabei, die Endlichkeit unserer Existenz und die Vorläufigkeit unseres Handelns zu verstehen. Darum haben Kirchen und Religionsgemeinschaften eine große Bedeutung für die Wertorientierung der Gesellschaft. Auf sozialem und karitativem Gebiet sowie im erzieherischen Bereich leisten sie darüber hinaus vorbildliche Dienste.

Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu regeln, muß ebenso bewahrt bleiben wie ihre Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft ungehindert nachzukommen. Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen in unserer Gesellschaft. Wir heißen den Einsatz ihrer Mitglieder auf Grund ihrer glaubensmäßigen Überzeugung für unsere Gesellschaft und unser Gemeinwohl willkommen. Wir sehen in der Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie, insbesondere in der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, das gemeinsame Anliegen der Niedersachsen-CDU und der christlichen Kirchen.

Wir sind dankbar, daß nach den nationalsozialistischen Verbrechen wieder jüdische Gemeinden in Niedersachsen entstanden sind. Juden und Christen sind durch unauflösliche Gemeinsamkeit ihrer Geschichte und ihres Glaubens miteinander verbunden. Die jüdischen Gemeinden sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie tragen darüber hinaus mit ihrer Existenz und ihrem gesellschaftlichen Engagement zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.

Unter uns leben viele Menschen anderer Religionszugehörigkeiten. Wir achten auch ihre religiösen Überzeugungen und respektieren ihren Wunsch nach freier Religionsausübung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung.

3. Kapitel

Bürgernahes Gemeinwesen – Politik im Dienst der Menschen

Selbstbescheidung der Politik – Gewinn für uns alle

Viele Bürgerinnen und Bürger begehen heute Parteien und Politikern mit Skepsis und Ablehnung. Ihnen wird nicht mehr in ausreichendem Maß das Vertrauen entgegengebracht, das sie brauchen, wenn unsere Demokratie lebendig bleiben soll. Demokratie lebt aber davon, daß möglichst viele sich beteiligen und ihre Vorstellungen einbringen. Wir sind für ein Volksbegehren, um über die Direktwahl der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte und ihre gleichzeitige Einsetzung als Chef der Verwaltung zu entscheiden. Parteien sollen diejenigen Organisationen sein, die diese Vorstellungen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger bündeln, sie in die Politik einbringen und dabei lediglich – so verlangt es Artikel 21 des Grundgesetzes – an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Politikerinnen und Politiker sollen diejenigen sein, die abgeordnet werden, um diese Vorstellungen in den Parlamenten soweit wie möglich umzusetzen.

Seit vielen Jahren haben sich Staat und Verwaltung so ausgedehnt, wie es für eine wirksame Erfüllung der Aufgaben nicht nötig ist.

Im gleichen Zeitraum hat der Einfluß der Parteien in Staat und Gesellschaft so zugenommen, daß der grundgesetzliche Auftrag weit überschritten wurde.

Wir haben spät erkannt, daß der Machtzuwachs der Parteien in Staat und Gesellschaft zu groß geworden ist; von Parteien, die den Eindruck machen, es allen recht machen und alles machen zu wollen.

Wir arbeiten jetzt dafür, daß es nicht zu spät ist.

Aus diesen Gründen wollen wir uns als christliche Demokraten zurücknehmen, nicht von ständiger Machbarkeit reden, sondern die Grenzen der Politik erkennen und uns um Ehrlichkeit bemühen.

Zu dieser Ehrlichkeit gehört, daß wir zugeben, die Herausforderungen falsch eingeschätzt zu haben, die nötig sind, um die Teilung Deutschlands zu überwinden. Es war ein Fehler, vor der letzten Bundestagswahl zu glauben, für die Einheit Deutschlands seien Steuererhöhungen nicht nötig.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch zu sagen: Wir sind froh und dankbar, daß die Wiedervereinigung möglich geworden ist. Damals wie heute waren und sind wir bereit, für diese große Chance der Deutschen jede finanzielle Anstrengung zu übernehmen.

Es war richtig, die Wiedervereinigung schnell zu verwirklichen und nicht auf die SPD zu hören, die sie hinauszögern oder gar nicht wollte.

Der Putschversuch in Moskau und das Auseinanderfallen der Sowjetunion haben uns gezeigt, daß es zur schnellen Wiedervereinigung keine Alternative gab. Auch unsere

Landsleute in der ehemaligen DDR hätten sich nicht über Jahre verträsten lassen, wie die SPD es sich vorgestellt hatte.

Wenn schließlich Gerhard Schröder und andere behaupten, sie seien schon immer für die Wiedervereinigung eingetreten, so ist dies offensichtlich nicht die Wahrheit. Die Menschen in Niedersachsen und den neuen Bundesländern haben nicht vergessen, daß die rot-grüne Landesregierung Schröder/Trittin es war, die im Bundesrat gegen den Einigungsvertrag gestimmt hat.

Die Glaubwürdigkeit der Parteien und Politiker leidet nicht darunter, daß sie Fehler machen. Unglaublich ist es, Fehler nicht zuzugeben und die Politik nicht ändern zu wollen. Wir werden in diesem Regierungsprogramm zeigen, welche Wahlversprechen die rot-grüne Regierung Schröder/Trittin nicht eingehalten hat, welche Fehler sie nicht zugeben will und was wir anders und nach unserer Ansicht besser machen werden.

Im Vordergrund steht jedoch: Politiker und Parteien müssen die Grenzen der Politik erkennen und den Einfluß der Parteien freiwillig zurücknehmen. Wir wollen die parlamentarische Arbeit reformieren und die Tätigkeit unserer Verwaltung einer Aufgabenkritik unterziehen. Wir müssen die Tätigkeit des Staates effizienter und kostengünstiger gestalten und dazu sein Handeln entbürokratisieren und die Verwaltung verschlanken. Das ist die Voraussetzung für die Konsolidierung des Landes. Es ist zugleich eine Optimierung der Verwaltung selbst. Wir wollen schlanke Verwaltung nicht nur, weil dies billiger ist, wir wollen es auch, weil die Verwaltung so schneller und effektiver gestaltet werden kann.

Nach 1990 hat die rot-grüne Landesregierung Schröder/Trittin rund 8900 neue Planstellen (ohne Polizei, Lehrerinnen und Lehrer usw. immerhin noch 6000) geschaffen, davon allein 420 in den Ministerien. Niedersachsen hat damit prozentual den dritthöchsten Personalkostenanteil am Landeshaushalt in ganz Deutschland und die zweitniedrigste Investitionsquote unter allen Flächenländern der Bundesrepublik. Es ist daher kein Wunder, daß es um die Finanzen unseres Landes schlecht bestellt ist.

Eine solche Politik der Versprechungen und der Geldverschwendung können wir uns nicht mehr leisten. Zusätzliche Leistungen wird Niedersachsen nur dann erbringen können, wenn es in anderen Bereichen gelingt, entsprechende Einsparungen vorzunehmen.

Wir sagen vor der Wahl, daß unsere Vorstellungen unter dem Finanzierungsvorbehalt stehen und zu ihrer Durchsetzung auch unpopuläre Einsparungen nötig sein werden.

Ohne die Einsicht der Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger in diese Notwendigkeit werden wir die nötige Umgestaltung unseres Landes und die nationale Aufgabe der Überwindung der Teilung Deutschlands nicht meistern können. Dafür werben wir um die Zustimmung der Menschen.

Wir wagen den Aufbruch

Als Niedersachsen-CDU haben wir den Neuanfang gewagt: mit Christian Wulff haben wir mit überwältigender Mehrheit einen jungen Mann zum Spitzenkandidaten gewählt, der sich durch Sachverstand, Bescheidenheit und Entschlossenheit auszeichnet. Christian Wulff ist der jüngste Politiker, den die CDU jemals für das Amt eines Ministerpräsidenten in Deutschland benannt hat. Mit Christian Wulff wollen wir der politischen Kultur eine neue Wendung geben, um eine Brücke des Vertrauens und der Hoffnung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens und der Politik zu schlagen.

Die Erneuerung der CDU hat nicht beim Spitzenkandidaten halt gemacht. Über 50 % der Kandidatinnen und Kandidaten der Niedersachsen-CDU für den nächsten Landtag haben unserem Landesparlament noch nicht angehört.

Wir wollen aber auch die Brücke zwischen den Generationen festigen. Wir brauchen die älteren Kandidatinnen und Kandidaten, damit sie ihre Erfahrung, ihre Tatkraft und Engagement zum Nutzen aller einbringen. Wir brauchen jüngere und bewährte ältere Kandidatinnen und Kandidaten, um neue Impulse für die Politik von morgen zu setzen.

Die Größe der Aufgabe verlangt es, daß unsere Abgeordneten Sachverstand und Unabhängigkeit glaubwürdig vertreten und den Mut haben, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen und ihre eigenen Fehler zuzugestehen. Wir brauchen daher einen verstärkten Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und alle anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wir streben daher eine Parlamentsreform an, die es ermöglicht, daß Abgeordnete in ihren Berufen zumindest zeitweise wieder tätig sein können, damit der Wechsel zwischen Parlament und beruflicher Tätigkeit leichter wird. Seiteneinsteigern wollen wir es so leichter machen, ihre Vorstellungen in die Arbeit einzubringen. Zur Stärkung der Parlamente fordern wir eine Beschränkung der Mandate pro Person.

Wir wollen die niedersächsische Kommunalverfassung ändern, um das Amt des Landrates bzw. des Bürgermeisters mit dem des Verwaltungschefs zu verschmelzen. Der Landrat bzw. Bürgermeister als Chef der Verwaltung soll künftig direkt gewählt werden können, um so die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und die stärkere Unabhängigkeit von parteipolitischen Interessen zu gewährleisten.

Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern klar machen, daß wir alle der Staat sind und die Gemeinschaft nur eine gedeihliche Entwicklung nehmen kann, wenn sie von allen mitgetragen und mitgestaltet wird. Nur so können wir Politikverdrossenheit zurückdrängen und resignierte Flucht ins Privatleben stoppen. Mittel dazu können neben dem Volksbegehren im Lande auch Bürgerbegehren in den Kommunen und veränderte Strukturen der Willensbildung in den Parteien sein. Unter diesem Blickwinkel müssen wir auch unser Steuer- und Abgabensystem überprüfen. Nur wenn das System transparent ist, Verwendung und Sinn von Abgaben deutlich werden, wird dies von den Menschen akzeptiert.

4. Kapitel

Mit soliden Finanzen die Zukunft sichern

Eine solide und verlässliche Finanzpolitik ist die unabdingbare Voraussetzung allen staatlichen Handelns. Wer die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes zerstört, gefährdet die Hilfe für alte, kranke und behinderte Menschen, verhindert aktive Umweltschutzpolitik des Landes und belastet die Zukunft der kommenden Generationen.

Rot-Grün ist eine Ausgaben- und Schuldenkoalition. Sie hat sich als unfähig erwiesen, mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger solide umzugehen.

Die rot-grüne Regierung hat Niedersachsen in nur vier Jahren in eine besorgniserregende Finanzkrise gestürzt. Selbst die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte des Landes haben nicht ausgereicht, um mit den Ausgaben der rot-grünen Regierung Schritt zu halten. Seit 1990 hatte das Land nach Abzug aller Verpflichtungen durch die Wiedervereinigung 18,5 Mrd. DM mehr Steuern und Bundesmittel eingenommen.

Die Regierung Schröder/Trittin hat diese gute Einnahmesituation nicht genutzt, um – wie andere Bundesländer – die Neuverschuldung zurückzuführen und Vorsorge für konjunkturell schwierige Zeiten zu treffen. Im Gegenteil: Sie hat die Ausgaben in unverantwortlicher Weise ausgeweitet, besonders im konsumtiven Bereich. Dadurch wird die Verschuldung des Landes auf über 50 Mrd. DM ansteigen.

Um die entstehenden Finanzierungslücken zu stopfen, hat Rot-Grün

- 1,6 Mrd. DM Rücklagen vollständig aufgebraucht, die von der CDU/FDP-Regierung als Sparguthaben für schlechte Zeiten gebildet worden waren,
- mit 3 Mrd. DM in dieser Legislaturperiode die Kommunen zusätzlich belastet,
- mit rd. 1 Mrd. DM durch neue Abgaben und Gebühren Bürger und Betriebe zusätzlich belastet,
- die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre unvertretbar ausgeweitet und den Kommunen weitere Kosten aufgebürdet.

Die zukunftssichernden Investitionen des Landes wurden drastisch gekürzt, die Personalausgaben des Landes dagegen auf Rekordhöhe hochgeschraubt. Niedersachsen hat heute die teuerste Verwaltung aller Flächenländer in Deutschland. Diese Finanzpolitik der Schröder-Regierung gefährdet Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze.

Niedersachsen hätte bei Fortführung der rot-grünen Finanzpolitik keine Chance, in der gegenwärtigen Krisensituation die Wachstumskräfte und Investitionen des Landes zu stärken.

Jetzt müssen wir das Steuer herumwerfen. Wir können nur über eine konsequente Sparpolitik die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes wiedergewinnen. Es werden jedoch Jahre nötig sein, um die Folgen rot-grüner Verschwendung zu reparieren. Noch können wir die zerrütteten Landesfinanzen wieder konsolidieren, wenn wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung unter Wahrung sozialer Gerechtigkeit die Leistungen des Landes auf das wirklich Erforderliche begrenzen.

Wir wollen eine solide und verlässliche Finanzpolitik gestalten, welche

- die Leistungsfähigkeit des Landes beachtet und grundsätzlich die Ausgaben des Landes stärker mit den Einnahmen in Einklang bringt,

- die notwendigen Ausgaben nicht über zusätzliche wettbewerbsverzerrende Abgaben von Bürgern und Betrieben finanziert, welche diese in Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern benachteiligt,
- die Investitionstätigkeit des Landes ohne neue Verschuldung verbessert, weil nur das Arbeitsplätze sichert und neue schafft,
- die notwendige Vorsorge betreibt für künftige Haushaltsrisiken.

Diese Ziele verlangen, daß wir den Verwaltungsaufwand des Landes drastisch senken und die Kosten der Staatsbürokratie zu Gunsten von Investitionen entschieden zurückschrauben. Wir wollen durch unabhängige Gutachten die Organisation und Aufgaben der Landesverwaltung durchleuchten und Einsparmöglichkeiten aufzeigen. Mit einer Haushaltsstrukturkommission, der erfahrene externe Fachleute wie Bund der Steuerzahler, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften angehören sollen, wollen wir alle Aufgaben und Ausgaben des Landes auf den Prüfstand stellen. Wir wollen Staatsaufgaben abbauen, die sich überholt haben und solche, die sich für Privatisierung eignen, zur Privatisierung anbieten.

Alle Verwaltungsverfahren wollen wir mit dem Ziel überprüfen, sie zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wir wollen die Landesverwaltung modern und schlanker gestalten. Nur wenn wir die Landesverwaltung von unnötigem Verwaltungsballast befreien, gewinnt sie den notwendigen Handlungsspielraum für neue Aufgaben und Chancen und schafft finanziellen Spielraum für landespolitisches Handeln. Diese Maßnahmen werden auch und insbesondere die kommunalen Haushalte entlasten.

Wir wollen die Hilfen des Landes effektiver und zielgerichtet gestalten. Alle Subventionen und Transferleistungen müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Mitnahmeeffekte müssen ausgeschlossen werden. Wo eine Zahlung nur übergangsweise notwendig ist, muß die zeitliche Begrenzung von Anfang an festgelegt werden. Die staatliche Förderpolitik muß sich darauf konzentrieren, Initialzündungen auszulösen.

Wir wollen den Sozialstaat konsequent umbauen, um ihn so gerechter zu gestalten. Die CDU kennt ihre soziale Verantwortung. Soziale Sicherheit ist das Fundament der Menschenwürde und des sozialen Friedens. Wir dürfen aber gerade jetzt die wirtschaftlichen Quellen unserer sozialen Sicherheit nicht verschütten. Deshalb können wir soziale Leistungen nicht einfach ausweiten, sondern müssen neuen sozialen Aufgaben durch Umgestaltung begegnen. Wie fast alle europäischen Staaten müssen auch wir soziale Leistungen durchforsten. Das schließt die Beseitigung des Mißbrauchs ein. Nur durch eine Konzentration der freiwilligen Leistung des Landes auf die Menschen, die der Hilfe der Solidargemeinschaft bedürfen, können wir die soziale Leistungsfähigkeit des Landes erhalten und den alten und behinderten Menschen ihre soziale Zukunft sichern.

Die CDU ist sich bewußt, daß auch die Kürzung von freiwilligen Leistungen schmerzlich sein kann. Aber wir dürfen und können heute nicht über unsere Verhältnisse leben, weil wir sonst morgen noch schwerwiegendere Nachteile hinnehmen müßten. Unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Leistungskraft sind keine Selbstverständlichkeit. Internationale Veränderungen stellen uns vor neue Herausforderungen. Gerade deswegen müssen wir mit einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik das Fundament für politische Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

5. Kapitel

Standort Niedersachsen – Arbeitsplätze für die Zukunft

Die Wiedervereinigung hat Niedersachsen wieder in die Mitte Deutschlands und Europas rücken lassen. Dies eröffnet auch neue Chancen für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Niedersachsen.

Die rot-grüne Landesregierung hat die damit verbundene Möglichkeit nicht genutzt, um für Strukturverbesserungen zu sorgen.

Wir befinden uns vielmehr gegenwärtig in einer tiefgreifenden Strukturkrise, aus der wir nur herausfinden werden, wenn alle Kräfte in Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung bereit sind. Es ist in diesem Sinne dringend notwendig, diese Leistungskraft der vorhandenen Betriebe zu stärken und neue Arbeitsplätze durch die Förderung von Zukunftstechnologien zu schaffen. Während die rot-grüne Landesregierung der Zukunft den Rücken zuwendet, indem sie überholte Ängste vor neuen Technologien kultiviert, will die CDU, daß Niedersachsen die Zukunft gewinnt. Dazu gehört nicht zuletzt die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Aufgeschlossenheit für neue Technologien. Wenn wir die gegenwärtige Strukturkrise meistern und die Chancen der Zukunft nutzen wollen, muß die Politik zuerst attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Zu den Rahmenbedingungen gehören **eine solide Finanzpolitik, der Abbau bürokratischer Hemmnisse, die Vereinfachung, Beschleunigung und stärkere Berechenbarkeit von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, die Privatisierung staatlicher Leistungen und eine moderne schlanke Verwaltung**, die sich vorrangig als Service- und Dienstleistungsunternehmen begreift.

Zu den Grundvoraussetzungen einer verlässlichen berechenbaren Wirtschaftspolitik gehören darüber hinaus eine **gesicherte, umweltverträgliche und kostengünstige Energieversorgung und eine zukunftssichere Abfallentsorgung**.

Um die Basis unserer gemeinsamen wirtschaftlichen Zukunft zu erhalten, brauchen wir schließlich ein **differenziertes Schulwesen, praxisorientierte Ausbildungswege und die Bereitschaft zur Leistung**.

Dazu gehört aber auch, daß schon bei jungen Menschen das Verständnis für die Zusammenhänge von technischem Fortschritt, sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz geweckt wird.

Wir wollen die Krise meistern

Die Bundesrepublik durchlebt in Verbindung mit dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel eine der schärfsten Rezessionen der Nachkriegszeit. Der massive Konjunkturunbruch resultiert vor allem aus dieser tiefgreifenden Strukturkrise. Durch die Öffnung der Märkte wird das erhebliche Ost-West-Lohngefälle wettbewerbswirksam. Jetzt erkennen wir, daß wir in westlichen Industriebereichen zu umständlich und zu teuer produzieren. Die Folge: Produktionen und Firmen wandern ab. In wichtigen Industriebranchen wie Automobil,

Chemie oder Maschinenbau werden, auch in Niedersachsen, Arbeitsplätze dauerhaft verlorengehen. Rot-grüne Landespolitik zieht daraus nicht notwendige Konsequenzen. Sie verschärft die Probleme, anstatt sie zu lösen:

- Anstatt auf neue Technologien zu setzen, behindert sie die Erprobung und Nutzung neuer Möglichkeiten. Doch nur wer Spitzenprodukte herstellt, kann hohe Löhne garantieren.
- Anstatt in den Standort Niedersachsen zu investieren, hat sie den Investitionsanteil im Landeshaushalt auf nur noch 11 % verringert, gleichzeitig aber den Personalkostenanteil am Landeshaushalt auf über 42 % erhöht. Doch nur, wer investiert, begründet den Wohlstand von morgen.
- Anstatt wirtschaftliche Initiativen zu fördern, sorgt sie für die Behinderung der Planung und Genehmigung wichtiger Vorhaben, z. B. die vorgesehene Verbandsklage. Doch nur, wer Initiativen und Innovationen fördert, schafft neue Arbeit für viele.

Die Niedersachsen-CDU kann nicht versprechen, daß alle diese Arbeitsplätze erhalten bleiben. Aber wir werden das Wachstum vorantreiben und den Betrieben den Weg freimachen, damit möglichst viele Arbeitsplätze in den von der Strukturkrise betroffenen Branchen entstehen können. Wir müssen in allen Branchen wachsen, in denen die Wertschöpfung hoch ist.

Wir versprechen nur das, was wir halten können

Die Verschuldung Niedersachsens ist in der rot-grünen Regierungszeit um zehn Milliarden gestiegen, obwohl die gute Konjunktur dem Land zusätzlich 18,5 Milliarden an Staatseinnahmen erbracht hat. Das oberste Gebot heißt deshalb Schuldenabbau statt neuer staatlicher Ausgabenprogramme. Wir müssen zuerst die Hinterlassenschaften von Rot-Grün beseitigen. Programme, die Ausgaben verlangen, können nur über Umschichtungen finanziert werden. Aber per Saldo muß weniger ausgegeben werden.

Genehmigungsverfahren sollen schneller, berechenbarer und überschaubarer werden

Schleppende, zeitaufwendige und unberechenbare Genehmigungsverfahren behindern die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens. Unternehmen entscheiden sich zunehmend für ausländische Standorte, Arbeitsplätze gehen in Niedersachsen verloren.

Die Ausweisung neuer Industrie- und Gewerbeflächen wird immer stärker mit Auflagen und zusätzlichen Prüfungen belastet. Dies behindert Ansiedlungsangebote oder führt gar zur Abwanderung expandierender Betriebe.

Der Bau von Autobahnen und neuen Schienenstrecken dauert durch die vielstufigen Planungs- und Genehmigungsverfahren heute zwischen zehn und zwanzig Jahren.

Viele Genehmigungsverfahren dauern heute so lange, weil das Antragsverfahren zu komplex ist. Nicht nur Unternehmen als Antragsteller, auch Behörden als Prüf- und Genehmigungsinstanz sind überfordert. Deshalb müssen Antragsverfahren für Unternehmen und Verwaltung transparent und verständlich sein. Schnelle Genehmigungsverfahren schließen Rechtssicherheit und korrekte Abwicklung, Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeit ein. Die guten Erfahrungen mit dem Beschleunigungsgesetz in den neuen Bundesländern zeigen dies.

Wir wollen, daß Niedersachsen damit werben kann, daß die Genehmigungsverfahren in festgesetzten, kurzen Fristen abgewickelt werden.

Zunächst müssen und können wir einfache Genehmigungsverfahren durch die Anzeigepflicht ersetzen. Das gilt beispielsweise für einfache Baugenehmigungen.

Für industrielle Anlagen, die schon mehrfach in identischer Bauart erstellt und genehmigt wurden, muß es ein vereinfachtes Verfahren geben, in dem die Anlage mit Verweis auf andere schnell genehmigt wird und nicht so behandelt wird, als sei sie die erste ihrer Art in Deutschland.

Alle Gesetze, die dann noch Genehmigungsverfahren erfordern, sind mit zwei Fristen zu versehen:

Innerhalb einer kurzen Frist von zwei bis vier Wochen je nach Komplexität ist der Antrag, den ein Unternehmen zum Bau oder Betrieb einer Anlage stellt, von der Behörde auf Vollständigkeit zu prüfen. Wenn Unterlagen fehlen, müssen diese sofort angefordert werden.

Über den Antrag muß danach in einer vorgegebenen Bearbeitungsfrist entschieden werden. Diese muß so lang sein, wie die Behörde zur gewissenhaften, auch konsequenten Prüfung benötigt, aber auch nicht länger. Das könnten bei einem Fall sechs Wochen, beim anderen bis zu sechs Monate sein. Der Zeitpunkt der Entscheidung muß vorab bekannt sein. Wird die Entscheidung nicht innerhalb der Frist mitgeteilt, gilt der Antrag als genehmigt.

Antragskonferenzen zu einem frühen Zeitpunkt können bei komplizierten Verfahren erheblich zur Verfahrensverkürzung beitragen.

Diese gesetzliche Regelung sollte in einem Artikelgesetz für alle landesrechtlichen Regelungen, die die Wirtschaft betreffen, umgesetzt werden.

Beteiligungsrechte sollen in der Sache nicht geschmälert werden. Aber die Spielregeln müssen konkreter werden. Und die Verfahren dürfen durch die Bürgerbeteiligung nicht endlos in die Länge gezogen werden. Der Kreis derjenigen, der Einsprüche erheben kann, muß sich auf die tatsächlich Betroffenen beschränken. Ein Mißbrauch muß ausgeschlossen werden.

Wir wollen möglichst viele Anregungen in die Verwaltungsverfahren einbeziehen. Dazu sind frühzeitige Gespräche mit Betroffenen und Anregungen aus der Bürgerschaft notwendig und willkommen. Eine förmliche Einbeziehung einer neuen Verbandsbürokratie und die Verbandsklage, womit Nichtbetroffene die Verfahren verzögern können, darf es nicht geben.

Verstärkte Privatisierung öffentlicher Leistungen Die staatliche Verwaltung muß schlanker und leistungsfähiger werden

Der öffentliche Dienst ist mit Aufgaben überlastet, die nicht originär Aufgaben der öffentlichen Hand sind. Eine Entlastung von nicht hoheitlichen Aufgaben kann die dringend notwendige Personal- und Kostenreduzierung einleiten.

In Teilbereichen (z. B. Kläranlagen) bestehende Privatisierungserlaubnis hat die Vorteile bewiesen: Der Bürger zahlt niedrigere Abwassergebühren als bei identischen Kläranlagen in kommunaler Regie. Hier muß ein neuer Privatisierungsschub einsetzen.

Viele Aufgaben können ebenso gut oder besser von der Privatwirtschaft wahrgenommen werden. Wir treten deshalb für eine verstärkte Privatisierung öffentlicher Leistungen ein. Alle Aufgaben, die privatisiert werden können, müssen zur Privatisierung ausgeschrieben werden.

Neben einer Privatisierung öffentlicher Leistungen ist die Verwaltung in ihrer Effizienz zu stärken. Notwendig ist eine kontinuierliche und systematische Aufgabenkritik gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, damit Aufgaben, die sich überholt haben, abgebaut und umständliche Verwaltungsverfahren und Richtlinien vereinfacht werden können. **Wir werden alle landesspezifischen Ausstattungsstandards für fünf Jahre außer Kraft setzen, um zu überprüfen, ob sie entbehrlich sind.** Wir wollen beim Ablauf von Genehmigungsverfahren die Hierarchieebenen der öffentlichen Verwaltung auf ihre Notwendigkeit überprüfen und wo möglich, reduzieren. Wir wollen Doppelverwaltungen abbauen und Aufgaben nach unten verlagern.

Allein in den Ministerien hat die rot-grüne Landesregierung den Personalbestand unverantwortlich um 20 % aufgestockt und ein zusätzliches Ministerium sowie zusätzliche Abteilungen geschaffen, um damit vor allem die eigene Parteibuchwirtschaft im öffentlichen Dienst zu betreiben. Wir wollen den ausgeufernten Personalbestand in den Ministerien wieder reduzieren.

Wir müssen verstärkt Industrie- und Gewerbeflächen vorhalten

Zum attraktiven Wirtschaftsstandort gehören neben schnellen Genehmigungsverfahren auch schnell verfügbare Ansiedlungs- und Erweiterungsflächen für Industrie und Gewerbe. Insbesondere bei Industrie- und Gewerbeflächen besteht in Niedersachsen ein großes Defizit. Wer keine Standorte hat, kann auch nicht ansiedeln.

Der Wettbewerb der Regionen um Industrieunternehmen und Arbeitsplätze ist mit dem Binnenmarkt schärfer geworden. Nur wer den „schnellen“, sofort verfügbaren Standort anbietet, kann erfolgreich sein.

Fläche ist dabei nicht gleich Fläche. Der eine Unternehmer braucht den Anschluß an die Autobahn, der andere die Nachbarschaft zu Lieferanten, für einen dritten ist ein ausreichendes Angebot von Facharbeitern wichtig oder die Nähe zur Universität.

Nicht der Staat, sondern die Unternehmen wissen, welcher Standort für sie der richtige ist. Der Staat muß aus seiner Flächenvorratshaltung das anbieten können, was das Unternehmen als sein Kunde will.

Ein Sonderprogramm „Standortkonversion“ wird dabei besondere Prioritäten haben. Wir verpflichten uns damit, an bisherigen Standorten von Militäreinheiten Initiativen für eine schnelle und wirkungsvolle wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Dabei können Sonderzuweisungen helfen, daß Gewerbegebiete erschlossen, Firmen angesiedelt oder etwa vorhandene Militärgebäude zu Wohneinheiten genutzt werden. Wir wollen Industriebrachen sanieren und für Industrie- und Gewerbeansiedlungen wieder nutzbar machen. Wir wollen darauf hinwirken, daß der Luftbodenschießplatz Nordhorn-Range aufgehoben wird.

Prämien für die Ausweisung von besonderen Standorten

Die CDU hält es für falsch, daß die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen keine Müllverbrennungsanlagen errichtet, gleichzeitig aber außerhalb Niedersachsens Müllverbrennung in großem Stil betreibt. Dies ist ein drastisches Beispiel für inkonsequente, den Bürger täuschende Politik.

Auch wenn wir die Abfallmengen unserer Industrie- und Konsumgesellschaft verringern

und unvermeidbare Abfälle solange wie ökonomisch und ökologisch sinnvoll in der Produktion wiederverwerten, bleibt die thermische Nutzung in Müllverbrennungsanlagen unvermeidlich.

Eine gesicherte Entsorgung gehört für unsere Betriebe zu den wichtigen Standortfaktoren in Niedersachsen. Die Landesregierung gefährdet mit ihrer Untätigkeit Arbeitsplätze. Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes verlangt dringend nach Ansiedlungsflächen für Müllverbrennungsanlagen zur thermischen Behandlung von Siedlungs- und Sonderabfällen als Voraussetzung für eine umweltfreundliche Ablagerung.

Doch diese Vorbehalte bestehen nicht mehr zu Recht. Sie sind von der rot-grünen Regierung zur Stützung ihrer eigenen Untätigkeit bei der Errichtung von neuen Anlagen mißbraucht worden. Anlagen dieser Art werden nach wie vor auch von den Menschen als besonders belastend empfunden. Und es ist schwierig, Standorte für sie zu finden. Wir wollen hier Überzeugungsarbeit leisten, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt, aber zugleich technologisch verantwortbare Lösungen für die Beseitigung des Abfalls der Industriegesellschaft erreichen. Gemeinden, die für solche Anlagen Flächen bereitstellen und damit für die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Regionen eine wichtige Voraussetzung schaffen, erbringen eine besondere Leistung. Wir wollen daher solchen Gemeinden Sonderpräferenzen bei der Förderung von Erschließungsvorhaben, bei der Verkehrsinfrastruktur wie etwa beim bevorzugten Bau einer Ortsumgehung einräumen.

Mit dem Abbau von Subventionen ernst machen

Initiative fördern

Beratung und Information verbessern

Subventionen für Einzelbetriebe haben meist nicht den gewünschten Erfolg. Wir müssen die begrenzten Wirtschaftsfördermittel des Landes darum gezielt und wirkungsvoll ansetzen. Niedersachsen kann sich eine Wirtschaftsförderung nach dem Gießkannenprinzip nicht mehr leisten. Wir wollen konsequent solche einzelbetrieblichen Subventionen abbauen, die durch Mitnahmeeffekte und Fehlleitungen gekennzeichnet sind.

Statt einzelbetrieblich die Produktion zu subventionieren, wollen wir über Beratung und Information Anschubhilfen geben. Das kommt einer Vielzahl von Unternehmen zugute. Der Unternehmer und die Unternehmerinnen bleiben in der Verantwortung für ihre Betriebe und die darin enthaltenen Arbeitsplätze.

Wir begünstigen den Export von mittelständischen Unternehmen über die Förderung von Messeständen im Ausland. Wir greifen Hinweise über Exporthemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen auf und bemühen uns um Abhilfe.

Wir wollen die Steuerbelastung der Unternehmen und Betriebe abbauen

Wir werden über den **Bundesrat** darauf dringen, daß die **Unternehmenssteuern gesenkt werden**, sobald die Finanzierung der Einheit das erlaubt. Wenn deutsche Unternehmen Arbeitsplätze in Ländern mit niedrigen Steuern verlagern, weil sie der internationale Wettbewerb dazu zwingt, wenn ausländische Unternehmen aus demselben Grund nicht hier investieren, dann ist **die Höhe der Unternehmenssteuern keine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, sondern der Notwendigkeit im Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen**

und Einkommen. Deutschland wird nicht ein Niedrigsteuerland werden. Aber eklatante Differenzen zum Ausland müssen reduziert werden. **Steuern, die insbesondere den Mittelstand hart treffen, müssen vorrangig abgebaut werden.**

Die Leistungsfähigkeit unserer mittelständischen Betriebe muß gestärkt werden

Die Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft beruht auf einer ausgewogenen Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Wirtschaftskraft, Ideenreichtum und Erfolgswille mittelständischer Unternehmen sind für die Investitions- und Wachstumsbelegung und damit für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen von besonderer Bedeutung.

Die niedersächsischen Unternehmen stehen in einer schwierigen Umbruchphase. Durch den EU-Binnenmarkt entstehen für sie neben neuen Chancen auch neue Risiken. Der zunehmende Konkurrenzkampf in der **Automobilindustrie** führt bei den **Zulieferern** aus Industrie und Handwerk zu einem starken Wettbewerbsdruck. Auch im **Handwerk** schlägt der **Strukturwandel** ein rasches Tempo ein.

Dringend geboten ist eine größere **Kooperationsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen** sowohl national als auch international, damit sie z. B. im Zulieferbereich gemeinsam als Systemanbieter ihre Marktchancen verbessern können und insgesamt im EU-Binnenmarkt und in Osteuropa neue Märkte gewinnen können.

Für die Innovationskraft von Betrieben ist deren Investitionskraft ein entscheidender Faktor. **Durch steuerliche Entlastung muß vor allem die Eigenkapitalausstattung kleiner und mittlerer Betriebe verbessert werden.** Für kleinere und mittlere Unternehmen ist die **Verbesserung bei der erbschaftsteuerlichen Behandlung von Betriebsvermögen sowie weitere Entlastung bei ertragsunabhängigen Steuern** besonders wichtig. Dadurch bedingte überproportionale Einnahmeverluste der Kommunen müßten durch Zuteilung anderer Steuerquellen ausgeglichen werden.

Die Wiederbelebung des Mittelstandsprogramms soll bevorzugt erfolgreiche Existenzgründungen ermöglichen. Für Existenzgründungen müssen **preisgünstig Gewerbeflächen** zur Verfügung stehen. Wir müssen auch im Sinne einer organischen Stadtentwicklung dafür sorgen, daß das Handwerk nicht aus den Städten verdrängt wird. Gerade in diesem Bereich werden wir uns dafür einsetzen, daß die **Tendenz zur völligen Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten gestoppt wird.** Dazu benötigen wir **wohnungsnahe Gewerbeflächen.** Außerdem müssen wir für das **Handwerk neue innerstädtische Ansiedlungsmöglichkeiten** erschließen.

Fremdenverkehr fördern

Wir wollen den Tourismus in Niedersachsen sichern und ausbauen. Der Fremdenverkehr gehört zu den bedeutendsten und arbeitsplatzintensiven Wirtschaftszweigen in Niedersachsen.

Um die Konkurrenzfähigkeit der bestehenden Kur-, Erholungsorte und Fremdenverkehrsgebiete zu sichern, wollen wir die notwendigen Qualitätsverbesserungen des Beherbergungsgewerbes und die Anpassung der Freizeiteinrichtungen an die Wünsche der Gäste fördern. Wir wissen, **daß die Fremdenverkehrsarbeitsplätze und die wirtschaftliche**

Zukunft der Fremdenverkehrsgebiete weitgehend auf große Urlauberströme und hohe Übernachtungszahlen angewiesen sind. Um die Attraktivität der Fremdenverkehrsgebiete langfristig zu sichern, müssen die **Umweltbeeinträchtigungen durch den Massentourismus** gezielt abgebaut werden. Dabei gilt der **Verkehrsentlastung sensibler Fremdenverkehrsgebiete** unser Hauptaugenmerk.

Falsch ist die einseitige Festlegung ganzer Regionen auf bestimmte Urlaubs- und Ferienangebote wie z. B. den „sanften Tourismus“. Wir wollen ein vielschichtiges Tourismusangebot, das sich an der Nachfrage der Menschen orientiert. Der zunehmenden Freizeit und den wachsenden und sich wandelnden Freizeitaktivitäten muß ein attraktives Angebot gegenüberstehen. Wir wollen neue Urlaubsangebote wie den Städte- und Wochenendtourismus, Kulturreisen oder den naturverbundenen Tourismus gezielt fördern.

Werbung, Vermarktung und Vertrieb werden im schärfer werdenden nationalen und internationalen Konkurrenzkampf der Fremdenverkehrsgebiete immer mehr zu entscheidenden Faktoren im Tourismusgeschäft. Wir wollen gemeinsam mit den Kur- und Erholungsorten und den Fremdenverkehrsverbänden neue Werbemaßnahmen, Vermarktungs- und Vertriebsstrategien erarbeiten, erproben und fördern.

6. Kapitel

Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Niedersachsen-CDU vertritt mit ihrer Politik die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Aus ihrem Prinzip der Subsidiarität heraus bekennt sie sich uneingeschränkt zur Tarifautonomie und der Organisation der Arbeitnehmer in Berufsverbänden (Gewerkschaften).

Die Soziale Marktwirtschaft, von Ludwig Erhard begründet, ist auch heute Richtschnur des politischen Handelns der Niedersachsen-CDU. **Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden** und würde gleichzeitig zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Sie ergänzen und begrenzen sich gegenseitig.

Wir werden den Problemen auf dem Arbeitsmarkt nur begegnen können, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben und vor allem die Arbeit neu verteilen: Mehr Teilzeitarbeit, flexible Modelle der Arbeitszeit-Verteilung und eine Reduzierung von Überstunden, wo immer möglich, finden unsere Unterstützung.

Die rot-grüne Landesregierung gefährdet Arbeitsplätze. Seit 1990 sind die Investitionen im Landeshaushalt um ein Viertel gekürzt worden. Die Zahl der Kurzarbeiter in Niedersachsen hat sich verachtfacht. Die Zahl der neuen Firmen im Handelsregister war 1992 in Niedersachsen die geringste aller Bundesländer. Dies zeigt, daß sich das Klima für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Niedersachsen seit Übernahme der rot-grünen Landesregierung dramatisch verschlechtert hat.

Wir in Niedersachsen brauchen eine Politik, die Investitionen in Arbeitsplätze unterstützt. **Durch effektive Technologieförderung, durch standortsichernde Verkehrspolitik und durch finanzielle Unterstützung dort, wo Arbeitsplätze entstehen:**

- im Wohnungs- und Städtebau
- in der Errichtung zukunftsweisender Verkehrssysteme
- im Umweltschutz.

Wir wollen durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Zielgruppen am Arbeitsmarkt, wie insbesondere Frauen, Langzeitarbeitslose, Ungelernte, den (Wieder-) Einstieg in das Arbeitsleben auf breiter Basis fördern.

Wir werden eine Beschäftigungsinitiative Niedersachsen starten, um insbesondere den Langzeitarbeitslosen, älteren Arbeitnehmern und benachteiligten Jugendlichen zu helfen.

Unser Ziel ist:

Der wirtschaftliche Dauerarbeitsplatz für möglichst viele und nicht die Langzeitsubvention von Arbeitsplätzen für eine Minderheit.

Wir wollen deshalb, daß die Mittel des Landes, des Europäischen Sozialfonds und der Bundesanstalt für Arbeit in Niedersachsen stärker für Ausbildung und Fortbildung, für Mobilitätshilfen und Einarbeitungszuschüsse vergeben werden.

Arbeitslosen muß der Weg zurück in den Arbeitsmarkt gebahnt werden. Daher ist eine konzertierte Aktion von Land, Kommunen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften zur Sicherung und Erweiterung von Arbeitsplätzen für geringer Qualifizierte einzuberufen. Die von der rot-grünen Landesregierung betriebene Arbeitsmarktpolitik ist nicht wirkungsvoll. Mit über 80 Millionen DM sind statt der versprochenen 10.000 Arbeitsplätze ganze 800 Stellen in „Sozialen Betrieben“ eingerichtet worden.

Die Zahl der Arbeitsverhältnisse von **geringfügig Beschäftigten** ohne Sozialversicherungspflicht ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Wir setzen uns dafür ein, die sozialversicherungsfreie Beschäftigung zurückzudrängen. Hierzu wollen wir ein Modell mit der niedersächsischen Wirtschaft umsetzen, das auch vorhandene Wettbewerbsverzerrungen beseitigt.

Der **Arbeitsschutz** ist von rot-grün zugunsten des Umweltschutzes zu stark vernachlässigt worden. Dazu sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund: „Die Defizite des staatlichen Arbeitsschutzes in Niedersachsen sind enorm.“ Gesetzliche Pflichten und Aufgaben werden zu Lasten der Arbeitnehmer vernachlässigt. Wir werden nicht zulassen, daß der Schutz der Menschen hinter dem Schutz der Umwelt zurückbleibt. Wir wollen den Arbeitsschutz deshalb auch durch Einbeziehung privater und sozialpartnerschaftlicher Einrichtungen deutlich aufwerten.

Die bisherige Aufteilung in Arbeit und Freizeit wird in Zukunft stärker einer Dreiteilung weichen: Arbeitszeit, Sozialzeit und Freizeit. Die Niedersachsen-CDU wird versuchen, in gemeinsamer Beratung mit den **Verbänden, die Sozialzeit, die Arbeit des Einzelnen für die Gemeinschaft, gesellschaftlich und materiell aufzuwerten und Bedingungen zu schaffen, die freiwilliges Helfen vermehrt möglich machen.**

Wir müssen dem Grundsatz, daß Arbeit sich auch lohnen muß, wieder mehr Geltung verschaffen.

Steuerhinterziehung, Wirtschaftskriminalität und Sozialbetrug müssen konsequenter bekämpft werden. Wir brauchen eine konzertierte Aktion gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sowie mehr Beschäftigungsangebote für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger.

Wir setzen uns ein für eine breite Vermögensbeteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital. Die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand ist eine weitere Möglichkeit, um den Arbeitnehmer noch stärker an der Mitverantwortung zu beteiligen und eine gerechte Einkommensverteilung zu sichern.

7. Kapitel

Mit neuen Ideen und Technologien die Zukunft gestalten

Der nationale und internationale Wettbewerb wird mehr und mehr zum Technologie-wettbewerb. Um sich auf Zukunftsmärkten behaupten zu können, muß das vorhandene Forschungs-Know-how weiterentwickelt und in einer marktstrategischen Technologiepolitik umgesetzt werden. **Wir müssen aus einer reagierenden Haltung zu einer in die Zukunft gerichteten Strategie kommen beim Aufspüren und Umsetzen aktueller Technologietrends. Dies ist entscheidend für die Arbeitsplätze von morgen.**

Niedersachsen braucht Wachstum besonders an innovativen Produkten und Produktionsverfahren der Spitzentechnologie und allen wertschöpfungsintensiven Branchen, um den Produktionswandel offensiv voranzutreiben und das Überleben im Wettbewerb zu sichern. Niedersachsen braucht in diesem Sinne eine neue Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir werden die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft in ihrer Rolle als Pfadfinder für neue Technologiefelder verstärken und fördern.

Niedersachsen verfügt über ein großes Potential hochqualifizierter Wissenschaftler, eine Wirtschafts- und Forschungsinfrastruktur, die im Vergleich zu anderen Bundesländern leistungsstark ist, und über Unternehmen, die sich auf dem Weltmarkt behaupten. Dies allerdings reicht noch nicht aus, um unsere Zukunft zu sichern.

Wir werden die **Voraussetzungen dafür schaffen, daß das vorhandene theoretische Wissen schneller in marktfähige Produkte und Verfahren umgesetzt werden kann.** Es darf nicht sein, daß wir forschen und andere setzen dieses schneller als wir in wirtschaftliche Erfolge um. Der **Staat** muß bei dieser großen Herausforderung als **Mittler, Makler und Moderator** auftreten, um **Eigeninitiative zu stärken und Technologietransfer zu erleichtern.**

Niedersachsen soll eine Spitzenposition in den Bereichen Medizin, Umwelttechnik, Bio- und Gentechnik, nachwachsende Rohstoffe sowie umweltschonende Landwirtschaft einnehmen. Wir werden den Aufbau von ideologischen Barrieren nicht zulassen, sondern für eine entsprechende Technik-Akzeptanz und Technikfolgen-Abschätzung sorgen. In einem ständigen Dialog zwischen den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie den Natur- und Ingenieurwissenschaften müssen alle Disziplinen die Weichen für die Welt und die Gesellschaft von morgen stellen.

Verbundforschungsprojekte zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, der Großindustrie, Universitäten und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen werden wir stärker **vorantreiben.**

Das Anwerben von Drittmitteln, das heißt zum Beispiel Finanzmittel aus der Wirtschaft, durch Universitäten und Forschungsinstitute soll den Wissenstransferprozeß fördern. Wer kooperiert und Drittmittel erhält, soll diese frei verwenden können und durch Kürzungen von Landeszuschüssen nicht bestraft werden.

Durch **ideelle und materielle Anreize für Institute und Forschergruppen und**

einzelne – vor allem junge – Wissenschaftler sollen Kommunikation und Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft angeregt und gefördert werden. **Firmenübergreifende Verbundprojekte** im vorwettbewerblichen Bereich sind dabei von strategischer Bedeutung.

Die Investitionspolitik der öffentlichen Hände soll zielgerichtet Schrittmacherdienste zu Gunsten des technischen Fortschrittes leisten. Der Staat als Nachfrager kann zum Beispiel bei Nachrichtensystemen, Verkehrs-, Energie- und Umweltschutz-Technologien und vieles mehr **Vorzeigprojekte** schaffen und damit deren **Marktchancen spürbar erhöhen.**

Niedersachsen **muß wieder Zukunftsland für neue Technologien werden.** Dazu gehört eine frühzeitige Beteiligung in der Definitionsphase von Bundes- beziehungsweise EG-Programmen.

Die CDU wird ihre Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik so gestalten, daß sie für den Unternehmer und Forscher kalkulierbar ist. Wir sorgen für Planungssicherheit.

Wie kann die Menschheit überleben – Weltausstellung EXPO als Chance

Die Weltausstellung im Jahre 2000 ist eine einmalige Chance für Hannover, Niedersachsen und die Bundesrepublik. Die Bedeutung Hannovers als Messeplatz von internationalem Rang und als attraktiver Industriestandort wird damit unterstrichen. Niedersachsen erhält Gelegenheit, seine Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie seine Standortvorteile im Herzen Europas international darzustellen. Die Bundesrepublik Deutschland kann als Gastland weltweit Sympathien erwerben.

Für die CDU in Niedersachsen bedeutet das gewählte Motto „Mensch, Natur, Technik“ die bewußte Abkehr von bisherigen Veranstaltungsformen hin zu einer Weltausstellung „neuen Typs“. Schien bisher die Präsentation technischer Errungenschaften gleichsam als Garant einer zukunftssträchtigen und glücklichen Entwicklung der Menschheit, so gilt es nunmehr im Rahmen der Weltausstellung ein weltweites Forum zu schaffen, um über eine neue gemeinsame Verantwortung für die Zukunft unserer Erde zu reden und anschließend zielgerichteter, schneller und besser handeln zu können.

Für die CDU in Niedersachsen bedeutet das gewählte Motto „Mensch, Natur, Technik“ die bewußte Abkehr von bisherigen Veranstaltungsformen hin zu einer Weltausstellung „neuen Typs“. Schien bisher die Präsentation technischer Errungenschaften gleichsam als Garant einer zukunftssträchtigen und glücklichen Entwicklung der Menschheit, so gilt es nunmehr, im Rahmen der Weltausstellung ein weltweites Forum zu schaffen, um über eine neue gemeinsame Verantwortung für die Zukunft unserer Erde zu reden und anschließend zielgerichteter, schneller und besser handeln zu können.

Die Welt wird im Jahr 2000 auf Hannover schauen. Sie wird sehen und erfahren wollen, daß Bilanz gezogen wird über den Zustand unserer Zivilisation und daß es gelingt, gemeinsam Lösungen für die anstehenden Probleme der Menschheit zu finden. Von der EXPO 2000 muß daher ein deutliches Signal für Menschen, Unternehmen, Organisationen und Nationen ausgehen, gemeinsam an den globalen Herausforderungen der Menschheit zu arbeiten und nach praktischen Schritten zu suchen, um zu einer neuen Balance zwischen Mensch, Natur und Technik beizutragen. Globale Problemstellungen können nur durch Verbundlösungen sinnvoll bewältigt werden.

Die bisher vom Land vorgelegte Konzeption setzt sich in erster Linie mit Fragen der Infrastruktur, Organisation und Finanzierung auseinander. Konkrete inhaltliche Aussagen wurden leider weitgehend zurückgestellt. Nunmehr ist es an der Zeit, unverzüglich mit der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung zu beginnen, um der Gefahr zu begegnen, daß Inhalte endeffektiv durch den Zeitfaktor bestimmt werden.

Es ist nicht zu übersehen, daß die EXPO 2000 nicht nur der Stadt Hannover, sondern auch dem Land Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland handfeste ökonomische Vorteile beschert. Die Weltausstellung bietet unserer Überzeugung nach die einmalige und unwiederbringliche Möglichkeit, bei der nötigen Entwicklung modernster Umwelttechnologie und ressourcenschonender Systeme eine weltweite Pionierfunktion einzunehmen sowie bei der dringend notwendigen Modernisierung und Neuorientierung der hochentwickelten Industriegesellschaft eine Schlüsselposition zu erlangen. Mit Technikfeindlichkeit und Parolen allein lassen sich die Gefahren für Mensch und Natur nicht abwenden. Nur durch die Nutzbarmachung der neuesten Technologie und gleichzeitigem Einsatz vorhandener zivilisatorisch-menschlicher Innovationskräfte wird es möglich sein, Modelle für marktwirtschaftlichen Umweltschutz und für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zu entwickeln.

Die EXPO 2000 bietet daher die Möglichkeit, unser Land untrennbar mit dem Schutz der Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu verknüpfen und gleichzeitig die Aktualität und Attraktivität des Industriestandortes Deutschland/Niedersachsen zu erhalten bzw. auszubauen.

Hannover kann zur Hauptstadt der Umwelttechnologie und Niedersachsen zur Drehscheibe dieser neuen und zukunftsweisenden Branche werden.

Die Weltausstellung im Jahre 2000 wird zum Kristallisationspunkt für die Aufgaben der Zukunft. Sie ist der Prüfstein für die politische, ökonomische und ökologische Kompetenz Deutschlands.

Deshalb müssen die Planungen jetzt schnell und entschlossen vorangetrieben werden und die sofort zu gründende Betriebsgesellschaft muß unternehmerisch selbständig agieren können.

8. Kapitel

Niedersachsen muß mobil bleiben – aber umweltfreundlich

Ob auf den Fernstraßen oder in der Stadt, die Staus nehmen zu. Niedersachsen lebt mit dem Auto und von dem Auto. Deshalb muß rot-grüner Ideologie mit einer autofeindlichen Politik im Interesse unseres Landes und der Menschen ein Ende bereitet werden.

Wir verkennen nicht die erhebliche Umweltbelastung durch das Auto (z. B. CO₂-Emissionen). Darum werden wir mit allen Mitteln auf technische Verbesserungen beim Auto selbst durch Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs sowie des Schadstoffverbrauchs drängen. Dieses ersetzt aber nicht ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Verkehr.

Wir wollen den Verkehrsfluß verbessern, die wirtschaftliche und individuelle Mobilität erhalten, periphere Wirtschaftsräume verkehrstechnisch erschließen und den Verkehr umweltgerechter gestalten. Wir wollen unnötige Verkehre vermeiden, Verkehre verlagern und die Kapazität der Verkehrswege ausbauen. Aber wir sind gegen die Anmaßung vor allem grüner Politiker, die den Autoverkehr behindern und die Mobilität der Menschen einschränken wollen.

Die Kapazitäten im Güterverkehr müssen besser genutzt werden. Leerfahrten von LKW müssen vermieden werden. Darum wollen wir durch den Ausbau von elektronischen Verkehrssteuerungssystemen eine

- bessere Verkehrserfassung,
- bessere Verkehrsinformationen,
- bessere Verkehrsleitung und
- bessere Verkehrszielführung

ermöglichen. Damit wird unnötiger Verkehr vermieden, Staus werden abgebaut, die Umwelt entlastet und Verkehrskosten reduziert.

Die internationalen Wettbewerbsverzerrungen für deutsche Spediteure müssen schnellsten beseitigt werden. Ausländische Lastkraftwagen müssen schneller als geplant über eine Schwerlastabgabe an den Kosten unseres Verkehrswegenetzes beteiligt werden.

Wir wollen eine stärkere Verknüpfung der Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße, damit die einzelnen Verkehrsträger optimal genutzt und umweltgerecht eingesetzt werden können. Dazu gehört die Festlegung von **Standorten für Güterverkehrszentren und deren Förderung. Dazu gehört aber auch der forcierte Ausbau der Wasserwege, vor allem des Mittellandkanals und der Schienenstrecken**, insbesondere zu den niedersächsischen Seehäfen. Wir setzen uns für den Erhalt der vorhandenen Bundesbahnstrecken ein.

Bei allen Anstrengungen werden diese Verkehrswege jedoch nicht in der Lage sein, den Zuwachs am Personen- und Güterverkehr aufzunehmen. Deshalb wird es entscheidend darauf ankommen, die **Fernverkehrsstraßen gezielt auszubauen** und im Einzelfall auch neu zu bauen, Verkehrsengpässe zu beseitigen und den **Ausbau von Ortsumgehungen in Städten und Gemeinden** zu verstärken.

Der Aus- und Neubau aller Verkehrswege muß deutlich beschleunigt werden. Deshalb

setzen wir uns für schnelle Planungsverfahren bei Verkehrsbauten ein. Wir wollen darum über den Bundesrat erreichen, daß das Verkehrsbeschleunigungsgesetz auch auf die alten Bundesländer übertragen wird.

In den Ballungsgebieten und in den ländlichen Räumen müssen wir den öffentlichen Personalverkehr verbessern. Dieses verlangt eine neue Partnerschaft zwischen Individualverkehr und Personennahverkehr.

Ballungsgebiete und Innenstädte wollen wir durch den Ausbau eines schnellen und attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs vom Individualverkehr entlasten, um so eine Balance zwischen Verkehrsberuhigung und wirtschaftsnotwendigem Innenstadtverkehr zu schaffen.

In den **ländlichen Regionen** wollen wir den **öffentlichen Personennahverkehr** durch die **Verbindung mit dem Schülerverkehr** verstärkt fördern. Wir wissen aber auch, daß der Pkw im ländlichen Raum durch den öffentlichen Personennahverkehr nicht zu ersetzen ist. Deshalb genießt für uns der kommunale Straßenbau im ländlichen Raum Priorität. Dazu gehört die Entlastung der Städte und Dörfer vom Durchgangsverkehr.

Wir wollen sowohl in den Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum eine sinnvolle Abstimmung zwischen Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr. An den Bahnhöfen müssen Parkmöglichkeiten für Umsteiger und Individualverkehr auf die Bahn geschaffen werden. Die Busnetze müssen, soweit das irgend möglich ist, als Zubringer zum Schienenverkehr gestaltet werden, damit eine Verknüpfung zwischen dem öffentlichen Nahverkehr auf den Straßen und dem Schienenpersonennahverkehr hergestellt wird. Auf der Grundlage einer „**Integrierten Verkehrs-Planung**“ (IVP) wollen wir ein Programm schaffen, das die Verkehrsinvestitionen im Nahbereich bündelt.

Die vorhandenen Verkehrsinvestitionsmittel von Bund, Land und Kommunen werden dadurch auf diese Maßnahme gezielt ausgerichtet. Das Nebeneinander von unterschiedlichen Ausbaumaßnahmen und -plänen entfällt. Die **Verkehrspolitik vor Ort wird entideologisiert**. Es gibt nicht mehr ein Pro und Contra ÖPNV und Individualverkehr, sondern ein sinnvolles Miteinander der vorhandenen Verkehrsträger.

Wir werden ein Verkehrssicherheitsprogramm Niedersachsen vorlegen, das die finanzielle Talfahrt in der Verkehrsfinanzierung der rot-grünen Landesregierung stoppt. Die Mittelbereitstellung für den Ausbau von Radwegen und zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten wird von uns verstärkt.

Wir werden sicherstellen, daß privates Kapital zur Einrichtung neuartiger Verkehrstechniken und der Verkehrsinfrastruktur genutzt werden kann.

Wir werden uns über den Bundesrat für eine **Änderung des Steuerrechtes** einsetzen: Eine **Entfernungspauschale anstatt einer Kilometerpauschale** ist eine Voraussetzung für die Gleichrangigkeit von Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr.

Wir werden die notwendigen Planungsmittel für die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes einsetzen, um zu einer schnellen Realisierung von Straßen, Schienen- und Wasserwegen zu kommen. Neue Verkehrsmittel wie z. B. Transrapid müssen eine Chance haben.

Wir unterstützen die **Reform der Bundesbahn**, um sie wirtschaftlicher, konkurrenzfähiger und attraktiver zu machen. Wir wollen die Aufgaben- und Finanzverantwortung für die

regionalen Busverkehre zusammenfassen und auf die kommunale Ebene verlagern. Die Kommunen können am besten über die von ihnen gewünschten Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs entscheiden. Die Verzahnung von Schienenpersonennahverkehr und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) muß verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, daß bei der Regionalisierung der Bundesbahn die Finanzierung der regionalen Schienen- und Busverkehre durch den Bund gesichert wird. Nur dann sind die Kommunen in der Lage, ihre kommunalen Verkehre eigenständig und selbstverantwortlich zu entwickeln.

Wir wollen sicherstellen, daß die Finanzierungsmittel des Bundes zweckgebunden an die Länder und die Kommunen fließen.

Private Unternehmer müssen stärker als bisher **Zugang zu den regionalen Schienen- und Busverkehren** haben. Wir werden uns für die Ausweitung der niedersächsischen **Privatbahnen** einsetzen. Die regionalen Schienenverkehre oder ÖPNV-Leistungen wollen wir bei dem jeweils besten und wirtschaftlichsten Anbieter bestellen.

Wir brauchen wettbewerbsfähige See- und Binnenhäfen

Um mehr Güterverkehr auf die Schifffahrt zu verlagern und die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Häfen zu steigern, wollen wir die Infrastruktur der See- und Binnenhäfen verbessern. **Die niedersächsischen Seehäfen müssen zu modernen Mehrzweckhäfen umstrukturiert** werden, um sie für den nationalen und internationalen Wettbewerb zu rüsten. Die Binnenhäfen müssen als Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern Schiene, Straße und Wasserstraße ausgebaut werden. Deshalb wollen wir die **Anbindung der Häfen an leistungsfähige Straßen- und Schienennetze ausbauen und die Verkehrsverbindungen der Seehäfen zu den neuen Wirtschaftszentren in Thüringen und Sachsen** wesentlich verbessern. Wir wollen die **Binnenwasserstraßen** beschleunigt bedarfsgerecht ausbauen, damit sie den Anforderungen der steigenden Gütertransporte gewachsen sind. Wir sind für eine dauerhaft bedarfsgerechte Vertiefung der Ems auf 7,30 m, um so den Hafen und Werftstandort Papenburg zu erhalten.

Wir wollen die Standortvorteile der niedersächsischen Häfen nutzen für den Ausbau vorhandener und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe und Verkehrsunternehmen.

Wir wollen den Flugverkehr in Niedersachsen bedarfsgerecht ausbauen

Der Flughafen in Hannover-Langenhagen ist von zentraler Bedeutung für den Wirtschafts- und Messeraum Niedersachsen. Deshalb wollen wir ihn als leistungs- und entwicklungsfähige Anbindung des norddeutschen Raumes an das internationale Flugnetz sichern. Wir wollen den Flughafen Hannover an das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn anbinden und ihn im Hinblick auf die EXPO 2000 zum internationalen Flugkreuz ausbauen.

Die zunehmende Belastung von Schiene und Straße führt dazu, daß auch der Bedarf an **Regionalflughäfen** gestiegen ist. Schnelle Verbindungen auch zu den neuen Bundesländern sind gerade für den Geschäftsreisenden erforderlich. Ein abgestimmtes und funktionierendes System von Regionalflughäfen leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes.

9. Kapitel

Niedersachsen muß wieder Vorbild im Umweltschutz sein

Wir müssen heute Verantwortung übernehmen für die Wiederherstellung und Erhaltung unserer Umwelt, damit wir kommenden Generationen intakte Lebensgrundlagen übergeben. Der schonende Umgang mit den zunehmend knapper werdenden ökologischen Ressourcen muß eine der wesentlichen Rahmenbedingungen der künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen werden. Wir bekennen uns auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu einer **ökologischen und sozialen Marktwirtschaft**, die die Leistungsfähigkeit des Marktes verbindet mit dem sozialen Ausgleich und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Dazu brauchen wir ein **neues Verständnis von Wohlstand, Wachstum und Fortschritt**. Wesentlicher Bestand des Wohlstandes ist eine gesunde Umwelt. Wachstum bedeutet mehr als nur die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen. Fortschritt kann künftig nur sein, was den Bedingungen und Wirkungsmechanismen der Natur Rechnung trägt. Forschung und Technologie wollen wir dazu nutzen, ein Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das nicht mit mehr, sondern mit immer weniger Umweltbelastungen, Energie- und Rohstoffverbrauch verbunden ist. Dazu brauchen wir eine **konsequente, langfristig und berechenbar angelegte Umweltpolitik**, die im Interesse der Chancengleichheit im Wettbewerb europäisch harmonisiert werden muß.

Die rot-grüne Landesregierung wird den wirklichen Herausforderungen des Umweltschutzes nicht gerecht.

In der **Abfallwirtschaft** ist **Stillstand** zum **Markenzeichen** geworden. Die rot-grüne Landesregierung wehrt sich nach wie vor gegen den konsequenten und umweltverträglichen Einsatz von Technik und technischem Fortschritt etwa im Bereich der thermischen Müllverwertung oder bei der zielgerichteten Nutzung der Bio- und Gentechnologie.

Die rot-grüne Landesregierung **hält sich nicht an nationale und internationale Vereinbarungen**; statt die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25 bis 30 % zu senken, nimmt sie durch den weiteren Bau riesiger Kohleverstromungsanlagen an der niedersächsischen Küste eine Erhöhung in Kauf.

Der **Wasserpennig** wird teilweise zweckentfremdet zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet. Die Ausweisung von **Wasserschutzgebieten** stagniert.

Die CDU wird eine in sich schlüssige und konsequente Umweltschutzpolitik betreiben und dabei folgende Schwerpunkte bilden:

Integrierte Abfallwirtschaft

Wir streben ein **integriertes Konzept** an mit dem Vorrang der Vermeidung von Müll vor der Wiederverwendung und -verwertung sowie der Müllverbrennung. Produktion, Vertei-

lung, Nutzung und Entsorgung müssen soweit wie möglich in **geschlossenen Stoffkreisläufen** erfolgen. Kurzfristig muß für die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften sowie für die Industrieunternehmen bei der Sonderabfallwirtschaft wieder Planungssicherheit hergestellt werden.

Die CDU wird mit einem **Sofortprogramm gegen den Müllnotstand** angehen. Dazu gehört eine Abfallkonferenz unter Einbeziehung der Landkreise und Städte zur Bestimmung der Zielvorstellung für die Abfallwirtschaft in Niedersachsen und ihre konkrete Umsetzung; das heißt insbesondere auch die Wiederherstellung der Planungssicherheit, indem in Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Wirtschaft Einzugsbereiche von thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorgeschlagen werden. Die Abwärme thermischer Abfallbehandlungsanlagen ist nach Möglichkeit einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Darauf ist bei der Standortwahl besonders zu achten.

Dazu gehört auch die volle **Unterstützung der Kommunen**, die bereit sind, thermische Abfallbehandlungsanlagen zu planen, einschließlich der Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung.

Im Landesraumordnungsprogramm müssen möglichst schnell geologisch geeignete Flächen für Deponiestandorte ausgewiesen werden.

Für die **Altlastensanierung und -sicherung** benötigen wir ein schlüssiges Konzept. Rotgrün hat dieses in vier Jahren versäumt, selbst für Münchenhagen. 90 Mio. DM, die bereits mit der Wirtschaft für Altlastensanierung vereinbart worden waren, sind verschenkt worden.

Umweltverträgliche Energieversorgung

Die Niedersachsen-CDU definiert ihre Energiepolitik wie folgt:

- Erhebliche **Einsparungen** müssen bei der Erzeugung, Umwandlung und dem Verbrauch von Energie erreicht werden. Hierzu zählen auch Blockheizkraftwerke mit gleichzeitiger Abgabe von Fernwärme.
- Mit aller Kraft müssen wir die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien wie Wind, Sonne, Wasser und Biomasse vorantreiben, um so den Verbrauch von fossilen Energieträgern zu reduzieren.
- Trotz aller Bemühungen bei Einsparung von Energie und der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energiequellen wird der überwiegende Energiebedarf zunächst auch weiterhin mit **fossilen Energieträgern** gedeckt werden müssen. Deshalb brauchen wir besonders **effiziente Energietechniken**. Wir müssen dafür sorgen, daß wir aus sowenig fossilen Energieträgern wie möglich soviel Energie wie nötig gewinnen.
- In Abwägung zwischen der sich tagtäglich vollziehenden Klimaschädigung durch Verbrennung wertvoller fossiler Energieträger einerseits und dem Risiko der Kernenergienutzung andererseits muß die **Option „Kernenergie“ offengehalten** werden. In einer ökologischen Krisensituation, in der die Notwendigkeit einer drastischen Verringerung der CO₂-Emissionen besteht, muß die Kernenergie helfen, die Lücke zu schließen, solange andere saubere Energiequellen noch nicht ausreichend dafür zur Verfügung stehen. Niedersachsen hat die gesamtstaatliche Mitverantwortung, eine sichere Entsorgung für Atommüll zu finden. Bei nachgewiesener Eignung sind die entsprechenden Anlagen wie Gorleben und Schacht Konrad zu genehmigen, einzurichten und zu betreiben. Wir bleiben offen für einen Energiekonsens. Die Zeit des Weiterbetriebes der Kernkraftwerke muß

dazu genutzt werden, den technischen Fortschritt für eine neue und klimaneutrale Energieversorgungsstruktur voranzutreiben.

- Das Ziel einer **umweltgerechten Energieversorgung** kann nicht allein vom Staat erreicht werden. Die damit verbundenen **Einschnitte in den persönlichen Lebensbereich** seiner Bürger sind so nachhaltig, daß sie nur möglich erscheinen, wenn sie von der Einsicht jedes einzelnen getragen werden. Wir brauchen deshalb ein neues Verständnis der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und seinen Bürgern einerseits und dem Staat und der Wirtschaft andererseits.
 - Als „**nachsorgende**“ **Maßnahme** gegen das bereits in die Luft gelangte Kohlendioxid **sollen intensive Aufforstungsmaßnahmen** in Deutschland durchgeführt werden, damit das CO₂ im Holz biologisch gespeichert wird
- Wenn das Land Niedersachsen seinen erforderlichen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten soll, braucht es eine neue Regierung.
- Es muß gerade in der Umwelt- und Energiepolitik Schluß gemacht werden mit der rot-grünen Heuchelei, die nur vom Risiko Atomkraft spricht und sich damit an dem viel größeren Risiko der Klimakatastrophe vorbeidrücken will.

Mit sauberen Flüssen die Nordsee schützen

Die Schuldenpolitik der rot-grünen Landesregierung ist für die schweren Einbrüche bei der Abwasserfinanzierung verantwortlich. Bereits in die ersten beiden Haushalte der Schröder-Regierung hätten jeweils 80 Mio DM mehr eingestellt werden müssen, um das **Ziel der Nordseeschutzkonferenz** zu erreichen. Noch bedrückender aber ist, daß mit dem Finanzierungseinbruch 1992 eine harte Rückwärtsentwicklung bei der Abwasserfinanzierung im Lande Niedersachsen eingetreten ist. Statt prognostizierter 155 Mio DM wurden nur 136 Mio DM zur Verfügung gestellt. Und in den Jahren 1993 und 1994 muß mit einer weiteren Absenkung um jeweils weitere 20 Mio DM gerechnet werden.

Für die Zeit, die notwendig ist, um mit den Folgen der rot-grünen Schuldenpolitik fertigzuwerden, müssen zum Schutz der Nordsee und zur Verbesserung der Wasserqualität ihrer großen Zuflüsse **neue Prioritäten bei der Abwasserfinanzierung** in Niedersachsen gesetzt werden.

Der richtige Ansatzpunkt dafür ist das von der internationalen Elbe-Schutz-Kommission erarbeitete **Sofortprogramm**, mit dem die Belastung der Elbe und ihrer Nebenflüsse bis 1995 beträchtlich verringert werden soll. Im Mittelpunkt dieses Aktionsprogramms steht der Bau von Kläranlagen. Dabei sollen im Bau befindliche Kläranlagen für Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern umgehend fertiggestellt, der Bau von wichtigen kommunalen Kläranlagen für Gebiete mit Einwohnergleichwerten von über 50.000 vorbereitet und Industriekläranlagen, vor allem für chemische und pharmazeutische Betriebe, Zellstoff- und Papierunternehmen sowie für die metallverarbeitende Industrie gebaut werden.

Die als vordringlich eingestuften Maßnahmen liegen in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich in den neuen Ländern. Für Niedersachsen bedeutet das Sofortprogramm, daß weitere Maßnahmen im kommunalen Bereich der Ausbau der Kläranlagen in Cuxhaven, Lüneburg, Uelzen, Zeven und Buxtehude betrieben und im Industriebereich bei der Firma Dow in Stade weitere Reduzierungen der Schadstoffeinträge erreicht werden müssen. Um die Abwasserreinigung in den neuen Bundesländern schneller voranzubringen, setzen

wir uns für ein **zweckgebundenes Förderprogramm für Abwassermaßnahmen im Einzugsgebiet von Elbe und Ostsee** ein, ähnlich wie bei dem früher erfolgreichen Rhein-Bodensee-Programm.

Mit Nachdruck werden wir die Aufnahme einer Kompensationsregelung in das Abwasserabgabengesetz verfolgen. Derzeit sind Kommunen und Unternehmen von der Abwasserabgabe befreit, wenn sie entsprechende Investitionen für Abwassermaßnahmen in ihrem jeweiligen Bereich vornehmen. Diese Befreiung soll künftig auch dann greifen, wenn Gemeinden und Firmen in den alten Bundesländern Mittel für entsprechende Abwasserinvestitionen in den neuen Ländern bereitstellen. Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, daß die Bestimmungen zur dritten Reinigungsstufe (Denitrifikation und Phosphorelimination) nicht zur untragbaren Belastung für die Bürger führen. Nichts kann die Wasserqualität der Elbe schneller und nachhaltiger verbessern. Das nützt der Nordsee und der Niedersächsischen Küste.

Außerdem wollen wir

- die **Entwicklung kostengünstiger technischer Verfahren zum Bau und beim Betrieb von Abwasseranlagen** fördern,
- **Privatkapital** für die Planung und den Bau von Abwasserreinigungsanlagen mobilisieren und
- die einschlägigen **wasser- und baurechtlichen Vorschriften überprüfen** mit dem Ziel einer möglichst weitreichenden Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahren.

Werra-Weser-Programm

Die Weser ist nach der Wiedervereinigung der einzige große deutsche Fluß, der von der Quelle bis zur Mündung in Deutschland fließt. Die wiedergewonnenen Handlungsmöglichkeiten müssen als Prüfstand unserer ökologischen Verantwortung begriffen werden. Dazu gehört nicht allein die bereits erreichte massive Reduzierung der außerordentlichen Salzbelastungen von Werra und Weser, die von 275 kg im Jahre 1980 und über 180 kg im Jahre 1990 auf 90 kg im Jahre 1992 zurückgeführt werden konnte.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die **Weser** wieder ihre eigentliche Aufgabe als **Süßwasserlebensraum** in Natur und Landschaft übernehmen kann. Dazu reichen allein umfangreiche Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität nicht aus. Die durch Eingriffe in den Naturhaushalt der Weser beeinträchtigten und teilweise zerstörten biologischen Strukturen müssen wieder hergestellt werden, weil zur Gesundung des Flusses auch gesunde Ufer und ökologisch intakte Talauen gehören.

Mit unserer **Initiative „Weser-Programm“** wollen wir staatliche Maßnahmen, kommunale Aktivitäten, Privatinitiativen von Verbänden und Organisationen, aber auch von einzelnen Bürgern für die ökologische Sanierung der Weser zusammenführen. Dazu muß ein Gesamtkonzept entwickelt werden, das die unterschiedlichen Ansprüche an die Weser sinnvoll ordnet und von allen Beteiligten als Grundlage für ökologische Umgestaltungsmaßnahmen akzeptiert wird. Auf der Grundlage einer flächendeckenden Bestandsaufnahme der derzeitigen Nutzungs- und Siedlungsformen sollen Leitlinien entwickelt werden, aus denen heraus sich Forderungen für ihre Umsetzung ergeben. Die konkrete Planung soll dabei im Einzelfall den Projektträgern überlassen bleiben. Zur Gewährleistung der allgemeinen Akzeptanz von

ökologischen Rückbildungen an der Weser darf niemandem die wirtschaftliche Existenz abgesprochen werden. Insbesondere für landespflegerische Leistungen der Landwirte sind angemessene Gegenleistungen bereitzustellen.

Schwerpunkte des Konzepts sollen sein:

- die Reduzierung der Schadstoffeinträge durch Direkteinleiter
- Zurückführung der diffusen Schadstoffeinträge
- Verbesserung und Sicherung der Trinkwasserversorgung in den Weser-Nebenräumen
- Verbesserung der ökologischen Bedingungen in und an der Weser.

Natur- und Biotopschutz

Wir wollen eine stetige Weiterentwicklung der Naturschutzpolitik, die nicht nur die Ausweisung von Flächen, sondern auch die Pflegemaßnahmen und ihre Finanzierung sichert.

Wir wollen ein Biotopverbundsystem, das aus ausgewiesenen Schutzgebieten ebenso besteht, wie die zunehmenden Flächen etwa der Wasserschutzgebiete und die Flächenstilllegung mit einbezieht. Staat und Kommunen müssen dazu mit ihren eigenen Grundstücken einen besonderen Beitrag leisten. Geeignete land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen wollen wir durch vielfältige Angebote im Rahmen des Vertragsnaturschutzes gewinnen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft setzt in zunehmendem Maße landwirtschaftliche Grenzertragsböden aus der intensiven Nutzung frei. Wir werden Programme der EU zur Extensivierung der Agrarproduktion und Überführung dieser Flächen in andere Nutzungsformen (naturnaher Wald, Trockenraden, Feuchtgrünland) durch geeignete Maßnahmen des Landes ergänzen.

Wir wollen Naturschutz mit den Grundeigentümern umsetzen. Wir setzen uns darum ein für die Landschaftspflegeverbände, in denen Landwirte, Kommunen und Naturschutzverbände gemeinsam die nachwachsenden Aufgaben der Landschaftspflege bewältigen. Naturschutzpolitik muß auch durch Ausgleichszahlungen die besonderen Leistungen der Landwirtschaft honorieren.

Wir sind für die Ausweisung des Nationalparks „Harz“ in nachvollziehbaren Grenzen als länderübergreifender, einheitlicher Nationalpark mit einer gemeinsamen Nationalparkverwaltung.

Der Nationalpark liegt östlich der B 4. Im Gegensatz zur Landesregierung werden wir

- a) das umfassende Gutachten für einen Nationalpark „Harz“ sofort vorlegen,
- b) unverzüglich ein länderübergreifendes Verkehrswegekonzzept entwickeln, das einerseits die Verkehrsbelastung (Durchgangsverkehr) massiv reduziert und andererseits ein umweltverträgliches Verkehrskonzept für Freizeit und Tourismus schafft,
- c) geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und weiterer Entwicklungen ergreifen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß bei unseren Entscheidungen Naturschutz und Arbeitsplätze in Einklang gebracht werden.

Die Landesregierung muß vor der Wahl die konkrete Nationalparkplanung vorlegen.

10. Kapitel

Den ländlichen Raum stärken – den Wandel gestalten

In den letzten Jahrzehnten hat sich der ländliche Raum mehr verändert als in den Jahren vorher. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der Konzentrationsprozeß im Handel, Handwerk und Gewerbe, der Ausbau der Transport- und Kommunikationsnetze, die Schul- und Bildungsreform sowie die Gebiets- und Verwaltungsreform machen dies deutlich.

Der Wandel wird auch dadurch forciert, daß der ländliche Raum erhebliche Infrastrukturleistungen für die Ballungszentren erbringt. Andererseits nehmen Ober- und Mittelzentren wichtige Funktionen für die ländlichen Räume wahr.

Für uns gilt:

- durch die ständig stärker werdende Zentralität sind auch für die Ballungszentren erhebliche Probleme entstanden,
- eine Vernachlässigung ländlicher Räume hat verheerende Folgen für das gesamte Land. Deshalb ist das Ziel unserer Politik darauf ausgerichtet,
- den ländlichen Raum als Arbeits- und Wohnraum zu sichern,
- den dort lebenden Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Wir werden den ländlichen Raum nur gestalten, wenn wir den Wandel gestalten. Die ausgeprägte Eigenverantwortung der Bewohner ländlicher Räume ist eine gute Voraussetzung für die Gestaltung dieses Wandels.

Dabei müssen wir nach wie vor das Unverwechselbare,

- unsere niedersächsischen Landschaften,
- die Städte und Dörfer mit ihrer ortstypischen Bausubstanz,
- sowie die landschaftsprägende Land- und Forstwirtschaft erhalten.

Dazu gehört auch, daß wir die vorhandenen Sozial- und Nachbarschaftsstrukturen stärken und die kulturelle Tradition weiterentwickeln.

Wir werden alle Landesgesetze und Förderprogramme daraufhin überprüfen, ob sie den in den großen Entfernungen und in der geringeren Bevölkerungsdichte liegenden Nachteilen des ländlichen Raumes gerecht werden.

Struktur- und Regionalpolitik

Das Ziel einer nachhaltigen Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ein bedarfsgerechter Ausbau ländlicher Siedlungsstrukturen ist nur zu erreichen, wenn die regionalen wirtschaftlichen Herausforderungen bei standortrelevanten Entscheidungen wieder angemessen Berücksichtigung finden.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die Mittelstandsförderung sowie Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen müssen den Erfordernissen ländlicher Räume angepaßt werden.

Wir wollen durch zusätzliche Impulse die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume forcieren.

Dazu ist folgende gezielte Förderung notwendig:

- Förderung der Möglichkeiten, die sich aufgrund einer Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude auch im Außenbereich und nach längerer Betriebsaufgabe für den Wohnungsbau und die Ansiedlung von Handwerks- und Gewerbebetrieben ergeben.
- Förderung des Tourismus, zumal die zunehmende Freizeitorientierung deutliche Zuwachsraten erwarten läßt,
- Förderung der dezentralen Energieversorgung und des Einsatzes regenerativer Energien auch aus umweltpolitischen Gründen,
- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gen- und Biotechnologie.

Durch ein umfassendes Beratungs- und Informationsangebot müssen Existenzgründer darauf hingewiesen werden, welche günstigen Möglichkeiten vielfach vorhanden sind, im ländlichen Raum Unternehmensgründungen vorzunehmen.

Wir wollen die rechtlichen Hemmnisse abbauen, die zur Zeit bestehen, in kleineren Orten Handwerks- und Gewerbebetriebe einzurichten.

Nur leistungsstarke Gemeinden und Landkreise sind Garanten für die Erhaltung und Weiterentwicklung ländlicher Räume. Deshalb muß bei Raumplanungen, insbesondere beim Landesraumordnungsprogramm, die Entwicklungsfähigkeit der ländlichen Räume erhalten und die Existenz und Entwicklungsmöglichkeit der Landwirtschaft abgesichert werden. Da der ländliche Raum vielfältige Infrastrukturleistungen für die Ballungszentren erbringt, ist die Forderung, bei finanziellen Zuweisungen die Ballungszentren zu begünstigen, nicht gerechtfertigt.

Außerdem ist es eine ständige politische Aufgabe, eine Grundversorgung von öffentlichen Dienstleistungen in ländlichen Räumen zu gewährleisten zumal Informations- und Kommunikationstechniken flächendeckend verfügbar sein müssen.

Die Entwicklungsfähigkeit des ländlichen Raumes hängt entscheidend von ausreichenden Verkehrsanbindungen ab, deshalb muß er gleichgewichtig an den Verkehrsinvestitionen des Bundes und des Landes beteiligt werden.

Zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bürger ist die Entlastung der Städte und Dörfer vom Durchgangsverkehr durch den Bau weiterer Ortsumgehungen notwendig.

Wir wollen die Finanzzuweisungen des Bundes für Verkehrsprojekte wieder verstärkt für den Bau von Ortsumgehungen einsetzen.

Insbesondere Frauen, ältere Menschen und Kinder sind auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum kann nur durch

- die Abwägung aller Vorteile, die für den Straßen- oder Schienenverkehr sprechen,
- die verbesserte Linien- und Fahrplanabstimmung an den Schnittstellen zu den jeweiligen anderen Verkehrsträgern,
- eine verstärkte Verbindung mit dem Schülertransport ermöglicht werden.

Daneben wird jedoch der Individualverkehr für die ländliche Bevölkerung seine Bedeutung behalten.

Die kleineren Schulstandorte werden durch die Errichtung weiterer Gesamtschulen gefährdet. Die Errichtung von Gesamtschulen ist deshalb auch unter diesem Aspekt

abzulehnen. Zumal kleinere Schulen auch pädagogisch sinnvoll sind und durch ihren Erhalt die Schuleinzugsbereiche in der jetzigen Größe bestehen bleiben.

Wir wollen besonders im ländlichen Raum die wohnortnahen Schulen auch durch organisatorische Verbindungen von Haupt- und Realschulen erhalten.

Das Angebot an Kindergartenplätzen ist häufig noch unzureichend. Neben einer effektiven Förderung der Kindergärten und der Schaffung zusätzlicher Kindergartenplätze wollen wir auch neue Wege in der Kinderbetreuung gehen und Privatinitiativen wie Spielkreise oder Tagesmüttermodelle nachhaltig fördern.

Durch eine intaktere Sozial- und Nachbarschaftsstruktur bestehen in ländlichen Räumen mehr Möglichkeiten, ältere, behinderte und kranke Menschen aus ihrem Umfeld heraus zu betreuen. Deshalb müssen wir die Sozialstationen auch zu Zentren ambulanter Hilfen ausbauen. Einrichtungen der Kurzzeit- und Tagespflege sollten gerade auf dem Land verstärkt angeboten werden.

Dorferneuerung

Im dem äußeren Erscheinungsbild der Dörfer spiegelt sich der unterschiedlichste strukturelle Wandel der ländlichen Räume wider. Mit einem neuen Dorferneuerungsprogramm sollen Anregungen gegeben werden, wie unsere Dörfer ihren Charakter erhalten und sich gleichzeitig den veränderten wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen und sozialen Bedingungen anpassen können.

Die Planung und Abwicklung von Dorferneuerungsvorhaben sollte wieder vereinfacht und entbürokratisiert werden, wobei die Aufgaben und Ziele der Dorferneuerung eine Herausforderung für die Gestaltung aller Dörfer sind.

Durch den Erhalt der Identität unserer Dörfer und Städte in ländlichen Regionen werden deren Bewohner immer wieder motiviert, durch Eigeninitiativen die Attraktivität dieser Orte zu erhalten bzw. neu zu gestalten.

Das ist auch eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit von Verbänden und Vereinen, wie den Feuerwehren, den Sportvereinen, den Schützenvereinen sowie den kulturellen und sozialen Organisationen. Nur so können sinnvolle Freizeitangebote entwickelt werden.

Der Verlust von Einkaufsmöglichkeiten, Einrichtungen der Post, der Banken und Verwaltungen, von Schulen, Pfarreien und Polizeidienststellen hat in kleineren Dörfern zu erheblichen Problemen geführt.

Wir wollen durch Teilzeitbeschäftigung und den Einsatz neuer Technologien sowie durch eine Zusammenfassung verschiedener Dienstleistungsangebote die Infrastruktur in Dörfern erhalten oder wieder verbessern und ggf. durch mobile Dienste eine Versorgung der Grundbedürfnisse der Menschen sicherstellen.

Probleme entstehen auch durch die Kosten für Entsorgungs- bzw. Versorgungseinrichtungen, die durch Gebühren oder Baubeiträge an die Bewohner der ländlichen Räume weitergegeben werden. Insbesondere der Abwasserentsorgung müssen die Konzepte sowohl den ökologischen Erfordernissen als auch den finanziellen Möglichkeiten gerecht werden.

11. Kapitel

Den Agrarstandort Niedersachsen sichern

Niedersachsen mit seinen großen ländlichen Räumen braucht auch in Zukunft eine bäuerlich strukturierte, vielseitig orientierte, leistungsfähige Landwirtschaft – eine Landwirtschaft, die hochwertige Nahrungsmittel produziert, regenerative Rohstoffquellen erschließt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält.

Wir werden die Landwirtschaft, die in Niedersachsen durch eine hohe Qualifikation der Betriebsleiter und eine verhältnismäßig günstige Lage zu den Verbraucherzentren gekennzeichnet ist, in ihrer Bedeutung für die ländlichen Regionen nur sichern, wenn wir den strukturellen Wandel gestalten. Sonst wäre in einigen Regionen unseres Landes der Agrarstandort Niedersachsen nachhaltig gefährdet. Gleichzeitig muß der Strukturwandel durch eine regionale Wirtschaftspolitik flankiert und sozialpolitisch abgefedert werden.

Das bestehende agrarsoziale System, das sich vom Grundsatz her bewährt hat, ist ständig den agrarstrukturellen Entwicklungen anzupassen und muß für die landwirtschaftlichen Betriebe finanzierbar bleiben. Nach diesen Grundsätzen führen wir auch die soziale Absicherung der Bäuerinnen ein.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft muß gestärkt werden

Bäuerinnen und Bauern sind Unternehmer. Ihr Engagement und ihre unternehmerische Entscheidung müssen auch in Zukunft maßgebend sein für ihr Einkommen.

Unsere Landesagarpolitik wird sich deshalb wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft sowie deren vor- und nachgelagerten Bereichen zuwenden.

Im ersten Schritt werden wir einseitige, den Wettbewerb zu den anderen Bundesländern und EU-Nachbarn verzerrende Auflagen und Benachteiligungen durch die niedersächsische Agrarpolitik wieder beseitigen.

Dann werden wir die niedersächsische Agrarpolitik stärker als bisher an den Entwicklungsnotwendigkeiten einer bäuerlichen Landwirtschaft orientieren. Deshalb dürfen leistungsstärkere und entwicklungsfähige Betriebe

- bei Förderungen nicht mehr ausgegrenzt,
- bei Erweiterungsinvestitionen nicht ständig behindert, sondern unter klaren Rahmenbedingungen gefördert werden.

Die einzelbetriebliche Förderung muß sich an den Grundsätzen der Eigenverantwortung und Eigenkapitalbildung ausrichten. Sie sollte die Wettbewerbsfähigkeit stärken und eine Anpassung an Umwelanforderungen unterstützen. Außerdem werden bei umweltrelevanten Regelungen angemessene Übergangsfristen gewährt.

Die Förderung sollte je nach Größe der Investition durch einen allgemeinen Agrarkredit zu günstigen Investitionen oder durch einen einmaligen Zuschuß erfolgen.

Neben der Anpassung an die Nachfrage kann die Wettbewerbsfähigkeit nur dadurch gesichert werden, daß wir die Märkte für unsere niedersächsische Agrarproduktion erhalten

und ständig neu entwickeln, das gilt insbesondere auch für den in Niedersachsen sehr leistungsstarken Obst- und Gartenbau.

Die Qualitätsanforderungen der Märkte machen

- eine stärkere Verzahnung der Landwirtschaft mit Abnehmern und Verarbeitern von Agrarprodukten,
- die ständige Anpassung an die veränderte Struktur der Nachfrage von Agrarprodukten, auch durch Selbstvermarktung,
- die gezielte nachfrageorientierte Marktförderung und -beratung
- einen Verbraucherschutz durch eine wirkungsvolle Lebensmittelkontrolle notwendig.

Die EU-Agrarreform muß, soweit sie den selbstgesteckten Zielen nicht gerecht wird, korrigiert werden.

Der hohe Verwaltungsaufwand vor Ort muß verringert werden. Dazu gehört, daß alle Anträge im Zusammenhang mit der Agrarreform aber auch im Zusammenhang mit landesagarpolitischen Maßnahmen in Zukunft zusammengefaßt und auch nur noch von einer antragsannahmenden Stelle bearbeitet werden. Auch das Verfahren zur Beschäftigung ausländischer Erntehelfer muß vereinfacht werden.

Bei der EU-Agrarreform muß vor allem die Wirkung der marktentlastenden Maßnahmen erhöht werden. Für die Funktionsfähigkeit der Agrarmärkte ist außerdem ein ausreichender Außenschutz unverzichtbar, da die derzeitigen Weltmarktpreise die tatsächlichen Produktionskosten nicht widerspiegeln. Nur so können wir es ermöglichen, daß die Landwirte den weitaus überwiegenden Teil ihres Einkommens aus dem Markt erwirtschaften. Für Landwirte und Verbraucher gleichermaßen wichtig ist die europaweite Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für den Einsatz der Produktionsfaktoren bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln auf hohem Standard.

Fischerei – typisch für Niedersachsen

Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das große und kleine Hochsee-, Kutter- und Krabbenfischerei, den Seefischmarkt Cuxhaven, Fischverarbeitung und Fischhandel, also alle Zweige der Fischwirtschaft aufzuweisen hat. Die Fischwirtschaft hat für unseren Küstenraum eine große wirtschaftliche und soziale Bedeutung. Für die Zukunftssicherung dieses Wirtschaftszweiges ist es erforderlich,

- die Fangrechte im EU-Meer und in Drittlandgewässern zu erhalten
- eine konsequente Bestandsschonung durch vernünftige Bewirtschaftung und vorausschauender Gewässerschutzpolitik zu betreiben
- scharfe Kontrollen gegen illegale Einfuhren zu Dumpingpreisen auszubauen und die Motorstärken wirksam zu kontrollieren.
- die Nachfrage nach dem gesunden Nahrungsmittel Fisch auch durch staatliche Fördermaßnahmen zu stützen.

Besondere Leistungen für den Naturschutz müssen gefördert werden

Die Landwirtschaft erbringt als Koppelprodukt unentgeltliche Leistungen zur Erhaltung der typisch niedersächsischen Kultur- und Erholungslandschaften.

Bei der Aufgabe, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, kann die Landwirtschaft sich nicht an divergierenden öffentlichen Meinungen, sondern nur an fachlich und wissenschaftlich fundierten Vorgaben orientieren.

Der Umweltschutz bekommt aus vielfältigen Gründen in der Landwirtschaft einen ständig höher werdenden Stellenwert. Die Vermeidung von Erosionen, die Vorhaltestrategien bei Düngung und Pflanzenschutz oder die bodenschonende Anbautechnik sowie die Flächenbindung der Tierhaltung liegen auch im Interesse der Landwirtschaft. Dieses Eigeninteresse der Landwirtschaft fördern wir nachhaltig. Basis der landwirtschaftlichen Nutzung sind die von den Landwirtschaftskammern erarbeiteten „Leitlinien der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung“.

Durch den Vertragsnaturschutz und durch (Grünland-) Extensivierungsprogramme wollen wir eine Nachfrage in der Landwirtschaft für besondere Leistungen des Natur- und Umweltschutzes entwickeln, die über die generelle Flächenbeihilfe hinaus zu entlohnen sind. Hierzu können die flankierenden Maßnahmen der EU-Agrarreform einen Beitrag leisten.

Nachwachsende Rohstoffe sind Agrarprodukte der Zukunft

Die wichtigste Funktion der Landwirtschaft wird auch künftig die kostengünstige Produktion qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel sein.

Darum muß Niedersachsen wieder seine Spitzenstellung, die es unter der früheren CDU-Landesregierung in Deutschland und Europa hatte, bei der Förderung und Entwicklung der Produktion und der Verwertung nachwachsender Rohstoffe zurückgewinnen.

Niedersachsen bietet

- durch seine Dichte an landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen,
 - durch die Weltgeltung von Saatzuchtunternehmen,
 - durch die Aufgeschlossenheit von mittelständischen Betrieben, des Agrarhandels, der Genossenschaften und der Verarbeitungsindustrie sowie
 - durch die Bereitschaft der Automobilindustrie
- hervorragende Möglichkeiten, innovative Entwicklungen in diesem Bereich voranzutreiben.

Dabei wollen wir uns zunutze machen, daß durch die EU-Agrarreform die Produktion nachwachsender Rohstoffe auf einer veränderten wirtschaftlichen Grundlage möglich ist. Die Anbauregelungen müssen aber noch praxisgerechter gestaltet werden.

Durch nachwachsende Rohstoffe können wir wesentliche Beiträge zur Lösung der Umweltprobleme leisten: z. B. Minderung von CO₂-Ausstoß, Reduzierung von Abfallmengen.

Daher können neben der wichtigen Funktion der Landwirtschaft für eine kostengünstige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittelproduktion die nachwachsenden Rohstoffe eine wichtige Einnahmequelle werden.

12. Kapitel

Dem Schutz des Waldes verpflichtet – Forstpolitik im Interesse von Natur und Umwelt

Die Forstwirtschaft leistet mit der Produktion des umweltgerechten, nachwachsenden Rohstoffes Holz einen wichtigen, oft unterschätzten wirtschaftlichen Beitrag.

Den Menschen dient der Wald als Raum für Erholung, für einen Großteil unserer Bevölkerung besitzt er auch einen ideellen Wert.

Die immissionsbedingten Waldschäden haben ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Deshalb sind unbedingt weitere Anstrengungen zur Schadstoffentlastung der Luft notwendig.

Auch wegen der Bedeutung für Natur und Umwelt wollen wir durch ein Aufforstungsprogramm auf ehemaligen landwirtschaftlichen Flächen die Waldfläche unseres Landes aufstocken.

Der größte Teil der Waldfläche Niedersachsens befindet sich im privaten Besitz. Die wirtschaftliche Situation ist durch das Ausmaß der Waldschäden und durch unbefriedigende Rohholzerlöse schlecht. Die Waldbesitzer erbringen aber erhebliche Leistungen für Gesundheit und Freizeit aller Menschen sowie den Erhalt der Umwelt.

Durch das niedersächsische Waldgesetz sind die privaten Waldbesitzer gezwungen, ihren Wald zu erhalten und zu pflegen. Die Förderung, insbesondere der Jungwaldpflege und der Walderneuerung, muß wegen dieser gesetzlichen Verpflichtung den Fördergrundsätzen im öffentlichen Wald angelehnt werden.

Bei Aufforstungsprogrammen muß die Förderung auf standortgerechte Baumarten bei Vermeidung von Monokulturen eingeschränkt werden. Darüber hinaus werden wir die Förderrichtlinien des Landes dahingehend ergänzen, daß auf bisherigen Nadelholzflächen ohne zusätzliche Kosten für die Forstwirte heimische Laubhölzer angepflanzt werden können (ökologischer Waldumbau).

Nur so kann der vorhandene Privatwald im Interesse von Öffentlichkeit und Umwelt in Niedersachsen erhalten und mittelfristig auf der Grundlage der Standortkartierung in seinem Wert verbessert werden.

Wenn wir die ökologischen und sozialen Leistungen des Waldes wieder dauerhaft kostendeckend ermöglichen wollen, dann muß Holz als nachwachsender Rohstoff mehr Beachtung finden.

So ist die Verwendung von Holz

- für Verpackungen und zur energetischen Nutzung umweltfreundlicher als fossile Rohstoffe,
- als Baustoff energiesparender als Aluminium, Stahl oder Kunststoff.

Deshalb muß die Substitution durch Holz aus umweltpolitischen Gründen begünstigt werden.

Nur Forstfachleute können unter Beachtung ökologischer und ökonomischer Gesichtspunkte die Vielfalt der Aufgaben der Waldbewirtschaftung sinnvoll bewältigen. Das gilt auch für den Nationalpark Harz. Durch gezielte Unterstützung muß die Beratung und Betreuung der Privatforsten durch die Landwirtschaftskammer intensiviert werden.

Zur Sicherung der vielfältigen Leistungen des Waldes wollen wir eine nachhaltige, standortgerechte und naturnahe Waldbewirtschaftung fördern.

13. Kapitel

Tierschutz – Verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung

Zur Bewahrung der Schöpfung gehört auch ein verantwortlicher Umgang mit den Tieren. Unser Verhalten und die Behandlung der Tiere muß ethischen Grundwerten genügen, die sich aus der Idee der Betrachtung des Tieres als Mitgeschöpf ergeben. **Mitgeschöpflich** heißt für uns allerdings keinesfalls die Gleichwertigkeit des tierischen mit dem menschlichen Leben. Auf tierische Nahrungsmittelproduktion in Niedersachsen können wir und wollen wir nicht verzichten. Vor allem bei den Tiertransporten, bei der Tierhaltung, bei der Zucht und bei den Tierversuchen gibt es zum Tierwohl viel zu verbessern.

Wir wollen für **Tiertransporte endlich auch in der EU klarere und einheitliche Mindestanforderungen**. Wir wollen die grundlegende Überprüfung der EU-Exportsubventionen für lebende Schlachttiere. Die Subventionierung der Ausfuhr in Verbindung mit der Berechnung der Subventionshöhe unabhängig vom Zustand der Tiere bei der Zielankunft führen zu erschütternden Zuständen bei den Tiertransporten und belohnen tierschutzwidrige Transportbedingungen.

Wir werden uns für einen Tierschutzinspektionsdienst der EU einsetzen, damit sich die Zustände bei internationalen Tiertransporten schnell nachhaltig ändern und jegliche EU-Subvention bei tierschutzwidrigen Transportbedingungen entfällt.

- Wir wollen in der Tierhaltung rechtsverbindliche Mindestanforderungen, die wir u.a. durch eine Zulassungspflicht für die Haltungssysteme erreichen wollen.
- Wir wollen dabei verhindern, daß die Leistungen, die den Tieren abverlangt werden, den physiologisch vorgegebenen Rahmen überschreiten.
- Wir werden die Züchtung von Tieren, die in ihrer natürlichen Umgebung nicht lebens- oder fortpflanzungsfähig wären, auf die notwendigen medizinischen und ethisch zu verantwortenden Zwecke beschränken. Entsprechende Hobbyzuchten werden wir verbieten.
- Wir treten für die **Beschränkung der Tierversuche** auf das tatsächlich notwendige Maß ein. Dazu werden wir auch bei anzeigepflichtigen Tierversuchen die Behörden in die Lage versetzen, zu prüfen, ob die Versuche unerlässlich und ethisch vertretbar sind. Tierversuche werden nur genehmigt, wenn es keine andere Möglichkeit wissenschaftlicher Forschung gibt. Wir werden das Töten der Tiere zu wissenschaftlichen Zwecken unter eine Anzeigepflicht stellen, statistisch erfassen und unter eine strenge und umfassende behördliche Kontrolle stellen.
- Einrichtungen zur Versuchstierhaltung werden wir ebenfalls einer tierschutzrechtlichen Zulassungspflicht unterwerfen.
- Wir werden schließlich einen **Tierschutzausschuß** als Unterausschuß des Agrar Ausschusses im Niedersächsischen Landtag einrichten, um dem Tierschutz auch im Parlament mehr als bisher Rechnung tragen zu können.

14. Kapitel

Zur Verantwortung erziehen – Chancen erschließen – durch Ausbildung Zukunft sichern

Bildung und Erziehung sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Menschen Ihre Persönlichkeit im Leben frei entfalten und ihre Freiheit, Rechte und Bürgerpflichten wahrnehmen können. Ziel von Erziehung und Bildung ist darum die Befähigung des Menschen, selbständig und verantwortlich zu handeln und seine Umwelt und Umgebung mit zu gestalten. Auf eigenverantwortlich handelnde, urteilende und solidarische Menschen ist unsere freiheitliche Demokratie angewiesen. Erziehung und Bildung junger Menschen bedeutet die Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft.

Die Lebenswelt unserer Kinder und Jugendlichen und der Berufswelt, auf die sie vorbereitet werden, sind jedoch einschneidenden Veränderungen unterworfen. Heute wird jede dritte Ehe geschieden. Die Zahl der alleinerziehenden oder der Berufstätigkeit beider Elternteile nehmen zu. Der Einfluß der Medien als „unkontrollierte Erzieher“ wächst. Damit vermehrt sich auch das Angebot unterschiedlichster Wertvorstellungen, während die Vermittlung verbindlicher Normen immer weniger gelingt. Nicht nur das Bild von der heilen Familie, sondern auch das Bild von der intakten Erziehungssituation der Schule bedürfen daher einer Korrektur. Schon in der Grundschule nehmen Erziehungsschwierigkeiten zu. In den Schulen häufen sich die Klagen über Gewalt und Vandalismus.

Junge Menschen stehen angesichts des wirtschaftlich-technologischen Wandels vor neuen Herausforderungen. Von ihnen wird die Fähigkeit und Bereitschaft verlangt, ständig neu- und umzulernen, prozeßorientiert zu denken und die Sensibilität für Komplexe, die Grenzen eines Wissensgebietes überschreitende Vorgänge zu entwickeln. Die **Arbeitswelt erfordert gleichzeitig Teamarbeit, mehr Verantwortung des einzelnen für das Ganze, Kreativität und Flexibilität**. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf möglichst umfassende Bildung und hilfreiche Erziehung, damit sie den Anforderungen ihres Lebens gerecht werden können. Diese Erziehung der Kinder ist in erster Linie Aufgabe des Elternhauses. Doch auch von der Schule wird ein wesentlicher und immer wichtiger werdender Beitrag zur Erziehung junger Menschen erwartet. Die CDU-Niedersachsen will daher eine Schule schaffen,

- die den Auftrag zur Bildung und Erziehung ernst nimmt und zusammen mit den erforderlichen fachlichen Fertigkeiten gezielt die charakterlichen Fähigkeiten der Schüler ausbildet,
- in der die Erziehungsziele an den Wertvorstellungen unseres Grundgesetzes und an den ihnen zugrunde liegenden Werten der christlichen und humanistischen Kultur orientiert sind,
- in der sich Lehrer, Eltern und altersangemessen auch Schüler über Ziele, Wege und Mittel der Erziehung möglichst weit verständigen,
- die durch Förderung der kognitiven, sozialen, musischen und sportlichen Fähigkeiten die Schüler ganzheitlich erzieht

- in der junge Menschen von der Hilfe ihrer Erzieher mit wachsender Fähigkeit immer freier werden können.

Einen wirklichen Beitrag zur Bewältigung dieser Probleme kann nur eine humane Leistungsschule leisten, die die vielfältigen Begabungen und die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler wie die Unterschiedlichkeit ihrer Entwicklung ernstnimmt. Dafür werden Lehrerinnen und Lehrer benötigt, die sich nicht nur als Wissensvermittler, sondern auch wertorientiert als Erzieherinnen und Erzieher verstehen.

Unsere Bemühungen gelten besonders der Sicherung der Unterrichtsversorgung. Wir wollen die Freistellung für Aufgaben, die nicht unmittelbar mit dem Unterricht zu tun haben, deutlich einschränken und Lehrerinnen und Lehrer mehr frei machen für ihre eigentliche Aufgabe, den guten Unterricht und die Erziehung junger Menschen. Auch durch Umschichtung im Landeshaushalt wollen wir zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

Die einkommensunabhängige Lehrmittelfreiheit führt zu unnötigem bürokratischen Aufwand und zusätzlichen Kosten, weil sie die Kommunen verpflichtet, für die zu lagernden Bücher Räume zur Verfügung vorzuhalten, von den Lehrern verlangt, die Bücher zu katalogisieren, auszugeben und einzusammeln und verhindert, daß die Schülerinnen und Schüler ihre Bücher während der Schulzeit effektiv und selbständig nutzen und ihr Leben lang behalten können. Wir werden daher das Leihsystem wieder abschaffen und stattdessen unbürokratische Barzuschüsse in ausreichender Höhe an bedürftige Familien und Schüler gewähren.

Wir wissen, daß **Lehrerinnen und Lehrer** z. B. durch den zunehmenden Medienkonsum, die wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen und die erhöhte Anzahl von Einzelkindern vor neue Herausforderungen gestellt sind. **Der Lehrerberuf verdient daher öffentliches Ansehen**. Diesem hat Ministerpräsident Schröder durch sein einseitiges Diktat der Lehrermehrarbeit schweren Schaden zugefügt. Eine Schlechterbehandlung der Lehrerinnen und Lehrer kommt für uns nicht in Frage, eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit nur in einem Gesamtkonzept für den Öffentlichen Dienst.

Die CDU-Niedersachsen wird die Weichen stellen für eine Bildungspolitik, die sich an den Herausforderungen der Zukunft orientiert und ihnen gerecht wird. Schwerpunkte werden dabei sein:

Langzeitliche Bildungsgänge. Sie sind die Voraussetzung dafür, daß die Schulen ihrem erzieherischen Auftrag gerecht werden können. Die CDU tritt daher dafür ein, daß Hauptschule, Realschule und Gymnasium ihren jeweiligen Bildungsgang mit der fünften Klasse beginnen. Die **Orientierungsstufe** geht in Hauptschule, Realschule und Gymnasium auf. Sie hatte in Niedersachsen eine wichtige Funktion, doch schwerer wiegt jetzt, daß sie nicht das notwendige Maß an innerer und äußerer Differenzierung leistet, von Gesamtschülerinnen und -schülern umgangen werden kann und insbesondere das gerade für die heutige Schülerschaft notwendige Lernen in konstanten Klassengemeinschaften und langfristig angelegten Bildungsgängen verhindert. Auch die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium auf insgesamt zwölf Jahre würde durch die Beibehaltung der Orientierungsstufe erheblich erschwert. Da für die CDU **Schulwahlfreiheit** die Konsequenz des elterlichen Erziehungsrechtes ist, entscheiden die Eltern nach intensiver Beratung durch die Grundschule und die weiterführenden Schulen nach der vierten Klasse in Eigenverantwortung über die weitere Schullaufbahn ihrer Kinder.

Die humane Leistungsschule setzt ein gegliedertes, differenziertes, begabungsgerechtes

und wohnortnahes Schulwesen in überschaubaren Einheiten voraus. Entsprechend ist die Grundschule wohnortnah einzurichten, organisatorische Verbindungen von Haupt- und Realschule sind zu ermöglichen. Einzügige Grundschulen müssen auf Dauer gesichert werden, jahrgangsübergreifende Klassen in kleinen Grundschulen möglich sein.

Die Grundschule als die Schulform, in der Kinder die ersten Schritte zu systematischem, kognitiven Lernen tun und in neuen Sozialformen die Grundlagen für ihre weitere Schullaufbahn legen, muß sich besonders durch intensive pädagogische Arbeit und großen Freiraum zur Gestaltung von Leben und Schulleben auszeichnen.

Die Hauptschule arbeitet mit überwiegend „praktisch begabten“ Kindern besonders handlungs- und praxisorientiert. Sie muß so gestaltet und ausgestattet werden, daß sie für Schüler wie Eltern attraktiv ist. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit mehr praktischer im Verhältnis zu mehr intellektueller Begabung muß deutlich erkennbar sein. Die Hauptschule bereitet primär auf praktische Berufe vor und arbeitet deshalb intensiv mit Berufsschulen und Betrieben zusammen, um die Verbindung zur beruflichen Bildung zu stärken. Wir brauchen eine begabungsgerechte Methodik, damit handlungs- und erfahrungsorientiert gearbeitet werden kann. Die Hauptschule umfaßt in der Regel einen fünfjährigen Bildungsgang, der erfolgreiche Besuch der freiwilligen zehnten Klasse ermöglicht weitere schulische Abschlüsse und damit zusätzliche Zugangsberechtigungen zu weiterführenden Schulen. Dieses sichert die notwendige Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen.

Die Realschule ermöglicht mit ihrem sechsjährigen Bildungsgang einerseits den unmittelbaren Zugang zu Berufsfeldern mit erhöhter Verantwortung und höheren Anforderungen, andererseits mit dem Erwerb des erweiterten Sekundar-I-Abschlusses den Besuch studienbezogener Bildungsgänge des Sekundarbereichs II. Die berufsfeldbezogene Ausgestaltung des Wahlpflichtbereiches auf den Feldern der Fremdsprachen, der Informatik, der Technik, von Wirtschaft, Recht und Hauswirtschaft – Sozialpädagogik eröffnet den Realschülerinnen und -schülern besondere Chancen.

Das Gymnasium vermittelt die allgemeine Studierfähigkeit. Im Rahmen der Schaffung von Ausbildungs- und Studienzeiten sowie im europäischen Kontext soll das Gymnasium in acht Jahren zum Abitur führen. Dazu ist es notwendig, das Gymnasium in eine fünfjährige Unter- und Mittelstufe sowie eine dreijährige Oberstufe zu gliedern. Damit das Abitur auch weiterhin eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit treffen kann, müssen die Rahmenrichtlinien überarbeitet und präzisiert werden sowie einen verbindlichen Kernbereich bekommen. Alle Schülerinnen und Schüler müssen einen Kanon von Fächern (Deutsch, Mathematik, eine fortgeführte Fremdsprache, eine Naturwissenschaft und Geschichte) durchgängig bis zum Abitur belegen.

Das **Sonderschulwesen** mit seinen vielfältigen Förderangeboten bleibt ein selbständiger Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens. Die Zusammenarbeit mit anderen Regelschulen bleibt gewährleistet, die verstärkte Integration in die Regelschule wird unterstützt, wenn die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes erfolgreicher als in der Sonderschule gefördert werden können.

- An den oben genannten Schulformen werden wir bei vorliegendem Elternwillen Betreuungsangebote auf freiwilliger Basis einrichten (volle Halbtagschule, freiwillige Ganztagsbetreuung).
- Die Gesamtschule ist für uns keine Regelschule. Gesamtschulen können das gegliederte Schulwesen ergänzen, wenn sie dessen Bestand vor Ort nicht gefährden. Die CDU lehnt

ideologisch bedingte Experimente ab. Die Bevorzugung der Gesamtschule in personeller und finanzieller Hinsicht wird von uns abgebaut. Die negative Entwicklung durch Einführung der Gesamtschule als Regelschule machen wir rückgängig.

Die **Schulen in freier Trägerschaft** sind als Ergänzung zum öffentlichen Schulwesen Herausforderung und Konkurrenz und damit ein unverzichtbarer Bestandteil im Schulangebot. Sie haben Anspruch auf staatliche Förderung.

Berufliche Bildung muß berufliche Qualifikationen vermitteln, auf aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben vorbereiten und die Persönlichkeit des jungen Menschen fördern. Die CDU tritt dafür ein, die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung zielstrebig zu fördern. Sie soll daher über das Erlernen eines anerkannten Ausbildungsberufes hinaus allgemeine Bildungsabschlüsse vermitteln und die Chancen für den beruflichen Aufstieg bis zum Hochschulstudium eröffnen. Wir bekennen uns zum **dualen System der Berufsausbildung**. Wir benötigen genügend hochqualifizierte Facharbeitskräfte, die den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs gewachsen sind. **Berufsbildende Schulen** sind daher sowohl in ihrer fachtheoretischen als auch in ihrer allgemeinbildenden Arbeit durch eine Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung und durch eine Intensivierung des Praxisbezuges in die Lage zu versetzen, diesen wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. In den einzelnen Berufen sind landesweit gleiche Ausbildungsbedingungen zu ermöglichen. Regional eingeführte verbindliche schulische Berufsgrundbildungsjahre sollen auslaufen. Einen regelmäßigen zweiten Berufsschuljahr in allen Ausbildungsjahren und allen Ausbildungsberufen lehnen wir ab.

Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen wiedergewinnen

Ständig steigende Studienbewerber und Studentenzahlen, neue Aufgaben und eine weit hinter diesen Anforderungen zurückbleibende Ausstattung überfordern heute die Hochschulen. Überfüllte Lehrveranstaltungen trotz wachsender Zulassungsbeschränkung, eine beängstigend steigende Zahl von Studienabbrechern und abgewiesenen Studienbewerbern, überlange Studienzeiten und nachlassende Leistungsfähigkeit in der Forschung sind die Folgen. Die CDU will die Leistungsfähigkeit der Hochschulen wiedergewinnen und weiterentwickeln, denn Hochschulpolitik ist ein wesentliches Element zur Stärkung des Standortes Niedersachsen. Das Land ist auf qualifizierte Hochschulabsolventen und auf eine produktive Forschung angewiesen. Soll jedoch künftig an den Universitäten qualifizierte Ausbildung gelingen, so bedarf es einer Verstärkung der Ressourcen, insbesondere einer Verbesserung der Lehre.

Am **Abitur** als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung wird festgehalten. Die Hochschulen sollten auch für besonders qualifizierte Berufstätige ohne Abitur geöffnet werden. Dabei bedarf es einer Feststellung der Eignung und Leistungsfähigkeit anhand fachgebundener Leistungskriterien. Das bisherige zentrale **Vergabeverfahren** orientiert sich zu schematisch am Notendurchschnitt und muß daher durch ein studienfachbezogenes Auswahlverfahren durch die Hochschulen ergänzt werden.

Die CDU tritt für eine **innere Reform der Hochschulen** ein, die die Leistungswillen und Leistungsfähigkeiten der Hochschulen stärkt. Die CDU wird den **Hochschulen einen größeren Freiraum eigenständiger Gestaltung schaffen und dadurch auch den Wettbewerb fördern**. Erforderlich sind eine Stärkung der Leistungsstrukturen, eine Reduzierung

der Gremienfülle, Entbürokratisierung und kürzere Entscheidungswege. Die überlangen Studienzeiten müssen verkürzt werden. Die Hochschulen sind gefordert, ihre Studienangebote zu überprüfen mit der Zielsetzung, einen Abschluß als Berufsqualifikation in der Regel in acht Semestern zu ermöglichen. Die Fülle des Studienstoffs und der Prüfungsanforderungen ist zu reduzieren, die Prüfungsabläufe sind zu verkürzen.

Bei der großen Anzahl der Studierenden muß die Hochschule ihre didaktischen Konzepte neu definieren.

Pflichtstudien und festgelegte Prüfungsleistungen schmälern nicht notwendigerweise den wissenschaftlichen Charakter der Ausbildung. Aufbau- und weiterführende Studiengänge sind erforderlich, sie dienen der wissenschaftlichen Vertiefung und der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die CDU fördert die **Einführung des sogenannten Freiversuches** in allen Studiengängen und die Aufrechterhaltung der Studienabschlußförderung als Anreizsysteme zur Verkürzung der Studienzeiten.

Die CDU wird sich bemühen, die **sozialen Bedingungen des Studiums zu verbessern und die Ausbildungsförderung (BAföG) den tatsächlichen wirtschaftlichen Bedürfnissen der Studierenden anzupassen.**

Zur Erhöhung des Anteils der Frauen an den Hochschulen setzt die CDU auf **frauen-spezifische Förderprogramme** und gezielte Fördermaßnahmen. Die CDU will die Möglichkeiten der Hochschulbauförderung auch für Einrichtungen zur Kinderbetreuung nutzen. Die Zeit der Kindererziehung fällt bei Frauen häufig zusammen mit der Qualifizierung (Promotion, Habilitation). Hier sind alle Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung, bei entsprechend längerer Zeitdauer auszuschöpfen. Das Höchstalter bei Berufungen und Verbeamtungen ist in solchen Fällen angemessen anzuheben. Die CDU fordert die Hochschulen auf, **für Frauen wissenschaftliche Arbeit und Familie vereinbar zu machen.**

Die CDU tritt dafür ein, daß neben der Sicherung der Lehre die Hochschulen – und hier speziell die Universitäten – **ihre Rolle als Forschungszentren** erhalten können. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung ist dabei unantastbar. Mehr als bisher erfordert die Komplexität unserer Situation, daß die Forschung fachübergreifend gestaltet wird. Die europäische Dimension in Lehre und Forschung soll verstärkt werden. Der Austausch von Dozenten und Studenten, Praktika im Ausland, die Berücksichtigung europäischer Themen in Seminaren und die Anerkennung im Ausland erbrachter Prüfungsleistungen bereiten die Absolventen auf eine Berufstätigkeit unter den Bedingungen des europäischen Binnenmarktes vor.

Der von der CDU begonnene **Fachhochschulausbau** soll fortgeführt und um zusätzliche arbeitsmarktrelevante Studiengänge erweitert werden. Die Aufnahmekapazitäten der Fachhochschulen sind den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechend deutlich zu erhöhen, ohne zu Lasten der Universitäten zu gehen.

Berufsakademien als Ort dualer Ausbildung sind entsprechend dem von der CDU belegten Gesetzesentwurf einzurichten. Sie sollen berufliche und wissenschaftliche Ausbildung miteinander verbinden.

Lebenslanges Lernen als Chance und Notwendigkeit

Unser Wissen veraltet immer schneller, niemand hat mehr mit Berufsausbildung oder Studium eine für das ganze Leben ausreichende Ausbildung erfahren, so daß lebenslanges

Lernen zur Selbstverpflichtung für den Einzelnen wird. Fortbildung sowie allgemeine und berufliche Weiterbildung haben sich als **vierte Säule im Bildungssystem** etabliert. Sie bieten die Chancen, Arbeitsmarkt und Bildungssystem wieder stärker miteinander zu verbinden und darüber hinaus die Rückkehr ins Berufsleben nach der Familienphase zu erleichtern. Für die CDU besitzt die **Erwachsenenbildung** Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft. Die **Erwachsenenbildung ist ein eigenständiger Teil des gesamten Bildungswesens.** Sie ist bestimmt durch die an den Bildungsbedürfnissen der Erwachsenen orientierten Bildungsinhalte, die Vielfalt der Bildungsträger und deren selbständiges Angebot, die Freiwilligkeit der Teilnahme wie ein am Gemeinwohl orientiertes flächendeckendes Angebot. Diese vom Subsidiaritätsprinzip ausgehende Struktur hat sich nach Ansicht der CDU in Niedersachsen bewährt. Sie setzt sich daher intensiv ein, die staatliche Förderung auf einem hohen Niveau weiterzuführen. Bei der zukünftigen Gestaltung der Erwachsenenbildung ist der Verstärkung der Bildungsarbeit im ländlichen Raum Priorität beizumessen. Darüber hinaus sieht die CDU einen erheblichen Nachholbedarf in der beruflichen Weiterbildung und fordert in diesem Zusammenhang auch ein stärkeres Engagement der Hochschulen im Bereich der Weiterbildung.

Dabei wird die CDU darauf achten, die **führende Rolle der niedersächsischen Erwachsenenbildung** in Deutschland weiter zu stabilisieren und gegebenenfalls zu verstärken.

Um zu vergleichbaren Abschlüssen in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung zu kommen, sind gemeinsame Qualitätsstandards und die Festlegung von vergleichbaren Abschlüssen dringend erforderlich. Die CDU wird sich daher für die Schaffung einer übergreifenden Prüfungsinstanz unter Beteiligung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung einsetzen. In Absprache mit den Institutionen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung wird die CDU alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verwaltungsvereinfachung und Arbeiterleichterung in diesem Bildungsbereich prüfen. Dies gilt auch für die Durchführung von sogenannten Drittmittelprojekten, wie z. B. Bundes- und Europaprojekten.

15. Kapitel

Kreativität mobilisieren – zukunftsorientierte Kulturpolitik

Durch zusätzliche Freizeit und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten hat insbesondere der Bereich der Kultur an Bedeutung gewonnen. Neben den klassischen Bildungseinrichtungen und Erziehungsinstanzen leistet auch die Kultur einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Durch sie gewinnen Menschen aller Altersgruppen Maßstäbe und Orientierung für verantwortungsvolles Handeln, eröffnen sich Tätigkeitsfelder für die Entwicklung individueller Begabungen und läßt sich Kreativität mobilisieren. Theater, Museen, Bibliotheken, Archive, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Musikschulen sind die geistigen Zentren einer Region; in ihnen wird das Kulturerbe gepflegt; sie regen an zur Auseinandersetzung mit existentiellen Fragen der Zeit und bilden vielfältige Möglichkeiten kreativer und selbstbestimmter Formen der Freizeitgestaltung. Zusammen mit Vereinen, Initiativen und freien Gruppen erhöhen sie die Lebensqualität für die Bevölkerung und steigern die Attraktivität für Fremdenverkehr und Wirtschaft. Für eine **zukunftsorientierte Kulturpolitik** setzt die CDU in Niedersachsen folgende Schwerpunkte:

Sicherung vielfältiger Kultureinrichtungen in Stadt und Land. Immer häufiger wird die Schließung von Kultureinrichtungen in den Raum gestellt. Dabei wäre es gerade in der heutigen Umbruchsituation unverantwortlich, auf die kontinuierliche Arbeit dieser Institutionen zu verzichten. Sie sichern die kulturelle Grundversorgung der Bevölkerung und sind verlässliche Partner für die experimentier- und innovationsfreudige freie Kultur. Die CDU bekennt sich auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel zum verfassungsrechtlich verankerten Auftrag des Staates, allen Bürgern den Zugang zu Kunst und Kultur zu sichern. Zur Sicherung des Bestandes der Kultureinrichtungen will die CDU kostensparende Vernetzungsmodelle, wie zum Beispiel den Verbund von Museen einer Region ebenso wie Pilotprojekte zur Unterstützung von Betreibermodellen zur kommerziellen Teilnutzung von Kultureinrichtungen besonders fördern. Ferner sollen neue Formen des Kultursponsoring entwickelt werden.

Stärkung der kulturellen Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche: Die Intensivierung der Kinder- und Jugendkulturarbeit stellt für die CDU einen Schwerpunkt ihrer Kulturpolitik dar. Die CDU erkennt die Kulturarbeit, die für die Jugend häufig ehrenamtlich in den Verbänden und Vereinen geleistet wird, nachdrücklich an. Sie wird sich dafür einsetzen, daß die Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche in den vorhandenen Einrichtungen weiter ausgebaut wird. Museen und Theater müssen durch Zusammenarbeit und Austausch mit den Jugendverbänden in die Lage versetzt werden, Kinder und Jugendliche gezielt anzusprechen und museums- und theaterpädagogische Angebote zu machen. Die musikalische Früherziehung in den Musikschulen wird ebenso unterstützt wie die Arbeit der Jugendkunstschulen, in denen spartenübergreifend eine Erstbegegnung auch mit medien-, tanz- und kunstpädagogischen Inhalten erfolgen kann. Zur Unterstützung der Lese- und Sprachförderung können Kooperationsprojekte zwischen Familie, Schule und Kommune sowie generationsübergreifende Bibliotheksangebote dienen.

Unterstützung von Integrationsfähigkeit und Toleranzbereitschaft: Eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft unserer Gesellschaft ist neben der veränderten Altersstruktur die Frage des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern. Gemeinsame Kulturprojekte von Deutschen und Ausländern bieten vielfältige Begegnungsmöglichkeiten. Interkulturelle Theaterarbeit, internationale Chöre, Schreibwerkstätten, Museumsprojekte und Videowettbewerbe führen bisher Fremde zusammen und schaffen Voraussetzungen für gegenseitiges Verständnis und Toleranz. Die CDU setzt sich für die Intensivierung integrationsfördernder Kulturprojekte ein. Wir wollen den interkulturellen Austausch fördern.

Stärkung der Regionen durch den Ausbau des Kulturtourismus: Die anhaltende Nachfrage beim Städtetourismus und bei Kurzreisen bietet für Niedersachsen bisher weitgehend ungenutzte Entwicklungschancen. Es gilt, die Vielfalt des vorhandenen Kulturangebotes und der kulturellen Sehenswürdigkeiten in den Städten und im ländlichen Raum touristisch besser zu erschließen. Die Erhaltung und Förderung regional vorhandener Mundarten und Sprachen stellt einen wichtigen kulturellen Beitrag dar, in dem die Vielfalt des Lebens in Niedersachsen einen besonderen Ausdruck erhält.

16. Kapitel

Wir sind Partner des Sports

Die Bedeutung des Sports ist im Rahmen unserer Freizeitgesellschaft noch gestiegen, denn die zeitlichen Freiräume, die sich für den einzelnen durch mehr Freizeit ergeben haben, werden zunehmend für sportliche Aktivitäten genutzt. Einfach Spaß an körperlicher Bewegung zu haben, aber auch der Wunsch, Grenzerfahrungen zu machen, spielt dabei eine Rolle. Neben die traditionellen Sportarten sind neue, reine Freizeitsportarten getreten.

Das Rückgrat **des Breitensports** in Niedersachsen bilden die über 8.500 Sportvereine mit mehr als 2,5 Millionen Mitgliedern. Der Vereinssport wird damit seinem Ruf als „größte Bürgerinitiative“ gerecht, die zugleich zentrale gesellschaftliche Aufgaben erfüllt: Für Jugendliche, die in unserem Bundesland nahezu zu zwei Dritteln in Sportvereinen Mitglied sind, bildet der Sport einen unabdingbaren Bestandteil ganzheitlicher Erziehung in bezug auf die Beherrschung des eigenen Körpers und auf das eigene Sozialverhalten. Die sozialen Aspekte des Sports und der Sportbewegung sind ebenso bedeutsam wie die pädagogischen Wirkungen. In Sportvereinen treffen sich Männer und Frauen, Kinder und Jugendliche aller Schichten, und damit stellen Vereine wichtige Kommunikationszentren in unserer Gesellschaft dar. Der Sportverein ist so auch ein Ort menschlicher Begegnungen und sozialer Kontakte. Die Verbreitung der Sportangebote und die Öffnung der Vereine darf deshalb nicht zur Vernachlässigung des geselligen Klub- und Vereinslebens führen. Die gesellige Komponente ist für die Existenz der Sportvereine besonders wichtig, denn sie bildet ein entscheidendes Unterscheidungsmerkmal zu kommerziellen Sportstudios. Auch die Chancen, die der Sport besonderen Zielgruppen, wie älteren Menschen, Behinderten, Familie, Kindern und Rekonvaleszenten bietet, können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gesundheitspolitisch bildet aktive Sportausübung die einfachste, kostengünstigste und interessanteste vorbeugende Maßnahme.

Grundlage der Vereinsarbeit bildet nach wie vor das Prinzip der Ehrenamtlichkeit, die eindrucksvolle Eigenleistung der Vereinsmitarbeiter für die Sportgemeinschaft. Die CDU in Niedersachsen tritt nachdrücklich dafür ein, dieses gesellschaftliche Engagement zu würdigen und nach Kräften zu fördern, um einer langfristigen Gefährdung dieser Basis der Sportvereinsarbeit wirksam zu begegnen. Hier ist insbesondere der Staat als Arbeitgeber gefordert. Um einer Überforderung der ehrenamtlichen Mitarbeiter vorzubeugen und den Verein gegenüber kommerziellen Anbietern konkurrenzfähig zu erhalten, müssen im Sinne einer doppelten Professionalisierung zum einen die Vereinsmitarbeiter weiterqualifiziert werden, zum anderen aber im erforderlichen Maße hauptamtliche Fachkräfte unterstützend zur Verfügung stehen.

Wesentliche Voraussetzung für die Leistung des im Verein verankerten Breitensports ist die gesetzliche Absicherung der Sportförderung in Niedersachsen, die dem Sport einen Anspruch auf Unterstützung und damit ein hohes Maß an Freiheit und Unabhängigkeit garantiert. Die CDU in Niedersachsen bekennt sich daher zur Förderung des Sports als öffentliche Aufgabe, sie wird die bewährte Sportpolitik nach dem Prinzip der Subsidiarität fortsetzen.

Leistungssport und Breitensport bedingen einander und dürfen daher weder gegeneinander ausgespielt noch voneinander getrennt werden. Ohne das Ineinandergreifen von Breiten- und Leistungssport ist eine erfolgreiche Talentsuche und Talentförderung auch künftig nicht möglich. Die CDU in Niedersachsen unterstützt daher den Leistungs- und Spitzensport, der sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewußt ist, weil von ihm entscheidende Impulse für die Verbreitung und Entwicklung des Sports insgesamt ausgehen. Die durch eine wirksame Sportförderungs politik der CDU-geführten Landesregierung entwickelte Infrastruktur für den Sport in Niedersachsen bietet dafür gute Voraussetzungen. Die CDU in Niedersachsen wird sich dafür einsetzen, daß der Olympia-Stützpunkt Hannover-Wolfsburg und das Bundesleistungszentrum in Hannover weiter gefördert und weiter entwickelt werden, um auch künftig den Anschluß Niedersachsens an die Entwicklung des Spitzensports in der Bundesrepublik Deutschland zu halten.

17. Kapitel

Weil wir ein Volk sind – Aussiedler und Vertriebene

Die Niedersachsen-CDU bleibt weiterhin Partner der Heimatvertriebenen und ihrer Organisationen und verurteilt deren Ausgrenzung und Diffamierung durch die rot-grüne Landesregierung

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens auch für das vereinte Deutschland und der damit verbundene endgültige Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete ist uns nicht leicht gefallen. Wir haben ihm zugestimmt, weil ohne ihn die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben mit unseren Nachbarn im Osten nicht möglich gewesen wären. Die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben aber auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Beziehungen zu unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn auf eine neue Grundlage gestellt. Wir wollen diese Beziehungen **vergangenheitsbewußt und zukunftsorientiert** gestalten und alle Chancen für eine dauerhafte Verständigung und gute Nachbarschaft nutzen. Dabei kommt den deutschen Heimatvertriebenen, den Volksgruppen und den in ihrer angestammten Heimat lebenden deutschen Minderheiten eine große Bedeutung zu. Sie können als Mittler und Fürsprecher eine Brücke zwischen uns und unseren Nachbarn bauen und Botschafter der Verständigung und Aussöhnung sein. Wir wollen **in guter Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten Mittel- und Osteuropas** für die deutschen Volksgruppen in ihren heutigen Siedlungsgebieten eine Zukunftsperspektive in ihrer jeweiligen Heimat aufbauen.

Dabei kommt den in den jeweiligen Staaten bestehenden Freundeskreisen eine besondere Bedeutung zu. Wichtig bleibt für uns dabei die Vermittlung kultureller Geborgenheit, die Hilfe zur Selbsthilfe im sozialen und wirtschaftlichen Bereich und die Durchsetzung eines effektiven Schutzes der Volksgruppen. Alle diese Maßnahmen müssen auch den Nachbarn der Deutschen mit anderen Nationalitäten zugute kommen. **Wir werden uns dafür einsetzen, daß im gesamten Europa das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht, ethnische Säuberung und Vertreibungen geächtet sowie der Gebrauch der Muttersprache und die Bewahrung und Fortentwicklung der eigenen Muttersprache für alle Europäer anerkannt wird.**

Wenn für die Angehörigen der deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa das Leben in ihrer angestammten Heimat nicht mehr erträglich ist, müssen sie weiterhin die Möglichkeit haben, zu uns zu kommen. Sie sind keine Angehörigen einer anderen Nationalität mit Rückkehrproption, sondern Deutsche wie wir. Sie bekennen sich zu uns und haben oft Teile **unseres eigenen kulturellen Erbes** erhalten, die bei uns schon verlorengegangen sind. Sie sind eine Bereicherung für Niedersachsen, auch weil sie uns die Möglichkeit geben, mehr über unsere eigene kulturelle Herkunft zu erfahren. Wir wollen Ihnen die Möglichkeit geben, ihre mitgebrachte Identität zu erhalten und gleichzeitig den Anpassungsanfor-

derungen an das Leben in Niedersachsen entsprechen können. Wir bekennen uns uneingeschränkt zu Artikel 116 GG.

- Wir werden dazu in **regelmäßigen Aussiedlerkonferenzen** die weitere Integrationsarbeit mit Landkreisen, Gemeinden, Kirchen, Wirtschaft, Sportorganisationen, sozialen Verbänden und dem BdV koordinieren.
- Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Vertreter der Heimatvertriebenen in öffentlichen und pluralistisch zusammengesetzten Gremien wieder mehr Berücksichtigung finden **und ihnen erneut die Mitarbeit insbesondere in der Landesmedienanstalt ermöglicht wird.**
- Wir werden die Landkreise, Städte und Gemeinden auffordern, die eingegangenen Partnerschaften zu pflegen und begrüßen die sich daraus ergebenden Partnerschaften mit den Heimatgebieten.
- Wir wollen, daß das traditionelle Bundestreffen der Schlesier wieder in der Landeshauptstadt Niedersachsens stattfindet.
- Wir werden die Förderung des BdV wieder aufnehmen, damit die Kultur der Vertriebenengebiete gepflegt werden kann.

18. Kapitel

Menschliches Niedersachsen – Gerechtigkeit im Sozialstaat

Wir wollen ein menschliches Niedersachsen, ein Bundesland, von dem die Menschen sagen: Es geht sozial und gerecht bei uns zu. Unser erstes Ziel ist darauf gerichtet, denen wirksam zu helfen, die der Hilfe bedürfen.

Sozialpolitik hat die doppelte Aufgabe, einerseits die **Selbsthilfe** zu stärken und andererseits die sozialen **Leistungen** auf diejenigen zu **konzentrieren**, die sich auf Grund ihrer Lebensumstände nicht allein helfen können.

Im Mittelpunkt unserer Sozialpolitik steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen, seinen Vorstellungen, seinen Fähigkeiten und seinen eigenen Kräften. Wir wollen die sozialen Hilfen wieder stärker an die Menschen heranbringen. Daher werden wir den durch zu große **Regelungsdichte in der Sozialbürokratie** verursachten Wildwuchs, die zu unnötigen **Behördengängen** führende Unübersichtlichkeit in der Vielzahl der Sozialbehörden und die **Zerstückelung der sozialen Dienste abbauen**.

Wir erkennen die großen Leistungen der freien Wohlfahrtsverbände, deren Bedeutung für das Funktionieren unseres sozialen Systems nicht zu unterschätzen ist. Neue Maßnahmen in der Sozialpolitik stehen immer unter dem Vorbehalt, wie schnell uns eine Umschichtung und Konsolidierung des Haushaltes gelingt.

- Wir wollen unsere Sozialpolitik wieder **wohnnah** und **bedarfsorientiert** gestalten.
- Wir wollen zur Stärkung der Selbsthilfe das **ehrenamtliche Engagement** stärker ideell und finanziell durch eine bessere Unterstützung der Selbsthilfeeinrichtungen, die Erweiterung der Aufwandspauschale, die **Anerkennung sozialen Engagements im Steuer- bzw. Rentenrecht sowie durch genossenschaftliche oder vereinsbezogene Regelungen** fördern. Letzteres bedeutet, daß diejenigen, die über Jahre Betreuungs- und Pflegeleistungen erbracht haben, auch ihrerseits auf gesicherte Hilfe im Krankheits- und Pflegefall rechnen können. Wir werden dazu ein **Landesprogramm „Selbsthilfe“** auflegen und ein **Gutscheinsystem „Sozialarbeit“** erproben, das den Hilfeleistenden später selbst Anspruch auf Unterstützung gewährleistet.
- Zur Überwindung der Unübersichtlichkeit von sozialen Hilfen werden wir einen Modellversuch **„Soziale Bündelung“**, die Konzentration aller sozialen Dienste und Informationen, in einer bürgernahen Anlaufstelle erproben.
- Wir wollen in einem weiteren **Modellversuch** – unter Einbeziehung aller Dienst- und Kostenträger – die Vernetzung ambulanter Hilfen mit dem Ziel **„Hilfen aus einer Hand“** erproben.

Die **versteckte Armut** ist nicht nur ein Problem älterer Menschen, sondern vor allem auch **Alleinerziehender** und ihrer Kinder.

- Durch ein Bündel von Maßnahmen von der Verbesserung der Kinderbetreuung, über die Förderung nach Erhöhung des Kindergeldes und die Einführung eines Landeserziehungsgeldes im dritten Lebensjahr des Kindes bis hin zu Vergünstigungen im Steuerrecht wollen wir die Situation der Alleinerziehenden und ihrer Kinder verbessern.

- Die Armut älterer Menschen werden wir u. a. dadurch bekämpfen, daß wir **im Falle der Kleinstrenten den Rentenversicherungsträger** verpflichten, die Rentempfänger zu informieren über mögliche Leistungsansprüche gegenüber anderen Sozialleistungsträgern.
- Wir wollen denjenigen, die aus Gründen der Arbeitslosigkeit Sozialhilfe empfangen, insbesondere in ihrem eigenen Interesse durch Heranziehung zu gemeinnütziger und zumutbarer Arbeit die Möglichkeit geben, den Teufelskreis aus Dauerarbeitslosigkeit und Sozialhilfe zu durchbrechen.
- Um den wirklich Bedürftigen besser helfen zu können, wollen wir schließlich den Sozialmißbrauch stärker als bisher bekämpfen.

Behinderte

Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben persönlich und in Freiheit zu gestalten. Wir setzen uns daher für die gleichberechtigte Beteiligung aller Behinderten am gesellschaftlichen Leben ein. Die rein formale Gleichberechtigung reicht dazu nicht aus. Wir müssen sie durch eine den Bedürfnissen des einzelnen behinderten Menschen entsprechend und an seinen Behinderungen spezifisch ausgerichtete Hilfe verwirklichen.

Wir treten der Diskriminierung des behinderten Menschen im Alltag entgegen.

Dazu wollen wir den **Abbau von Hemmnissen im Arbeitsleben, in Verkehrsmitteln, Behörden und öffentlichen Einrichtungen**.

Wir setzen uns dafür ein, daß behinderte Kinder in ihrer eigenen Familie aufwachsen und Behinderte in ihrem gewohnten Lebensumfeld leben könne. Familien, die die schwere Daueraufgabe der Pflege und Betreuung behinderter Angehöriger leisten, brauchen Hilfe und Entlastung. **Wir müssen verhindern, daß Familien unter der Pflegelast zerbrechen.**

- Wir wollen daher die familienentlastenden Dienste zu einem landesweiten Netz ausbauen, das Unterstützung in Pflege, Betreuung und Versorgung der behinderten Angehörigen leistet. Für ältere Behinderte, die nicht mehr in der Familie oder in Wohngruppen leben können, müssen ausreichend Plätze in Wohnheimen vorgehalten werden. Eltern sollen nicht in Sorge darum leben, daß ihre behinderten Kinder alleingelassen sind, wenn sie ihnen nicht mehr helfen können.
- Wir wollen zum Abbau der Diskriminierung eine bessere Kooperation z. B. zwischen Schulklassen und Behinderteneinrichtungen sowie die Einbeziehung der Belange Behinderter in den Unterricht verstärken.
- Wir wollen in Kindergärten und Schulen die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern ausbauen. Dabei werden wir berücksichtigen, daß eine behindertenspezifische Förderung überall in Niedersachsen möglichst wohnortnah angeboten werden muß.
- Und wir wollen die Integration Behinderter in den Berufsalltag intensivieren. Das Land muß endlich seine Vorbildfunktion in diesem Bereich wahrnehmen.

Drogen

Wir treten für ein **Konzept der integrierten Suchtbekämpfung** ein. Dazu gehört für uns eine ganzheitliche Drogenprävention, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein suchtfreies Leben, die Intensivierung der Aufklärung über alle Suchtstoffe, aber auch das Zurückdrängen des Rauschgiftkonsums und der Rauschgiftkriminalität.

Die **ganzheitliche Drogenprävention**, bei der es uns um eine Erziehung geht, die die Persönlichkeit stabilisiert, das Selbstbewußtsein stärkt und sich so bemüht, gegen legale und illegale Drogen immun zu machen, darf nicht durch eine verfehlte Diskussion über die Legalisierung illegaler Drogen verwässert werden.

Für uns steht fest: Wir wollen die schwerwiegenden Folgen von **Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmißbrauch** stärker als bisher bekämpfen und treten daher z. B. für ein generelles Werbeverbot in den allgemein vertriebenen Medien ein.

Eine Suchtbekämpfung allerdings, die den Gebrauch von Alkohol und Medikamenten gleichermaßen anprangert wie den Gebrauch der Heroinspritze, verfehlt die notwendige Differenzierung und vernachlässigt im Ergebnis die jeweilige individuelle Problematik. Ein „Recht auf Rausch“, wie es zum Teil von SPD und Grünen befürwortet wird, gibt die soziale Realität des Elends durch Drogenmißbrauch nicht wider.

Wir wollen zur Rauschgiftbekämpfung auch für Niedersachsen **„Therapie – sofort“**. Denn mit rund drei Monaten ist in Niedersachsen die Wartezeit auf einen Therapieplatz noch immer viel zu lang.

Wir wollen weiterhin die **Zahl der Entgiftungsplätze kurzfristig von derzeit 92 auf ca. 150 erhöhen** und in Verbindung mit der Einführung der „Therapie – sofort“ die Kostenvorleistung durch das Land begründen.

Die **stationären Entzugsplätze müssen von derzeit 350 mittelfristig mindestens verdoppelt** werden. Wir wollen weiterhin die niedrighwelligen Angebote stärker unterstützen, die Beratungsstellen ausbauen und den Modellversuch „Drogentherapie auf dem Land“ des Bundes auch für Niedersachsen fruchtbar machen und therapeutische Wohngemeinschaften in geeigneten Gebäuden einrichten.

Obdachlose

Die Zunahme der Wohnungsnot in Niedersachsen seit 1990 hat auch die Situation der Obdachlosen – zunehmend auch Frauen und Kinder – verschärft. Viele von ihnen können aus ihrer bedrückenden Lebenssituation selbst keinen Ausweg mehr finden.

- Wir wollen daher die Möglichkeit für Obdachlose ausbauen, durch sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsverhältnisse den Teufelskreis von Wohnungs- und Arbeitslosigkeit zu durchbrechen.
- Wir wollen, daß in den Kommunen Sonderkontingente des Sozialen Wohnungsbaus, insbesondere für obdachlose Familien, reserviert werden.

Gesundheitsland Niedersachsen

Aufgrund seiner naturnahen Räume und gesundheitsfördernden Landschaften bietet Niedersachsen hervorragende Möglichkeiten für Gesundheitserhaltung und Heilung. Die Möglichkeiten unserer gesundheitsfördernden Räume, z. B. an der Küste und in den Mittelgebirgen, sind zugleich ein wichtiger Standortfaktor. Wir wollen deshalb Niedersachsen systematisch zum „Gesundheitsland“ ausbauen, auch um zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Bereich zu gewinnen.

Wir wollen die Vorbeugung und die Möglichkeiten der Eigenvorsorge für ein gesundes Leben ausbauen. Prävention von Krankheiten bedeutet auch einen Beitrag zur Finanzierbarkeit unseres Gesundheitswesens. Eine **Initiative „Gesunde Städte in Niedersachsen“** soll die Gesundheitsförderung vor Ort verstärken. Wir wollen die Koordinierung von Prävention, Behandlung chronischer Krankheiten und Rehabilitation unter Mitarbeit von Ärzten, Krankenkassen, Krankenhäusern, Selbsthilfegruppen und Kommunen verbessern. Eine ärztlich koordinierte Angebotspalette von Kursen, Informationen, individuellen Beratungsangeboten und Therapien, vor allem auf den Gebieten der Prävention und der Nachsorge, sollen dazu beitragen, die Möglichkeit einer gesunden Lebensführung weiter auszubauen.

Wir wollen die **gesundheitliche Selbst- und Laienhilfe** mit einem Landesprogramm fördern und ausbauen. Zum Beispiel im Bereich der Infarkt-Prävention oder bei der Nachsorge kann und muß der Sofort- und Selbsthilfe wesentlich stärker Rechnung getragen werden.

Die durch das HI-Virus ausgelöste Immunschwäche-Krankheit AIDS verbreitet sich 10 Jahre nach ihrer ersten Beschreibung auch in Niedersachsen weiter. Weder eine Schutzimpfung noch ein Heilmittel konnten bisher entwickelt werden. Allerdings stehen Medizin und Wissenschaft der Krankheit nicht mehr so hilflos gegenüber wie noch vor einigen Jahren.

Um insbesondere auch die nachwachsende Generation vor der Infektion zu schützen, müssen immer wieder neue Aufklärungs- und Präventionskampagnen durchgeführt werden. Das Nachdenken über wirksame Maßnahmen darf nicht durch unnötige Tabus blockiert werden. Leider müssen infizierte und an AIDS erkrankte Menschen immer noch Vorurteile und Diskriminierung der anderen erleben. Die CDU tritt für einen nicht diskriminierenden Umgang mit infizierten und an AIDS erkrankten Menschen ein und unterstützt entsprechende Initiativen. Wir werden die medizinische und pflegerische Betreuung dieser Menschen in Niedersachsen besonders auf dem flachen Land verbessern. Die freien Träger in der AIDS-Hilfearbeit, darunter besonders die AIDS-Hilfen, bleiben zentraler Bestandteil der AIDS-Arbeit in Niedersachsen und werden von uns entsprechend unterstützt.

Die **Sicherung der kleinen Krankenhäuser** vor Ort muß im „Gesundheitsland Niedersachsen“ ergänzt werden durch Zentren der Hochleistungsmedizin mit überregionaler Bedeutung. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, in Hannover das erste deutsche Transplantationszentrum zu verwirklichen, ein Kinderkrebszentrum zu errichten und die Kinderherzchirurgie auszubauen.

Vor allem aber muß der **Krankenhausbau wieder finanzierbar** gemacht werden. Dies setzt die Landesverantwortung für die Krankenhausplanung voraus, schließt aber eine stärkere Einbeziehung anderer Kostenträger nicht aus. Zur Mobilisierung finanzieller

Reserven ist die Selbstverwaltung im Krankenhaus zu stärken und privates Kapital für den Krankenhausesektor nutzbar zu machen. Dazu gehört zum Beispiel auch der Betrieb kommunaler Krankenhäuser in privatwirtschaftlicher Form nach entsprechender Änderung der niedersächsischen Gemeindeordnung.

Grundsätzlich muß stärker beachtet werden, daß ins Krankenhaus nur kommt, wer dort hingehört, nicht wer woanders keinen Platz findet. Wir treten deshalb für den **flankierenden Ausbau von Einrichtungen der Pflege, Nachsorge und Rehabilitation zur Entlastung** des Akutbereiches ein. Die bessere Verzahnung der Krankenhäuser mit dem System der ambulanten Betreuung ist unsere oberste Leitlinie.

Die besten Krankenhäuser nützen nichts, wenn in ihnen die Menschen fehlen, um Kranke zu heilen und zu betreuen. Vor allem um ausreichendes **Pflegepersonal** zu gewinnen, müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen. Die Arbeit am Menschen darf nicht geringer geschätzt werden als die Arbeit an Maschinen! Wir brauchen eine nachhaltige materielle und ideelle Aufwertung der Pflegeberufe. Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote müssen verstärkt werden. Vor allem für Frauen nach einer Familienphase wollen wir Angebote zum Erlernen und Ausüben pflegerischer Berufe anbieten. Die Einführung einer Kammerlösung kann eine weitere Möglichkeit zur Attraktivitätssteigerung und besseren Interessenvertretung der Pflegeberufe sein.

19. Kapitel

Familienpolitik ist bei uns am besten aufgehoben

In unserer Gesellschaft leistet die Familie nach wie vor Dienste, die weder hinsichtlich ihres ideellen Wertes noch materiell zu bezahlen wären. Für die Lebenskonzeption von Frauen und Männern hat die Familie eine zentrale Bedeutung. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zum Auftrag des Grundgesetzes, die Familie besonders zu schützen und zu fördern. Eine solche Familienpolitik ist seit der Gründung der CDU ein Kernstück unserer Politik.

Wir geben familienunterstützenden und -fördernden Maßnahmen Vorrang vor solchen mit trennendem Charakter und werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Erziehungskraft der Familie wieder zu stärken.

Uns geht es dabei nicht darum, den Menschen eine bestimmte Lebensform vorzuschreiben oder Negativentwicklungen verheimlichen zu wollen. Fest steht jedoch, daß in **Familien Kinder ein hohes Maß an Geborgenheit und Liebe entgegengebracht wird und auch Erwachsene auf ein Maß an Zuwendung angewiesen sind, das nur in der Familie möglich ist.** Der überwiegende Teil der Pflegeleistungen wird nach wie vor in der Familie, und zwar fast ausschließlich von Frauen, erbracht. Von diesen Feststellungen ausgehend bilden auch Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern sowie Ehepaare eine Familie, wenn wir auch alles in der Macht der Politik Stehende tun wollen, um **Kindern das Recht auf eine erlebbare Mutter und einen erlebbaren Vater** möglich zu machen.

Junge Menschen sollen rechtzeitig auf Ehe und Partnerschaft und die Verantwortung für Kinder vorbereitet werden. Dabei sollte besonders auch die Verantwortlichkeit der Jungen und Männer verstärkt werden.

Durch die demographische und andere gesellschaftliche Entwicklungen, wie z. B. den wachsenden Medienkonsum und die zunehmende Gewaltbereitschaft, ist die **Familie immer größer werdenden Belastungen ausgesetzt.** Wir wissen, daß es ohne die unentgeltliche in unseren Familien geleistete Arbeit, besonders der Frauen, um unsere Gesellschaft wesentlich schlechter bestellt und die **Vereinsamung** ein noch größeres Problem wäre.

Wenn auch der Wert der Familie materiell nicht zu messen ist, wollen wir doch ihre finanziellen Belastungen und Benachteiligungen so weit wie möglich abbauen.

Dabei geht dieses nur im Rahmen der Haushaltskonsolidierung durch eine schrittweise Umschichtung der Mittel. Unter dieser Voraussetzung gilt für uns:

- Wir wollen, daß sich steuerliche Vorteile nicht mehr so sehr an der Eheschließung, sondern an den zu erziehenden Kindern orientieren. Wir treten daher für eine **schrittweise Einführung eines familienbezogenen Splittings im Steuerrecht ein.**
- Wir wollen **zinsgünstige Familiengründungsdarlehen**, die bei der Geburt des ersten Kindes gewährt und durch weitere Kinder schrittweise erlassen werden.
- Wir begrüßen die **Verdoppelung des Erziehungsurlaubs auf 36 Monate** sowie des Bundeserziehungsgeldes auf 24 Monate. Wir streben langfristig ein unabhängiges Landeserziehungsgeld für das dritte Lebensjahr an.

- Wir wollen eine **deutliche Erhöhung und Dynamisierung des Kindergeldes**, jedenfalls für die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen.
- Wir wollen, daß die **Feststellung des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherung** des Existenzminimums für Kinder beim Kindergeld und den Kinderfreibeträgen unverzüglich umgesetzt werden.
- Wir wollen **Familien mit behinderten Menschen** besonders unterstützen. Dazu gehören für uns sowohl der Auf- und Ausbau integrativer **Kindertagesstätten** für das gemeinsame Leben von behinderten und nichtbehinderten Kindern, die **Einrichtung von Schulklassen**, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder unter bestimmten Voraussetzungen gemeinsam unterrichtet werden können, sowie **öffentlich geförderte Wohnanlagen**, in denen einige Wohnungen behindertengerecht ausgebaut werden und das Wohnumfeld behindertengerecht gestaltet ist.
- Wir wollen die Ausweitung der Anerkennung von häuslicher Pflegetätigkeit in der Familie im Rentenrecht.
- Wir wollen die weitere **Unterstützung der Mütterzentren**, die **Einrichtung von Familien- und Nachbarschaftszentren**, in denen die Vermittlung und Koordination von Hilfen und Helfern sowie Selbsthilfegruppen zur gegenseitigen Unterstützung möglich ist.
- Wir wollen, daß die **Belange kinderreicher Familien in der Wohnungsbaupolitik und im Mietrecht** stärker berücksichtigt werden. Dazu muß die Bauleitplanung der Kommunen sich stärker an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Die Städte und Gemeinden müssen verstärkt **preisgünstiges Bauland für junge und kinderreiche Familien** anbieten.
- Wir wollen darüber hinaus, daß die **Bedingungen der Wohnungsbauförderung verbessert** und die **Richtlinien des Wohnungsbaus familienfreundlicher gestaltet werden**.
- Wir wollen die engagierte Unterstützung und den Ausbau der von der CDU gegründeten Stiftung „Familie und Frauen in Not“.
- Und wir wollen einen **umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens**, damit es durch umfassende Beratungsangebote, ausreichende finanzielle Hilfen und nachsorgende Beratung und Betreuung den Frauen wesentlich leichter wird, sich für das Leben zu entscheiden. Wir setzen uns für die Erleichterung und Verkürzung des Adoptionsverfahrens ein.

20. Kapitel

Offensive für den Wohnungsbau

In der rot-grünen Regierungszeit hat sich die Wohnungsnot in Niedersachsen verdoppelt: Bei rund 250.000 fehlenden Wohnungen ist jeder zehnte Einwohner Niedersachsens unzureichend untergebracht.

Wir brauchen eine **konzertierte Anstrengung für mehr Wohnungen**. Nur eine Ankerbelung des Wohnungsbaus, nicht Regulierung und Begrenzung, kann den Wohnungssuchenden helfen, den sozialen Verdrängungsprozeß zu beenden und das **Grundbedürfnis nach Wohnraum abzusichern**.

Öffentliche Mittel und staatliche Subventionierung können dabei allein nicht ausreichen, um das Wohnungsbau-Problem zu lösen. Wir brauchen vielmehr neben einer **Neuausrichtung und Intensivierung der staatlichen Förderung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene** auch eine Ausnutzung aller Möglichkeiten zur **Mobilisierung privaten Kapitals** für den Wohnungsbau. Die Mobilisierung privaten Kapitals ist besonders geeignet, die Wohnraumversorgung zu verbessern. Darüber hinaus ist flankierend der Einsatz öffentlicher Mittel erforderlich.

Die Wohnungsbauförderung treffsicherer ausgestalten

Bei knappen öffentlichen Mitteln und einer guten Versorgung der Bevölkerungsmehrheit mit Wohnraum müssen die staatlichen Förderinstrumente vor allem darauf gerichtet sein, zusätzliches Kapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Nur durch eine Erhöhung des Angebotes an Wohnungen können wir auch denjenigen zu einer besseren Wohnraumversorgung verhelfen, die dies aus eigenen Kräften nicht leisten können.

Wir wollen deshalb die Schwelle zum Wohneigentum weiter absenken und zusätzliche neue Schichten durch Ausweitung der Einkommensgrenzen in den sozialen Wohnungsbau einbeziehen. Wir wollen eine gezieltere Ausrichtung der Förderung auf die örtlichen Bedürfnisse durch eine Konzentration auf den dritten Förderweg erreichen. Verzerrte Sozialmieten im Bestand sollen durch Einführung der sogenannten Unternehmensmiete abgebaut werden und die Mehreinnahmen für Wohnungsbau-Investitionen verwendet werden.

Wir wollen die Wohnraumschaffung durch Sanierung und Instandsetzung von Mietwohnungen in die Wohnungsbauförderung aufnehmen. Die Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch solche Förderungen Belegungsbindungen im sozialgebundenen Wohnraum zu verlängern.

Wir wollen den sozialen Wohnungsbau durch die **Einführung kosten- und flächensparender Standards**, durch rationelle Bautechniken, z. B. in industrieller Fertigungsweise, und den **Verzicht auf überflüssige Ausstattungsdetails** verbilligen und damit zu einer deutlichen Ausweitung der Zahl neuer Sozialwohnungen beitragen.

Wir werden dafür eintreten, daß die steuerliche Förderung von Eigenheim durch eine Ermäßigung von Steuerschuld erfolgt.

Zur Ankerbelung des privaten Mietwohnungsbaus brauchen wir ein neues **Steuerspar-**

Modell, das wie die frühere Berlin-Förderung privates Kapital durch akzeptable Renditen in den Mietwohnungsbau lenkt. Hierfür wollen wir auf Bundesebene werben.

Wir streben eine **Unterstützung von Mietdarlehen** an, um dort vorhandenes Kapital zu mobilisieren und langfristig Wohnsicherheit zu schaffen.

Wir wollen auch im Wohnungsbau die Entbürokratisierung vorantreiben; wohnungsbau- behindernde Verordnungen sollen aufgehoben werden und die Baugenehmigungspflicht für Ein- und Zweifamilienhäuser weitgehend entfallen.

Wohnungspolitischer Kraftakt für Niedersachsen

In Niedersachsen hat die rot-grüne Koalition vor dem Wohnungsproblem kapituliert. Mit zuletzt gerade noch 10.000 neuen Wohnungen pro Jahr sind alle Versprechungen weit verfehlt worden.

Die CDU will den öffentlich geförderten Wohnungsbau wieder mit stärkerer finanzieller Priorität versehen. Wir werden die Förderzahlen auf 20.000 Einheiten pro Jahr anheben, um vor allem einen nachhaltigen Mengeneffekt zur Entlastung des stark angespannten Mietwohnungsmarktes zu erreichen.

Wir wollen die Eigentumsförderung stärker als bisher wahrnehmen, um vorhandenes privates Kapital für den Wohnungsbau zu nutzen und den Sockelwert zur Gewinnung zusätzlicher Mietwohnungen ausbauen.

Wir wollen vor allem die Eigentumsmaßnahmen für kinderreiche Familien und Schwerbehinderte verdoppeln, die Eigenheimförderung für junge Familien ausweiten und Bauwillige, die eine Mietwohnung in besonders angespannten Regionen des Wohnungsmarktes freimachen, besonders fördern. Der Erwerb vorhandenen Wohnraumes für kinderreiche Familien muß wieder gefördert werden, auch für Familien mit weniger als vier Kindern muß die öffentliche Förderung wieder erreichbar sein.

Im **Mietwohnungsbau müssen vor allem die Konditionen für Investoren attraktiver** ausgestaltet werden. Deshalb wollen wir eine verbesserte Finanzierung des Mietwohnungsbaus durch deutlich erhöhte Darlehn – statt verlorener Aufwandszuschüsse – und eine Anpassung der seit 1990 eingefrorenen Förderbedingungen an die Preisentwicklung. Dies dient gleichzeitig der langfristigen Konsolidierung des Landeshaushaltes und eröffnet sozial Benachteiligten den Weg zum Wohneigentum, der ihnen ohne ausreichende Darlehensförderung in aller Regel verwehrt ist.

Wir wollen mindestens 7.000 neue Mietwohnungen jährlich neu fördern, davon mindestens 1.000 für **alte Menschen** und 2.000 für **besonders sozial schwache Mieter** (Einkommengrenze nach § 25 des 2. Wohnungsbauförderungsgesetzes) reservieren.

Um den Mietwohnungsbau wieder attraktiver zu gestalten und der Ghetto-Bildung sozial schwacher Mieter entgegenzuwirken, wollen wir die **Belegungsbindung von 25 auf 12 Jahre** reduzieren. Darüber hinaus muß das Land die **Einkommengrenzen im III. Förderweg anheben**, um den sozialen Mietwohnungsbau z. B. auch für Bezieher mittlerer Einkommen wieder erreichbar zu machen.

Wir wollen den **Mietwohnungsbau für Arbeitnehmer** in Niedersachsen neu begründen und jährlich mindestens 1.000 Wohnungen mit Unterstützung interessierter Unternehmen fördern.

Bauland mobilisieren

Die Baulandbereitstellung ist das Nadelöhr für den Wohnungsneubau. Die CDU tritt für den notwendigen Ausgleich zwischen Naturschutz einerseits und Wohnungsbau andererseits ein. Bei aller Notwendigkeit zum Schutz ökologischer Werte darf aber notwendiger Wohnungsneubau nicht allein wegen des Flächenschutzes unterbleiben. Wir wollen, daß die **Baulandausweisung im Bundes- und Landesrecht erhöhte Priorität in der Abwägung mit dem Naturschutz erhält**. Im Geltungsbereich rechtskräftiger Bebauungspläne sowie im unbeplanten Innenbereich sollte eine Bebauung überhaupt keinen rechtlichen „Eingriff“ im Sinne des Naturschutzes darstellen. In der Landesraumordnung muß der Wohnbedarf als Grundsatz verankert werden und für alle Gemeinden – auch im ländlichen Raum – möglich und förderungswürdig bleiben.

Zur Erhöhung der Planungssicherheit wollen wir, wo Bauvorhaben einen „Eingriff“ im Sinne des Naturschutzes darstellen, für Ausgleichsflächen verbindliche Generalwerte, gestaffelt nach dem ökologischen Wert der bebauten Fläche, einführen. Bei dringendem öffentlichen Wohnbedarf soll auf die Bereitstellung von Ersatz- und Ausgleichsflächen ganz verzichtet werden können.

Flächensparende **Bauweisen wie der Dachgeschoßausbau und die Hinterliegerbebauung** müssen zu neuem Leben erweckt werden. Wir wollen alle baurechtlichen Hemmnisse für den Ausbau von Dachgeschossen beseitigen, diesen mit einem gesonderten Programm in der öffentlichen Wohnungsbauförderung unterstützen und die bessere bauliche Ausnutzung von Grundstücken erleichtern.

Wir wollen die Wohnraumversorgung auch im ländlichen Raum verbessern und deshalb die Nutzung ehemals landwirtschaftlicher Gebäude zu Wohnzwecken ausweiten. Die Wohnbebauung im – ungeplanten – Außenbereich soll weiter erleichtert werden. Dafür wird die Planungshoheit der Kommunen ausgeweitet. Bei Neubauplanungen muß gesichert sein, daß baubereite Grundstückseigentümer nicht verdrängt werden und daß beim Weiterverkauf entstehende Gewinne nach Abzug entwicklungsbedingter Kosten dem Eigentümer verbleiben.

Die **Planung und Erschließung von Wohngebieten** sollte zukünftig verstärkt durch private **Unternehmen** wahrgenommen werden.

Die CDU Niedersachsen fordert ein **zoniertes gemeindliches Satzungsrecht** für sofort bebaubare Grundstücke, um deren Mobilisierung als Bauland zu verstärken. Bundes- und Landesliegenschaften, insbesondere ehemals militärisch genutzte Grundstücke und Gebäude, sollen **systematisch einer möglichen Wohnnutzung** zugeführt werden.

21. Kapitel

Unsere Städte sollen menschlicher werden

Niedersachsen hat schöne Städte und Großstädte. Zwischen den großstädtischen Siedlungsräumen und dem ländlichen Raum besteht ein enges Beziehungsgeflecht, gibt es keine unvereinbaren Gegensätze. Beide haben eigenständige Funktionen, die sich gegenseitig ergänzen und bedingen. Zentrale und dezentrale Funktionen sind entsprechend ihrer Eigenart weiter zu entwickeln und zu fördern.

Wir wollen die **familien- und kinderfreundliche Stadt** und werden beispielhafte Modelle der Umsetzung durch Landeswettbewerbe fördern und verbreitern.

Auch in den Innenstädten und Großstädten muß die Lebensqualität durch eine Verbesserung der Infrastruktur gesteigert werden. Wir wollen die Städte menschlicher gestalten. Dazu gehört, daß sich ältere wie auch ausländische Mitbürger, Frauen ebenso wie Kinder, zu jeder Tageszeit ohne Angst vor Gewalt überall in der Stadt, insbesondere auch in Nebenstraßen, Fußgängerzonen und Passerellen frei bewegen können. Aber auch zur Nachtzeit muß die Sicherheit verbessert werden.

Wir müssen viele Menschen aus ihrer Isolierung herausholen und ihnen ein Gefühl der Geborgenheit und Heimat geben. Dazu ist insbesondere in Stadtteilen mit Hochhäusern, besonders dichter Wohnbebauung und auch in sonstigen Spannungsbereichen eine Wohnumfeldverbesserung notwendig. Dazu sollen Modelle zur nachbarschaftlichen Hilfe und zum ehrenamtlichen Engagement geschaffen werden. Es müssen Anlaufpunkte und Stätten der Begegnung geschaffen werden, so daß Nachbarschaftsgemeinschaften entstehen, wie sie im ländlichen Raum üblich sind. Nur wenn man die Menschen innerhalb der einzelnen Wohnquartiere zusammenbringt, holt man sie aus der Einsamkeit.

Ein Schwerpunkt muß die **Beseitigung des Wohnungsmangels** sein. Wir wollen besonders jungen Familien helfen. Beim sozialen Wohnungsbau wollen wir den besonderen Gegebenheiten städtischer Räume durch gestufte Fördersätze gerecht werden. Wir wollen großstädtisches Wohnen besser fördern, indem wir auch die Schaffung von Wohnraum durch Sanierung und Instandsetzung in der öffentlichen Förderung berücksichtigen.

Durch **Hilfen für Notunterkünfte** und abgestimmte Verteilungsverfahren wollen wir einen Beitrag des Landes zur Linderung der Obdachlosigkeit und Entzerrung der Obdachlosenproblematik leisten.

Wenn vorübergehend die Mittel für die Stadteförderung auf die neuen Bundesländer konzentriert werden, müssen bereits jetzt Konzepte entwickelt werden, wie das wieder ausgeglichen werden kann. Landes- und Kommunalprogramme müssen sich auf den Erhalt preiswerten Wohnraums in den Großstädten konzentrieren.

Die **Stadtplanung** muß dafür sorgen, daß auch in Wohngebiete wieder Versorgungs- und Dienstleistungsangebote kommen. Derartige Zentren können Kristallisationspunkte für das Entstehen von Gemeinschaftsaktivitäten sein.

Damit die Innenstädte nicht veröden, müssen sie auch für die Funktion „Wohnen“ attraktiv gestaltet werden. Die Schaffung von grünen Inseln kann hier Verbesserung bringen. Ein überzogener Umweltschutz darf aber nicht dazu führen, daß in den Großstädten ein ausreichender Wohnungsbau verhindert wird.

Die **Stadtsanierung** muß im Rahmen des Finanzierbaren fortgesetzt werden.

Wenn zur Durchführung der EXPO 2000 vorübergehend Infrastrukturinvestitionen schwerpunktmäßig in Hannover gefördert werden, muß schon jetzt eine Strategie entwickelt werden, wie dies gegenüber den übrigen Großstädten und dem ländlichen Raum später ausgeglichen werden kann.

Wir müssen verhindern, daß sich in den Großstädten neue soziale Gettos bilden; vor allem der Verfestigung von Treffpunkten der Drogenszene muß durch eine Kombination von polizeilichen und aufklärerischen Hilfen sowie therapeutischen und betreuenden Angeboten wirksam entgegengetreten werden.

Wo die vorhandene Bausubstanz zu einer problematischen Sozialstruktur geführt hat, muß durch gezielte Sanierungsmaßnahmen wieder für eine gemeinverträgliche Mischung aller Bevölkerungsschichten gesorgt werden.

Gewerbe- und Industriebrachen müssen wieder einer Nutzung zugeführt werden. Auch im städtischen Siedlungsraum müssen Arbeitsplätze und Wohnstätten so dicht wie möglich aneinandergesetzt werden, um überflüssige Verkehre zu vermeiden. Nur Betriebe mit störenden Auswirkungen auf die Umwelt gehören in isolierte Industrie- und Gewerbegebiete.

Die besonders **hohen Lärmbelastigungen und die Verschlechterung der Luftqualität** an den Hauptverkehrsadern müssen durch eine Verminderung und bessere Lenkung des Verkehrs abgemildert werden. Schikanen des Autofahrens, etwa durch Einbau von Hindernissen in Hauptverkehrsstraßen, sind zu vermeiden. Das Recht, mit dem PKW in die Städte zu fahren, soll nicht von einer zusätzlichen Nahverkehrsabgabe abhängig gemacht werden. Der öffentliche Personennahverkehr ist zu modernisieren und auszubauen, so daß er insbesondere für die Berufspendler attraktiv wird. Langfristig sind alle Ballungsräume durch moderne S-Bahn-Systeme zu erschließen.

Die Großstädte haben eine wichtige Funktion als Standort für Großindustrien und als Gewerbestandorte. Für unser Land kann es aber nicht gut sein, wenn sich um immer mehr finanziell notleidende Städte ein „Speckgürtel“ von Unternehmen und Betrieben legt, die von den niedrigen Abgaben des Umlandes profitieren, aber zugleich die Infrastruktur der Stadt in ähnlicher Weise nutzen wie ortsansässige Firmen. Allerdings müssen die Großstädte selbst auch einen Beitrag leisten, um die Betriebe zu halten.

22. Kapitel

Vom Kind aus denken – Politik für Kinder

Wenn wir unser Leitbild von einer **kinderfreundlichen Gesellschaft** ernst nehmen wollen, macht dieses politische Entscheidungen notwendig, die nicht einfach sind. Denn die Probleme von Kindern heute sind beachtlich. Kinder wachsen immer weniger mit Gleichaltrigen und Geschwistern auf, die Anzahl der Einzelkinder und die damit verbundene Vereinzelung steigt. Es gibt **immer mehr unterschiedliche familiäre Lebensformen**. Die Zahl der Alleinerziehenden steigt. Es gibt eine wachsende Zahl von Scheidungswaisen. Die möglichst frühe Selbständigkeit des Kindes wird als Erziehungsbild allgemein befürwortet. Dabei muß genügend Zeit für Kreativität und Spiele bleiben. Spielen findet oft nur noch in den eigenen vier Wänden statt. Die Wohnsituation wird immer enger und damit auch kinderunfreundlicher. Kinder leiden besonders unter Umweltschäden und sind stärker gesundheitlichen Risiken ausgesetzt als früher. Die Lebenswelt der Kinder wird schließlich immer mehr geprägt von einer auf sie einströmenden Medienlandschaft kommerzieller Anbieter. Zu lange haben die Erwachsenen vor allem ihre Interessen durchgesetzt und dabei die Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder immer mehr eingeschränkt. Andererseits gibt es aber sehr viele Erwachsene, die sich mit Liebe und Hingabe der Erziehung der Kinder widmen und ihre Interessen in der Öffentlichkeit vertreten.

Wir wissen, daß wir die Erde nur von unseren Kindern geliehen haben. Der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt kann aber nur funktionieren, wenn wir uns nicht nur darum sorgen, unseren Kindern später einmal lebenswerte Verhältnisse zu überlassen, sondern wenn wir uns auch darum bemühen, Kindern heute eine Lebenswelt zu schaffen und zu erhalten, die ihnen gerecht wird.

Wir legen darüber hinaus die Grundlagen für unser eigenes Wohlergehen im Alter, wenn wir unseren Kindern ein Leben in Geborgenheit und Liebe und eine Erziehung zu Freiheit, Verantwortung, Toleranz und Menschlichkeit angedeihen lassen.

Wenn wir in einem menschlichen Niedersachsen leben wollen, müssen wir lernen, wieder vom Kind aus zu denken.

Der wichtigste Lebensraum der Kinder in unserer Gesellschaft ist nach wie vor die **Familie**. Als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft ist sie der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Wenn unsere Gesellschaft kinderfreundlich sein soll, müssen wir daher Familien und Alleinerziehende mit ganzer Kraft unterstützen.

- Wir wollen daher im Kleinkindalter ergänzend zur Erziehung in der Familie ausreichende Angebote von **Mutter-Kind-Gruppen, Tagesmütter-Modelle und Krabbelstuben**.
- Wir halten am **Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- oder Kindertagesstättenplatz** für Kinder vom 3. bis zum 6. Lebensjahr fest. Wir lassen allerdings die Kommunen bei der Erfüllung dieses Anspruchs nicht im Stich. Wir werden daher auch andere **Kinderbetreuungsmodelle anerkennen und die Ausstattungsstandards** für unsere

Kindergärten, die die Kosten für einen Kindergartenplatz unnötig in die Höhe treiben, **überprüfen und so weit wie möglich aussetzen**.

Und wir wollen die volle Halbtagschule als freiwilliges Angebot für Grundschüler und für 6 – 15jährige als freiwilliges Angebot die Schule mit Ganztagsbetreuung, bei der auch die Kooperation mit freien Trägern gegeben sein soll.

- Wir wollen eine **kinderfreundliche Politik in unseren Städten und Gemeinden**. Wie gefährlich die **Verkehrssituation** für Kinder ist, läßt sich regelmäßig aus den jährlichen Statistiken entnehmen. Und die Einengungen, die Kinder durch die Verkehrssituation erfahren, führen besonders in den Großstädten zur Verhäuslichung, da die Kinder auf Grund der Gefährdungen und auch der Umweltbelastungen die Straße als Spielort nicht mehr wählen können. Die altersgemischte Gruppe der Nachbarskinder, die sich auf der Straße trifft, wird immer seltener. Wichtige soziale Erfahrungen gehen so den Kinder verloren.
- Wir wollen, daß nicht die Kinder sich nach dem Verkehr, sondern daß der Verkehr sich nach den Kindern richten muß. Öffentliche und private Spielflächen sind durch **verkehrsberuhigte Straßen und durch Spielstraßen** zu verknüpfen. **Dort, wo Kinder leben, spielen, lernen, sind verkehrsberuhigte Zonen einzurichten**. Kommunale Freizeitangebote sowie der öffentliche Personenverkehr müssen für kinderreiche Familien besonders preisgünstig angeboten werden. Das Radwegenetz muß nach Möglichkeit abseits der Hauptverkehrsstraßen auf eigenen Trassen ausgebaut werden. In einem Modellversuch werden wir unsere Vorstellungen einer kindgerechten Verkehrsplanung in die Tat umsetzen.

Wir werden schließlich alles in unserer Macht stehende tun, um den sexuellen Mißbrauch und die Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen, z. B. auch durch Anhebung des Strafmaßes. Eine stärkere Berücksichtigung in der Aus- und Fortbildung von Lehrern und Erziehern ist nötig, damit die entsprechenden Alarmsignale früher als bisher erkannt und schneller geholfen werden kann. Wir werden weiterhin die Einrichtung von **Sorgentelefonen** für Kinder unterstützen, an die sie sich jederzeit wenden können.

Und wir werden die **Kinderschutzzentren** ausbauen und durch eine **Aufklärungskampagne** an die Verantwortung von Freunden, Nachbarn und Verwandten appellieren.

Wir wollen dazu auch das Modell der Pflegeeltern schaffen und als zusätzliche Einrichtung verstärkt mit einbeziehen. Kinder, die bei Pflegeeltern aufwachsen, haben die größte Chancen, als eigenständige Menschen lebens- und liebenswert in einer intakten Umgebung aufzuwachsen. Es hat sich darüber hinaus gezeigt, daß das Pflegeelternmodell wesentlich kostengünstiger ist als die Heimunterbringung.

23. Kapitel

Jugend als Chance zur Selbständigkeit

Politik für die Jugend ist Politik für Niedersachsen insgesamt, wenn wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes langfristig erhalten wollen. Politik für die Jugend darf sich nicht in Sonntagsreden erschöpfen, sondern muß auf die konkrete Lebenssituation junger Menschen eingehen, ihnen ohne Bevormundung Unterstützung geben, Perspektiven aufzeigen und ihre Selbständigkeit stärken. Hier sind alle Politikbereiche gefordert, die Sozial- und Bildungspolitik wie die Wohnungs-, Wirtschafts- und Familienpolitik, denn es geht darum, Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze vorzuhalten. Es geht um preiswerten Wohnraum, um die Bereitstellung attraktiver Bildungsangebote ebenso wie darum, für ausreichende Freizeitmöglichkeiten zu sorgen.

Entgegen allen Unkenrufen zeigen uns aktuelle Untersuchungen, daß junge Menschen durchweg aufgeschlossen und optimistisch in die Zukunft blicken. Klare Wertvorstellungen werden genannt: Frieden in der Welt, wahre Freundschaft, Freiheit des Denkens und Handelns und familiäre Sicherheit stehen demnach vorne. Die vielzitierte Gewaltbereitschaft gibt es nur bei ganz wenigen jungen Menschen. Die übergroße Mehrheit von ihnen will Konflikte friedlich lösen.

Wir wissen auch, daß bei nicht wenigen Jugendlichen die Zukunftsangst wächst durch hohe Anforderungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, den Bedeutungsverlust traditioneller Lebenspläne und die zunehmende Einsamkeit, die auch daher rührt, daß die alten Sozialisationsinstanzen nicht mehr taugen. Junge Menschen können aber nur dann Selbstwertgefühl empfinden, wenn ihnen auf dem Arbeitsmarkt, in Parteien, Kirchen und Verbänden vermittelt wird, daß sie gebraucht werden, mitgestalten und mitbestimmen können. Die CDU wird sich besonders dafür einsetzen, daß jungen Menschen Angebote nach ganzheitlicher, nicht kommerzieller Freizeitgestaltung und Wohnraum vorfinden.

Nachdenklich stimmt uns die zunehmende Politikverdrossenheit junger Menschen, denn sie wirkt sich negativ auf ihre Bereitschaft aus, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Wenn unsere Demokratie aber lebendig bleiben will, dann braucht sie Jugendliche, die sich nicht in den Schmollwinkel zurückziehen, sondern sich am öffentlichen Leben aktiv beteiligen sowie Entscheidungen und Entscheidungsprozesse mitgestalten. Politik mit der Jugend heißt daher, die junge Generation stärker als bisher einzubeziehen, sie zu Wort kommen zu lassen und nicht zu versuchen, sie aufgrund eigener Lebenserfahrungen zu belehren oder sie als parteipolitisches Feigenblatt zu mißbrauchen. Wir brauchen ihre Kritik, wenn wir nicht in Selbstzufriedenheit und Stagnation versinken wollen.

Das heißt für uns:

- Wir wollen, daß alle Politikbereiche die Belange junger Menschen berücksichtigen und einbeziehen.
- Wir wollen eine **werteorientierte Erziehung in Familie und Schule** unterstützen und fördern. Dazu werden wir Modelle der Zusammenarbeit von Schule und Familie entwickeln. Das Zusammenleben der Generationen, das Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern, der Gedanke gegenseitiger Toleranz und Achtung gerade auch gegenüber den

Schwachen in unserer Gesellschaft sind Ziele einer solchen Werteerziehung und Zeichen unserer Werteverantwortung.

- Wir wollen im Flächenland Niedersachsen ein breites wohnortnahes Schul-, Hochschul- und Ausbildungsangebot. Bildungsangebote dürfen sich nicht nur auf Ballungszentren konzentrieren, sondern sind gerade auch im ländlichen Raum vorzuhalten.
- Wir unterstützen **Jugendverbände, Jugendgruppen und Jugendinitiativen**, die über ein reichhaltiges Angebot an sinnvoller Freizeit- und Lebensgestaltung hinaus einen wichtigen Beitrag zur Solidarität und Mitverantwortung erbringen. Unsere Unterstützung geht aus vom Subsidiaritätsprinzip und will daher vor allem Gruppen und Initiativen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen. Gerade auch angesichts der Konkurrenz kommerzieller Freizeitanbieter wollen wir die Stellung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessern.
- Wer **benachteiligte und gefährdete Jugendliche** ins persönliche und politische Abseits stellt, der treibt sie nicht nur Extremisten in die Arme. Dies gilt auch für die Minderheit gewaltbereiter Jugendlicher. Wir wollen die Betroffenen nicht ausgrenzen und deshalb die bewährten Einrichtungen der Jugendsozialarbeit weiter fördern. Wir wollen die strukturelle Benachteiligung junger Mädchen und Frauen, aber auch von Jugendlichen auf dem Lande durch Fördermaßnahmen abbauen helfen.

24. Kapitel

Mit den Frauen Gleichberechtigung durchsetzen

Die Niedersachsen-CDU setzt sich für eine partnerschaftliche Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens miteinander verantwortlich gestalten. Auch wenn wir auf diesem Weg bereits Erfolge zu verzeichnen haben, sind wir dennoch weit entfernt von partnerschaftlichen Strukturen in allen Lebensbereichen.

Noch immer tragen Frauen die Hauptlast der Familienarbeit.

Noch immer sind sie hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer sozialen Absicherung benachteiligt.

Noch immer ist die Gleichberechtigung in der Praxis der Arbeitswelt nicht verwirklicht. Frauen werden die weniger qualifizierten Arbeitsplätze zugewiesen, sie sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen und haben wesentlich häufiger als Männer befristete oder ungesicherte Arbeitsverträge.

Und noch immer sind Frauen in Führungspositionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterrepräsentiert.

Um dieses fundamentale Ungleichgewicht weiter abzubauen, hat sich die Niedersachsen-CDU im Niedersächsischen Landtag dafür eingesetzt, die **Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung** von Frauen und Männern und das Hinwirken auf die Beseitigung bestehender Nachteile als Aufgabe des Staates in die Niedersächsische Verfassung aufzunehmen. Und wir setzen uns dafür ein, daß eine entsprechende Bestimmung Eingang ins Grundgesetz findet.

Wir lassen uns von der Überzeugung leiten, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, Frauen oder Männer ein bestimmtes Rollenbild vorzugeben. Wir wollen im Rahmen einer umfassend angelegten, ganzheitlich ausgerichteten Politik dazu beitragen, daß Frauen und Männer Familie und Arbeitswelt besser als bisher verbinden können. Wir wollen eine wirkliche Wahlfreiheit.

- Im Berufsleben wollen wir nicht durch Quoten, sondern durch gesetzlich verankerte Förderpläne für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, insbesondere den Anteil der Frauen in verantwortlichen Tätigkeiten erhöhen.
- Für Frauen und Männer, die ihre Erwerbstätigkeit der Kinder wegen oder aus Gründen von Pflegetätigkeit unterbrechen, wollen wir für flankierende Angebote sorgen, damit sich die Unterbrechungszeit nicht nachteilig auf ihre berufliche Entwicklung auswirkt und die Rückkehrchance auf den Arbeitsmarkt erhalten bleibt.
- Wir fordern die Tarifpartner auf, darauf hinzuwirken, daß auch im Bereich der freien Wirtschaft verstärkt eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird und daß vermehrt Teilzeitarbeitsplätze auch für hochqualifizierte Berufe bereitgestellt werden.
- Wir wollen **Förderprogramme für Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer**, bei denen der öffentliche Dienst Vorbildfunktion einnehmen muß.

Die Stellung der **Frauen im ländlichen Raum** wollen wir u. a. durch Beratungsangebote für Bäuerinnen bei der Hofaufgabe und die Erschließung neuer Einkommensmöglichkeiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen ländlichen Gebieten, die Erhöhung der Mobilität durch verbesserte Verkehrsverbindungen, den Erhalt von Einrichtungen, die der Grundversorgung dienen und durch den Ausbau von mobilen Diensten und Leistungen verbessern.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch körperliche und seelische Mißhandlung gehört zu den bedrückendsten Erscheinungen unserer Gesellschaft. Sie reicht von der Belästigung auf der Straße, im Berufsleben und in der Schule bis hin zu den vielfältigen Formen der Gewalt und des sexuellen Mißbrauchs.

- Wir halten dabei **vorbeugende und nachbetreuende Hilfen** für ebenso erforderlich wie Hilfen in akuten Notsituationen.
- Wir werden daher **Ehe- und Familienberatungsstellen**, deren Hilfsangebote sich auf die Gesamtheit problematischer Lebensumstände bezieht, ein ausreichendes bedarfsgerechtes Angebot an Frauenhäusern für betroffene Frauen und ihre Kinder, ein Netz von Nachbetreuungsangeboten und besondere Hilfen bei der Wohnungs- und Arbeitsvermittlung nach Verlassen des Frauenhauses sowie ein kostenloses und flächendeckendes Notrufsystem vergewaltigter und mißhandelter Frauen unterstützen.
- Der Gewalt gegen Frauen wollen wir durch eine **Stadt- und Verkehrsplanung, die den Sicherheitsbedürfnissen der Frauen und Mädchen Rechnung trägt**, vorbeugen.

25. Kapitel

Ältere Menschen gehören in unsere Mitte

Eine humane Gesellschaft ist für uns nur denkbar als eine Gemeinschaft von jungen und alten Menschen. Wir wollen daher der Tendenz entgegenwirken, dem Jungsein einen absoluten Wert zuzumessen und die alten Menschen an den Rand der Gesellschaft, in die Isolation und Vereinsamung, zu drängen.

Nie zuvor haben ältere Menschen so sehr ihre Erfahrung, ihre Tatkraft und ihr Engagement zu ihrem eigenen und dem Nutzen aller eingebracht. Das gilt für das Engagement in Vereinen und Verbänden, in der Politik sowie in neuen Initiativen der Senioren wie „Alt hilft Jung“ oder den Seniorenaktivitäten in den neuen Ländern und in Osteuropa. Im Mittelpunkt unserer Sozialpolitik stehen nicht Betreuung und Pflegebedürftigkeit, sondern aktives Älterwerden.

Für die selbständige Lebensgestaltung ist zunächst die materielle Sicherheit eine entscheidende Voraussetzung. Wir wollen der älteren Generation einen sicheren Lebensabend und Anerkennung für die erbrachte Lebensleistung gewährleisten. Die Renten müssen sicher sein.

Über die materielle Sicherheit hinaus wollen wir das Miteinander von Jung und Alt, das Verständnis und die Hilfsbereitschaft zwischen den Generationen fördern. Dazu gehört auch, daß wir den alten Menschen ermöglichen, möglichst lange in ihrer aus verschiedenen Altersgruppen zusammengesetzten Nachbarschaft zu wohnen. Wir werden uns daher für den Bau altengerechter Wohnungen mitten in der Stadt einsetzen.

Ein dichtes Netz von Treffpunkten und mobilen Diensten kann ebenfalls die Selbständigkeit und die Eigeninitiative alter Menschen fördern. Der Aufbau von Seniorenbüros schafft eine Informations- und Kontaktstelle für Menschen, die Hilfe anbieten, ebenso wie für Hilfesuchende. Helfer wie Hilfsbedürftige aus unterschiedlichen Altersgruppen und in unterschiedlichen sozialen Situationen, kinderreiche Familien und Alleinerziehende, Alte und Junge können Hilfe benötigen oder anbieten. Das Seniorenbüro kann auch eine Koordinierungsstelle für Selbsthilfeinitiativen alter Menschen sein.

Uns bedrückt, daß besonders ältere Menschen immer häufiger Opfer von Straftaten werden. Ihre Freiheit wird beeinträchtigt durch die zunehmende Angst, allein auf die Straße zu gehen. Wir wollen den Schutz älterer Menschen verstärken. Spezielle Betreuungsangebote durch die Polizei sollen die Verbrechensvorsorge verbessern. Die von uns vorgeschlagenen Sicherheitsbeiräte in den Kommunen sollen den Aspekt der Sicherheit für alte Menschen zu einem ihrer Schwerpunkte machen.

Für alte Menschen, die der ambulanten Pflege bedürfen und für deren Familien, leisten die durch die CDU-Landesregierung aufgebauten Sozialstationen inzwischen unersetzliche Dienste. Sie sorgen dafür, daß auch pflegebedürftige alte Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung und vielfach im Kreis ihrer Familie leben können.

Aufgrund der abzusehenden demographischen Entwicklung, die auch eine Überalterung der Pflegepersonen zur Folge haben wird und aufgrund der Zunahme der Einpersonenhaushalte wird die Pflege in der Familie zunehmend ein Problem. Wir werden die Möglichkeiten der Selbsthilfe darum durch einen Ausbau von familienentlastenden Diensten stärken.

Aktivierende und ganzheitliche Pflege ist auch im ambulanten Bereich zu verwirklichen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß das Freiwillige Soziale Jahr auch in kinderreichen Familien, in Familien mit Behinderten, Kranken und Pflegebedürftigen abgeleistet werden kann.

Die anstehenden Herausforderungen verlangen aber nicht nur den Ausbau und die Verbesserung der ambulanten Hilfe. Auf der Basis des Standes der Altenforschung werden wir auf eine Umstrukturierung der bisherigen Form der teilstationären (z. B. Tagespflege) und der stationären (z. B. Hilfe in Pflegeheimen) Hilfe hinwirken, um die Lebensqualität im Alter zu erhöhen. Durch eine sinnvolle Vernetzung der einzelnen Hilfen soll die Eigenständigkeit der alten Menschen möglichst lange erhalten werden.

Die Anerkennung, die wir für die häusliche Pflege empfinden, gilt auch unseren qualifizierten und einsatzbereiten Pflegekräften in den Sozialstationen und den verschiedenen Einrichtungen für die ambulante und stationäre Pflege. Wir werden uns daher auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für familiengerechte Arbeitszeitregelungen sowie für verbesserte Aufstiegsbedingungen einsetzen.

26. Kapitel

Niedersachsen – eine Heimat auch für Ausländerinnen und Ausländer

In Niedersachsen leben über 400.000 Menschen ausländischer Herkunft. Sie sind nicht nur eine Bereicherung für unser Land, sie sind ein selbstverständlicher Bestandteil geworden. Viele von ihnen leben in der zweiten oder dritten Generation bei uns. Niedersachsen ist für sie so **zur Heimat** geworden, wie es Heimat für viele Bürgerinnen und Bürger deutscher Herkunft ist. Wir wissen, daß weder **unsere Wirtschaft noch unsere sozialen Sicherungssysteme** auf sie verzichten können.

Unabhängig von ihren ökonomischen und kulturellen Leistungen müssen wir mit Abscheu feststellen, daß Menschen ausländischer Herkunft in letzter Zeit immer wieder Opfer fremdenfeindlicher Verbrechen wurden. Wir wissen, daß die fast ausschließlich männlichen und zum großen Teil jugendlichen Gewalttäter oft aus zerrütteten familiären Verhältnissen kommen und Angst vor sozialer Deklassierung haben. Das darf aber nicht von ihrer persönlichen Verantwortung ablenken und schon gar nicht als Entschuldigung gelten. Persönliche Perspektivlosigkeit ist kein Grund, anderen Menschen nachts Brandsätze ins Schlafzimmer zu werfen.

Denn jeder Mensch hat unabhängig von seiner Herkunft, seinem Geschlecht, seiner Gesundheit oder seiner persönlichen Leistungsbereitschaft ein Recht auf den Schutz seiner Menschenwürde vor physischer Gewalt und vor Diskriminierung.

Durch den verstärkten **Einsatz von Streetworkern** in der Sozialarbeit, durch die Förderung der **verbandlichen und der offenen Jugendarbeit**, durch eine bessere **Lehrer- ausbildung** und vor allem durch eine investitions- und arbeitsplatzintensive Wirtschaftspolitik wollen wir den sozialen Nährboden eindämmen, auf dem Fremdenfeindlichkeit gedeiht. **Gewalttäter** und unverbesserliche Agitatoren haben allerdings mit der Härte des Gesetzes und **permanentem Verfolgungsdruck** zu rechnen.

- Wir werden daher die **Polizei besser ausstatten und das Verfassungsschutzgesetz** so ändern, daß eine wirksame Beobachtung Rechts- und Linksradikaler in Niedersachsen wieder möglich wird.
- Wir wollen, daß die seit langem bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer sich in unserer Gesellschaft integrieren und an der Gestaltung und Mitbestimmung des öffentlichen Lebens teilnehmen. Wir haben daher als die deutsche Europapartei das **kommunale Wahlrecht für EG-Bürger** als Vorstufe zur allgemeinen EG-Staatsbürgerschaft möglich gemacht. Auf der Grundlage künftigen Rechts stellt dieses ein nützliches Instrument zur Verbesserung der Integration dar und beschleunigt die europäische Einigung. Ein allgemeines Ausländerwahlrecht läßt das Grundgesetz zu Recht nicht zu. Wegen der Bewältigung der Zuwanderung deutscher Aussiedler ist derzeit ein Einwanderungsgesetz nicht sinnvoll. Langfristig halten wir allerdings eine umfassende Regelung der Zuwanderung nach Deutschland für notwendig.

Für Ausländerinnen und Ausländer, die seit mehr als 10 Jahren hier leben und arbeiten, für diejenigen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, wollen wir Rechtsgrundla-

gen, in denen konkret die Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung geregelt sind.

Doppelte Staatsbürgerschaften sollten in der Regel vermieden werden, Ausnahmen sind dort sinnvoll, wo die Aufgabe der ausländischen Staatsbürgerschaft mit unzumutbaren Nachteilen verbunden ist.

Die Veränderungen der letzten vier Jahre haben auch dazu geführt, daß **Deutschland zu einem der Ziele der weltweiten Armutswanderungen** geworden ist. Für eine derartige Entwicklung war unser altes Asylrecht nicht geschaffen. Es hat zu lange gedauert, bis die jahrelange Überlastung unserer Städte und Gemeinden mit der Unterbringung der Asylbewerber die SPD zur Einsicht gebracht hatte, unser **Asylrecht den neuen Gegebenheiten anzupassen**. Trotzdem hat die **rot-grüne Landesregierung dem Asylkompromiß im Bundesrat nicht zugestimmt**.

Wir werden dafür sorgen, daß auch in Niedersachsen der Asylkompromiß zügig umgesetzt wird. Politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte müssen allerdings auch weiterhin Aufnahme bei uns finden.

27. Kapitel

Schlanke Verwaltung – schnelle Genehmigung – unbürokratisches Handeln

Die Behörden des Landes und der Kommunen sind ein Dienstleistungsbetrieb für die Bürger. Die Einwohnerinnen und Einwohner erwarten einen Staat, der Rahmenbedingungen für ein sozial gesichertes Leben in innerem und äußeren Frieden schafft, der schnelle und gerechte Entscheidungen trifft sowie den Willen zur Leistung nicht durch übermäßige Steuern und Abgaben bremst. Für die Zukunft darf es nicht mehr um den weiteren Ausbau staatlicher Dienstleistungen, sondern – wenn überhaupt – nur noch um den Umbau gehen. Wenn neue Aufgaben unabweisbar sind, muß die Finanzierung durch den Abbau an anderer Stelle sichergestellt werden. Um den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, muß der Staatsverbrauch eingeschränkt werden.

Die CDU wird alle Aufgaben auf ihre Berechtigung und Notwendigkeit hin überprüfen. Bei der **Aufgabenkritik** handelt es sich um eine ständige Aufgabe, die gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kontinuierlich und systematisch betrieben werden muß. Aufgaben, die sich überholt haben, müssen abgebaut und umständliche Verwaltungsverfahren sowie Richtlinien vereinfacht werden. Jeder Gesetzentwurf muß Angaben über die zu erwartenden Investitions- und Folgekosten für alle Ebenen des Staates sowie der Wirtschaft enthalten und dabei besonders auf den zu erwartenden zusätzlichen Personalbedarf eingehen. Jeder Gesetz- und Verordnungsgeber muß die konkrete Finanzierung der Gesamtkosten für alle Ebenen des Staates darlegen.

Ausstattungs- und Leistungsvorschriften in Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungseinheiten führen zu einer Verteuerung der Herstellungs- und Betriebskosten von öffentlichen Einrichtungen: ihre Überwachung bindet übermäßig viel Personal, das mit der eigentlichen Leistungsherstellung nichts zu tun hat, auch verhindern sie oft preiswertere Initiativen. Um zu einer wirklichen Umkehr bei den Leistungsstandards zu kommen, wird die CDU praktisch **alle Leistungsstandards für fünf Jahre außer Kraft setzen**.

Es ist zu prüfen, wie und durch den wen die verbleibenden Aufgaben erledigt werden sollen. Dabei wird die CDU nach folgenden Richtlinien vorgehen:

- Wir wollen **Doppelarbeit vermeiden** und die Zahl der an einer Entscheidung mitwirkenden Behörden reduzieren. Der Idealfall ist, daß sich nur eine Institution mit einem Antrag befassen muß. Dazu gehört auch ein Abbau der Mischfinanzierung.
- Zur kostengünstigen Erfüllung muß für jede einzelne Aufgabe der organisatorische Maßanzug gefunden werden. Die CDU tritt dafür ein, daß die staatliche Ebene, die den Umfang einer Leistung maßgeblich bestimmt, auch für die Finanzierung verantwortlich sein muß.
- Die Entscheidung sollte, wenn immer möglich, auf der untersten Stufe und räumlich nah gefällt werden. Das wäre in der Regel durch die Gemeinde, Stadt oder der Landkreis.

- Mischfinanzierungen, mit denen das Land die Entscheidungsfähigkeit der Kommunen über Gebühr einschränkt, wollen wir abbauen.
- Deshalb wollen wir das **Subsidiaritätsprinzip deutlicher betonen und die kommunale Selbstverwaltung stärken**. Den Selbstverwaltungsorganisationen, wie zum Beispiel den Kammer, kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls besondere Bedeutung zu.
- Entscheidungsvorbehalte vorgesetzter Behörden oder gar der Ministerien führen zu zeitlichen Verzögerungen und sorgen für Doppelarbeit, deshalb müssen alle Gesetze und Verordnungen sowie Verwaltungsvorschriften durchforstet und die Zahl drastisch eingeschränkt werden.
- Darüber hinaus muß durch eine **Funktionalreform** dafür gesorgt werden, daß auf jeder Ebene nach Möglichkeit nur eine Behörde vorhanden ist. Neue Behörden wie zum Beispiel Regionalverwaltungen und damit eine Regionalisierung Niedersachsens, lehnt die CDU ab.
- Die Vielzahl in den letzten Jahren auf Landesebene entstandenen **Sonderbehörden muß kritisch überprüft und reduziert werden**. Wo eine einheitliche Aufgabenerfüllung notwendig ist, müssen diese als Vorortaufgaben an eine Bezirksregierung verlagert werden. Die in einem Flächenland wie Niedersachsen notwendigen Bezirksregierungen müssen durch Entscheidungskompetenzen gestärkt und die Briefkastenfunktionen abgebaut werden.
- Demgegenüber können die **Ministerien wieder auf ihre Ursprungsfunktion der Vorbereitung der Gesetzgebung und der generellen Leitungsentscheidungen sowie des Ansprechpartners für den Landtag zurückgeführt werden**. Vollzugsaufgaben müssen ausgelagert werden. Allein in den Ministerien hat die rot-grüne Landesregierung den Personalbestand unverantwortlich um 20 Prozent aufgestockt und zusätzliche Ministerien und Abteilungen geschaffen. Wir wollen den ausgeufernten Personalbestand in den Ministerien wieder reduzieren.
- Die CDU will durch echte **Kostenkalkulationen** in allen Teilen der Verwaltung das Kostenbewußtsein fördern und so zum sparsameren Umgang mit öffentlichen Mitteln anhalten. Um Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Verwaltungsbetriebskennziffern zur Messung der Verwaltungsleistung nach dem Vorbild der Privatwirtschaft entwickeln zu können, muß **die Kameralistik durch ein neues Rechnungswesen ersetzt werden**.
- Um die staatlichen Gelder gezielter einzusetzen, muß die Verantwortung einzelner Personen gestärkt werden. Neue Modelle der Verwaltungsführung und Aufgaben erledigung, wie dezentrale Ressourcenverwaltung, Tilburger Modell und Budgetierung, müssen verstärkt Anwendung finden und sollten an möglichst vielen Stellen erprobt werden. Hierzu eignen sich sehr gut kulturelle Einrichtungen, bei denen, wie zum Beispiel den Museen, auch die Frage der **Teilrechtsfähigkeit** geprüft werden sollte. Der Einsatz selbsterwirtschafteter Mittel fördert Motivation und Aktivität.
- Die Möglichkeiten der **neuen Kommunikationstechniken und -infrastrukturen** müssen konsequent zur Kostenverringerung und Leistungsverbesserung in der öffentlichen Verwaltung genutzt werden. Durch ihren sinnvollen Einsatz können einfachere Leistungen auch wieder in den Dörfern und Ortsteilen angeboten werden.
- Einen wichtigen Beitrag zur Kostensenkung muß die Gesetzgebung leisten. Weniger und einfachere Gesetze erleichtern den Verwaltungsvollzug und machen ihn damit kostengünstiger.

Den öffentlichen Dienst reformieren – Mitarbeiter motivieren

Wir wollen den nach diesem Konzept verringerten Aufgabenbestand mit einem verkleinerten, aber leistungsbereiten und leistungsgerecht bezahlten öffentlichen Dienst bewältigen. Dazu müssen die Arbeitsbedingungen sowohl von den Leistungsanforderungen her als auch von den Perspektiven denen der Wirtschaft angepaßt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß **wirtschaftliches Denken, Phantasie und Kreativität** im öffentlichen Dienst belohnt und den in den Behörden für das Arbeitsergebnis Verantwortlichen der dafür erforderliche Entscheidungs- und Einflußspielraum gegeben wird.

Wir wollen im öffentlichen Dienst **das Leistungsprinzip stärken und dem einzelnen mehr Verantwortung geben**. Dazu wird sich die CDU dafür einsetzen, daß mittel- und langfristig Besoldungs- und Vergütungsstrukturen von der Bezahlung nach Dienstalter zu einer nach Leistung umstrukturiert werden, daß die Stellenobergrenzen abgeschafft und Leistungskontrollen durchgeführt werden. Bei anhaltender, selbst zu verantwortender Leistungsminderung muß es wieder Sanktionsmöglichkeiten geben.

Wir bekennen uns zu den hergebrachten **Grundsätzen des Berufsbeamtentums** und wollen es durch eine **stärkere Leistungsorientierung** reformieren.

28. Kapitel

Kriminalität bekämpfen – Sicherheit stärken

I. Rechtsstaat sichert Schutz der Schwächeren vor den Stärkeren

1. Das **Ansteigen der Kriminalität** und das **wachsende Sicherheitsverlangen** der Bevölkerung stehen in einer unmittelbaren Beziehung zueinander. **Der Trend des modernen Alltags, neue Lebensrisiken hervorzubringen, verstärkt das subjektive Unsicherheitsempfinden.**

Bürgerinnen und Bürger, die sich bedroht und gefährdet fühlen, erwarten zu Recht, daß der Staat alles daran setzt, um Kriminalität und Gewalt nachhaltig entgegenzutreten.

Für die Politik ist dieses eine große Herausforderung. Wirksame rechtliche Regelungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger schützen die Schwachen vor den Starken, schützen den rechtstreuen Bürger gegen den Rechtsbrecher.

Einzelne Bevölkerungsgruppen fühlen sich in besonderer Weise gefährdet: Kinder, Frauen, Alleinstehende, ältere Menschen. Sie erwarten Antworten.

2. Die Niedersachsen-CDU bekennt sich zum **Recht der Bürgerinnen und Bürger auf ein sicheres Lebensumfeld**. Sicherheit bedeutet Lebensqualität.
Die Niedersachsen-CDU will eine Gesellschaft, in der sich alle frei bewegen und sicher fühlen können. Sie will deshalb einen **Staat, der sich zur Wehr setzt und Gesetzesbrecher konsequent zur Verantwortung zieht**.
3. Dem Rechtsstaat muß entschieden Anerkennung verschafft werden. Wir sind deswegen konsequent gegen eine Mißachtung von Freiheit, Leib und Leben sowie öffentlichem und privatem Eigentum, wir sind gegen Fremdenfeindlichkeit.
Deshalb setzen wir uns auch genauso energisch ein für die Bekämpfung
– des **Subventions- und Versicherungsbetruges**,
– der **Wirtschafts- und Umweltkriminalität**.

II. Kriminalität und Gewalt nehmen zu

4. **Niedersachsen** verzeichnet eine erhebliche Zunahme der Kriminalität, insbesondere auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität, der Massenkriminalität, der Gewalt sowie der Ausländerkriminalität. Die rot-grüne Landesregierung trägt dieser Entwicklung in keiner Weise Rechnung. Sie mißachtet das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Einzelne Regierungsmitglieder haben ein ungeklärtes Verhältnis zu den Sicherheitsorganen, zum staatlichen Gewaltmonopol, zum Rechtsstaat. Sie argumentieren mit Zerrbildern und belasten damit die Vertrauensgrundlage in den freiheitlichen Staat.
1989 war noch ein Rückgang der Kriminalität in Niedersachsen um 3,5 % zu verzeichnen. Nach der Kriminalitätsstatistik stiegen die registrierten Delikte von 519.431 (1989) auf 635.326 (1992) an. Allein 1992 betrug der Anstieg 13,47 %, so hoch wie seit über 20 Jahren nicht mehr.

Bei **einzelnen Deliktbereichen** ist folgende Entwicklung festzustellen:

Die Diebstahlkriminalität hatte 1992 einen Anteil von 61 % an der Gesamtkriminalität und nahm gegenüber dem Vorjahr um 14,7 % zu. Hier sind vor allem die Bereiche Kfz-Diebstahl (+ 26,3 %), Wohnungseinbrüche (+ 18,5%), Taschendiebstahl (+ 63,11 %) zu nennen. Bei Raub betrug von 1988 bis 1992 der Anstieg 7,7 %, bei Straftaten gegen das Leben 10,8 %, bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (u.a. sexueller Mißbrauch von Kindern) 5,3 %, bei Rauschgiftdelikten 40 %.

5. Bei uns tritt immer bedrohlicher in vielfältiger Form die international arbeitende **organisierte Kriminalität** in Erscheinung. Ein zunehmender Teil der sogenannten Alltagskriminalität, z. B. Wohnungseinbrüche, Kfz-Diebstähle und -verschiebungen werden von Tätern des organisierten Verbrechens begangen. Zum Betätigungsfeld dieser Syndikate gehören auch die **Wirtschafts- und Umweltkriminalität** (z.B. grenzüberschreitende illegale Entsorgung giftiger Stoffe oder unerlaubter Handel mit Kernbrennelementen) sowie die „traditionellen“ Bereiche wie **Drogenhandel, Prostitution, Schutzgelderpressung, illegaler Menschenhandel und Glücksspiel**. Die professionell arbeitenden international verzweigten **Verbrechersyndikate** haben in den letzten Jahren eine neue Dimension und Gefährlichkeit erreicht. In **Niedersachsen** macht sich besonders die Öffnung der Grenzen Osteuropas bemerkbar. Hier **werden zunehmend kriminelle Organisationen aus Osteuropa tätig**.
6. Darüber hinaus gibt es einen bedrohlichen Anstieg der Gewalt. Vor allem die **Straftaten mit links- und rechtsextremistischem Hintergrund**, Gewalttaten **gegen ausländische Mitbürger und deren Unterkünfte**, Minderheiten und soziale Randgruppen haben 1992 sprunghaft zugenommen. Zunehmend finden auch Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Organisationen statt. Mit Sorge sieht die CDU diese Zunahme gewalttätiger Ausschreitungen. Entschieden verurteilt sie die Übergriffe auf ausländische Mitbürger und deren Unterkünfte.
7. **Die Kriminalität der seit langem bei uns lebenden Ausländer unterscheidet sich kaum von derjenigen der deutschen Bevölkerung**. Sie sind in hohem Maße integriert und bilden einen nicht mehr hinwegzudenkenden Bestandteil unseres Landes. Der weitaus größere Teil der ausländischen Mitbürger verhält sich daher gesetzestreu. Die **zunehmende Entwicklung der Ausländerkriminalität** gibt dennoch Anlaß zur Sorge. Einen sehr hohen Anteil an dieser Entwicklung stellen **illegal oder als Touristen einreisende Ausländer und Asylbewerber**. So betrug der Anteil der Ausländer unter den ermittelten Tatverdächtigen 1991 23,49 % und 1992 34,13 %. Zieht man die Ausländer ab, die gegen ausländer- und asylverfahrenrechtliche Bestimmungen verstoßen haben, bleibt immer noch ein Ausländeranteil von 25,25 %. Im Bereich der organisierten Kriminalität übersteigt der Anteil deutlich 50 %. Durch Benennung der Fakten muß verhindert werden, daß die große Masse der rechtstreu bei uns lebenden Ausländer durch eine kriminelle Minderheit in Mißkredit gebracht wird. Die erheblichen Zuwachsraten lassen befürchten, daß in den nächsten Jahren ein weiterer Anstieg zu verzeichnen sein wird, wenn nicht auf allen gesellschaftlichen Ebenen dieser Entwicklung entgegengewirkt wird. Vor allem der Prävention kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Sie ist vorrangig Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte – z. B. des Elternhauses, der Schule, der Kirche, der in der Sozialarbeit tätigen Institutionen, der Wirtschaft und auch der Medien. Weiterhin müssen für Polizei und Justiz organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen gesichert und geschaffen werden, die eine effektive Kriminalitätsbekämpfung ermöglichen.

III. Ursachen und Prävention:

8. **Streben nach einem gemeinsamen Wertekonsens:**
Die Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahrzehnte macht deutlich, daß sich die Einstellung vieler Bürger zu den Grundwerten menschlichen Zusammenlebens verändert hat und die Beachtung staatlicher Normen und Spielregeln von einem größer werdenden Teil unserer Gesellschaft immer stärker in Frage gestellt wird. Überzogenes Anspruchsdenken sowie die ausschließliche Erfüllung der eigenen Bedürfnisse und Wünsche werden bei vielen zu bestimmenden Faktoren ihrer persönlichen Lebensvorstellungen. Ferner haben gesellschaftliche Fehlentwicklung in Familie, Schule und Medien zu einem Schwinden des Unrechtsbewußtseins und der sozialen Kontrolle bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mitbeigetragen. Die Folge ist ein Verlust an allgemein anerkannten Wertmaßstäben und gemeinsamer Orientierung.
Wichtige Voraussetzungen für eine künftige Begrenzung der Kriminalität ist daher für die CDU eine Stärkung des Wertebewußtseins und des Verantwortungsgefühls der Menschen. Die Gesellschaft braucht einen allgemein beachteten Konsens über Grundwerte. Intoleranz und Rücksichtslosigkeit sowie der Bagatellisierung von Rechtsverstößen ist entschieden entgegenzutreten. Auch kleinere Delikte sind Unrecht. Die nötigen Kurskorrekturen müssen schon im Elternhaus beginnen. **Friedliches und sozial verträgliches Verhalten muß frühzeitig in der Kindheit vermittelt werden. Wo solches Lernen ausbleibt, werden Hemmschwellen zur gewaltsamen und damit kriminellen Durchsetzung von persönlichen Ansprüchen und Vorstellungen schneller überwunden.** Aus diesem Grunde müssen **Eltern** verantwortungsbewußt ihre Erziehungsaufgabe wahrnehmen, um damit der Entfremdung und der emotionalen Bindungs- und Orientierungslosigkeit entgegenzuwirken.
Auch die Medien haben ihre Verantwortung zu übernehmen. Untersuchungen zeigen, daß die zunehmenden Gewaltdarstellungen in den Medien die Hemmschwelle zur Gewalt besonders bei jungen Menschen senkt. Das hohe Maß an Gewalt und Kriminalität im Fernsehen kann vor allem bei jungen Menschen den Eindruck vermitteln, daß diese zu den normalen und legitimen Mitteln der Problem- und Konfliktbewältigung gehören. Auf diese Weise werden **falsche Leitbilder** vermittelt. Die CDU fordert dringend eine **Trendwende in den Medien durch eine verantwortungsbewußte Selbstkontrolle**.
9. **Gewalt als Ausdruck von Perspektivlosigkeit:**
Der **Anstieg der Kriminalität ist aber auch ein Zeichen für die zunehmende Armut und Perspektivlosigkeit in Teilen unserer Gesellschaft**. Zwar hängen schlechte persönliche Zukunftsaussichten und die Bereitschaft, die Rechtsgüter anderer zu verletzen, nicht unmittelbar zusammen, doch ist der Anstieg der Kriminalität eine typische Folge davon, daß der Teil derjenigen, die sich in unserer immer komplizierter werdenden, arbeitsteiligen Gesellschaft nicht mehr zurechtfinden, größer geworden ist. Eine wirksame Sozialpolitik und eine investitions- und arbeitsplatzintensive Wirtschaftspolitik sind daher Voraussetzungen einer wirksamen Kriminalitätsprävention.
10. **Mitverantwortung des Bürgers**
Jeder Bürger sollte sich als aktiver Sicherheitspartner verstehen und die Gewährleistung

der Inneren Sicherheit nicht als alleinige Aufgabe des Staates ansehen, sondern Mitverantwortung tragen. Dies bedeutet für die CDU:

- **Aktive Zusammenarbeit der Bürger mit der Polizei.**
- Bürgern, die **Opfer einer Straftat** werden, muß Hilfe geleistet werden. Bürger müssen helfen statt wegschauen.
- **Gute Nachbarschaft** und gegenseitige Hilfe sind ein effektiver Schutz gegen Eigentumsdelikte wie Einbruchs- und PKW-Diebstahl. **Gute Nachbarschaft ist die beste Sicherheitspartnerschaft.**
- **Bildung von Sicherheitsbeiräten** (Vertreter von Behörden, Sachverständige, interessierte Bürger) zur Intensivierung und Koordinierung präventiver Maßnahmen auf **kommunaler Ebene**, um so insbesondere ortstypischen Kriminalitätsstrukturen und -ursachen entgegenwirken zu können.
- Die **Bürger trifft eine Mitverantwortung bei der Sicherung ihrer Wohnung und ihres Eigentums.**
- Der **Einsatz privater Bewachungsdienstunternehmen** ist ein zusätzliches Instrument bei der eigenverantwortlichen, privaten Sicherheitsvorsorge des Bürgers. Sie sind aber weder Konkurrenz noch Ersatz für die Polizei. Private Sicherheitsunternehmen haben keine Hoheitsbefugnisse, das staatliche Gewaltmonopol darf nicht angetastet werden.

11. Stärkung der Akzeptanz der Polizei

Wichtig für unsere innere Sicherheit ist die Akzeptanz der Polizei in der Bevölkerung. Diskriminierungen und Diskreditierungen der Polizei gilt es daher entgegenzutreten. Die Wichtigkeit des polizeilichen Handelns für uns alle ist zu verdeutlichen und damit das Ansehen der Polizei zu stärken.

12. Weitere Maßnahmen:

Als weitere präventive Maßnahmen werden von der CDU u. a. für erforderlich gehalten:

- Jugendlichen fehlt oftmals die Geborgenheit eines vertrauten Lebensumfeldes und die Unterstützung in einer intakten Familie. **Jugend- und Sozialarbeit** müssen hier rechtzeitig zur Unterstützung und Entlastung der betroffenen Familie eingesetzt werden.
- Jugendämter sollen in enger Zusammenarbeit mit Eltern, Schulen, Jugend- und Sportverbänden **Konzepte der offenen Jugend- und Vereinsarbeit** entwickeln, die zu einem Abbau von Gewaltbereitschaft und der Aggressionen beitragen. **Sinnvolle Freizeitangebote** und interkulturelle Jugendarbeit können auch Vorurteilen gegenüber fremden Kulturen entgegenwirken.
- Für eine wirksame Bekämpfung der **Drogenproblematik** brauchen wir die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte in unserem Land – bei der Aufklärung, der Beratung, der Rehabilitation und bei der Schaffung von erheblich mehr Therapieplätzen in den Ländern und Gemeinden für die intensive Betreuung der Rauschgift-süchtigen.
- Dem **Städtebau** muß künftig auch in diesem Zusammenhang eine größere Beachtung beigemessen werden als das bisher der Fall war. **Die Folge der Anonymität der Wohngettos ist die Gleichgültigkeit des Einzelnen gegenüber seiner Umwelt.** Gedrängtes Zusammenleben vieler Menschen auf engem Raum ohne individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Freizeit- bzw. Grünanlagen führt zu einer **Anonymisie-**

rung der Nachbarschaft und zu Aggressionen als Nährboden für Gewalttätigkeiten. Weiterhin wird die Begehung von Straftaten **durch geringeres Entdeckungs- und Anzeigenrisiko zusätzlich begünstigt.**

- Nachts kann weiterhin die optimale **Beleuchtung von Unterführungen und Fußgängerzonen**, von öffentlichen Grünanlagen sowie die Einrichtung von **Frauenparkplätzen in Parkhäusern** einen erheblichen Gewinn an Sicherheit bringen.

IV. Organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen für die Kriminalitätsbekämpfung

13. Unterstützung der Arbeit der Polizei

Die Polizei ist Garant unserer Inneren Sicherheit. Sie muß ihre Arbeit effektiv wahrnehmen können. Bei der rot-grünen Landesregierung findet sie nicht den erforderlichen Rückhalt. Die CDU bekennt sich zur Polizei und fordert alle Verantwortlichen auf, diese bei ihrer für den inneren Frieden wichtigen und schwierigen Arbeit zu unterstützen. Auch der Polizist ist Bürger in Uniform.

Durch Verbesserung der **Aufklärungsquote** ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Strafverfolgung zu stärken. Der potentielle Straftäter muß mit einer **hohen Entdeckungswahrscheinlichkeit** rechnen. Weiter muß die Ahndung von Straftaten innerhalb kürzester Frist nach Täterermittlung erfolgen.

Die Belastungssituation der Polizei hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschärft. Für eine angemessene Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität verfügt sie oftmals nicht über ausreichende, teilweise antiquierte Ausstattung und schlechte berufliche Perspektiven. Die CDU wird daher:

– für eine **bürgernahe Einsatzstrategie** sorgen. Die Polizei muß in den Städten und Gemeinden wieder **stärker präsent** sein. Sie muß mehr Zeit für den Streifendienst auf Straßen und Plätzen haben. Der bürgernahe Polizist ist Ansprechpartner für die Bevölkerung und stärkt damit durch seine Anwesenheit ihr Sicherheitsgefühl.

– vor allem in **Bezirken mit hohem Ausländeranteil** in den Polizeidienststellen **Vertrauensbeamte einsetzen, die mit den Lebensverhältnissen, der Kultur und der Sprache der ausländischen Mitbürger** vertraut sind. Als deren Ansprechpartner sollten sie zusammen mit den Verantwortlichen in den kommunalen Behörden Informationsveranstaltungen sowie zielgruppenorientierte Präventionsprogramme durchführen.

– für eine **angemessene Personalaufstockung** der Polizei sorgen. Angesichts der Kriminalitätsentwicklung ist die personelle Verstärkung von der rot-grünen Landesregierung sträflich vernachlässigt worden. Von 1991 bis 1993 hat es insgesamt lediglich rd. 200 zusätzliche Stellen im Polizeibereich gegeben, im Jahre 1993 bei der Schutzpolizei nur 10 und bei der Kriminalpolizei nur 11 Stellen. Da insgesamt 7.600 neue Stellen eingerichtet wurden, verdeutlicht diese Entwicklung den untergeordneten Stellenwert der Polizei in der Politik der rot-grünen Landesregierung. In 14 Jahren

angespannter Finanzsituation geschaffen worden.

– eine **aktive Nachwuchswerbung für die Polizei** betreiben. Dazu müssen die Vielseitigkeit und Bedeutung des Polizeiberufes für den Einzelnen und für die Allgemeinheit offensiv dargestellt werden.

- eine **leistungsgerechtere Entlohnung durch eine akzeptable Regelung der Eingruppierung und Besoldung der Polizeibeamten** sicherstellen. Die bisherigen Hebungsmodelle sind dazu nicht ausreichend. In einem ersten kurzfristig einzuleitenden Schritt sollte das Eingangssamt bei der Polizei von A 7 nach A 8 angehoben werden. Mittelfristig soll die **zweigeteilte Laufbahn** eingeführt werden.
- die **Polizeidienststellen** mit modernen, zweckentsprechenden technischen Möglichkeiten, insbesondere EDV, ausstatten. Die **investiven Ausgaben für die Polizei** müssen daher **erhöht** werden.
- durch eine **kritische Überprüfung der Aufgaben der Polizeiarbeit** infolge Aufgabenbereinigung und Aufgabenumschichtung zusätzliche Personalkapazitäten der Polizei freisetzen. **Die frei werdenden Beamten sollten in der Kriminalitätsvorbeugung und Strafverfolgung eingesetzt werden.**

Die CDU schlägt dazu u.a. vor:

- a) Alle **Innendienstfunktionen** der Polizei werden auf die Notwendigkeit ihrer Wahrnehmung durch Polizeivollzugsbeamte überprüft. Reiner Verwaltungsdienst sollte möglichst von Angestellten durchgeführt werden.
- b) **Konzentration des Polizeieinsatzes auf die kriminalitätsrelevanten Zeiten und -Bereiche.** Auf diese Weise soll die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit erhöht werden.
- c) **Entlastung der Polizei von nichtpolizeitypischen Tätigkeiten** (u. a. von Ermittlungersuchen der zuständigen Behörden im Rahmen von Ordnungswidrigkeitsverfahren, von der Begleitung von Gefangenentransporten (Aufgabe der Justizverwaltung) und von der Begleitung von Wert- oder Schwertransporten).
- d) Die **Möglichkeit der Freistellung der Polizei von der Unfallaufnahme** zum Zweck der Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche ist zu prüfen.
- e) **Überprüfung des bisherigen Objekt- und Personenschutzes.** Diese Aufgaben können zumindest teilweise durch **private Sicherheitsdienste** erfüllt werden.
- f) **Verkehrsregelung und Ordnungsdienst bei kommerziellen Großveranstaltungen** sind grundsätzlich Aufgaben des Veranstalters. Sollte ein Polizeieinsatz dennoch ausnahmsweise erforderlich sein, müssen die Veranstalter zu den Kosten herangezogen werden.

14. Verbesserung der rechtlichen Instrumentarien:

Für eine effektivere Bekämpfung der Kriminalität hält es die CDU für unbedingt erforderlich, die **rechtlichen Rahmenbedingungen** für eine wirksame Gefahrenabwehr zu verbessern. Der **rot-grüne Polizeigesetzentwurf** enthält die falschen Antworten auf die Herausforderungen.

Die Handlungsfähigkeit der Polizei wird nämlich zum Schaden der Bürger eingeschränkt. Im einzelnen fordert die CDU u.a.:

- a) Auf Bundes- und Landesebene sind die rechtlichen Voraussetzungen zum **verdeckten Einsatz technischer Mittel** zum Abhören des in Wohnungen nichtöffentlich gesprochenen Wortes zu schaffen. Dies ist als Beweissicherungsmittel vor allem zur wirkungsvollen Bekämpfung der organisierten Kriminalität unverzichtbar. Rot-grün in Niedersachsen lehnt eine derartige Regelung ab und behindert damit wirksame Maßnahmen gegen Schutzgelderpressung, Prostitution, illegalen Menschenhandel sowie systematische Markterschließung durch Drogenkartelle.

- b) Der **Einsatz verdeckter Ermittler** ist ein unverzichtbares Instrument der Kriminalitätsbekämpfung. Dies kann aber nur dann wirksam gelingen, wenn sich diese verdeckten Ermittler, um eine schnelle Enttarnung zu verhindern, in einem gesetzlich bestimmten Rahmen milieubedingt verhalten können. Die Internationalisierung insbesondere der organisierten Kriminalität setzt dem Einsatz verdeckter deutscher Ermittler zunehmend Grenzen. Es ist daher der **Einsatz verdeckter Ermittler nicht-deutscher Herkunft erforderlich, um gegen ethnische abgeschlossene Tätergruppierungen besser vorgehen zu können.**

Der durch Bundesgesetz geregelte Einsatz verdeckter Ermittler, den die rot-grüne Landesregierung im Bundesrat abgelehnt hat, kann diesen Einsatz aufgrund der geltenden Gesetzgebungsverteilung zwischen **Bund und Ländern nur zur Strafverfolgung** erlauben. Deswegen bedarf es einer **Landesregelung für den Einsatz zur Straftatenverhütung und -vorbeugung durch frühzeitige Vorfeldbeobachtung.** Auch dies wird von der rot-grünen Landesregierung abgelehnt, obwohl fast alle anderen Landespolizeigesetze derartige Regelungen enthalten.

- c) Die **Einsatzmöglichkeiten für Rasterfahndungen** müssen erweitert werden.
- d) **Datenschutz darf nicht zum Täterschutz** führen und damit eine wirksame Arbeit der Polizei verhindern. Es sind daher die **Datenschutzregelungen unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen zu überarbeiten** und zu straffen.
- e) **Möglichkeit des vorbeugenden Unterbindungsgewahrsams** Verdächtigter durch die Polizei entsprechend der in der Praxis bewährten Regelungen anderer Bundesländer wie Bayern, insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität und im Falle der Wiederholungsgefahr bei reisenden extremistischen Schlägerbanden.
- f) Einen **wirksamen Zeugenschutz** zur nachhaltigen Berücksichtigung der Interessen des Zeugen, wenn er oder eine andere Person an Leib oder Leben gefährdet sind. Aus diesem Grunde sollte insbesondere ermöglicht werden, die Vernehmung eines gefährdeten Zeugen im Wege der Fernseh- oder mittels Tonübertragung vorzunehmen. Gerade Strafverfahren gegen einflußreiche Angehörige der kriminellen Szene dürfen nicht daran scheitern, daß Zeugen im Falle einer Aussage um Leib und Leben fürchten müssen. Die **Kronzeugenregelung** sollte erweitert und verbessert werden.

Der finale Rettungsschuß muß auf eine klare gesetzliche Grundlage gestellt werden.

- g) Eine wirksame **Vorbeugung gegen Drogenmißbrauch** ist nur möglich, wenn das Ausmaß des Drogenproblems und die davon ausgehende Gefahr für jeden einzelnen nicht verharmlost wird. Die Forderung nach einer **Freigabe von sogenannten „weichen Drogen“ lehnen wir entschieden ab.** Sie ist geeignet, die großen Gefahren des Drogenkonsums zu verharmlosen, die Hemmschwelle bei potentiellen Drogenkonsumenten herabzusetzen, unsere gesamte Prävention unglaubwürdig werden zu lassen. Eine Freigabe von sogenannten „weichen Drogen“ würde mit Sicherheit zu einer Konsumsteigerung auch bei den harten Drogen führen. Die leichte Verfügbarkeit von Drogen in der Bundesrepublik Deutschland würde zwangsläufig auf einen „Drogentourismus“ hinauslaufen. Es wäre mit einer steigenden Anzahl Drogenabhängiger zu rechnen. Beschaffungskriminalität und Folgekriminalität würden sprunghaft steigen.

Bei einer Freigabe würde darüber hinaus die notwendige Beschränkung der Abgabe von Rauschgift zum Herausbilden neuer Schwarzmärkte und illegaler Handelsstrukturen führen.

Die CDU tritt deshalb dafür ein, nicht die **resignative Flucht in die „Legalisierung“ anzutreten**, sondern den Kampf gegen die Drogen, gegen die Drogenbosse und -kartelle noch konsequenter und systematischer zu führen.

- h) Ein wichtiger **Beitrag zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität enthält das Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)**. Diese gesetzlichen Regelungen reichen jedoch nicht aus. So sollten u.a. die Schwellenwerte für die Identifizierungspflicht überprüft und ggf. gesenkt werden. Weiterhin sind die gewährten Privilegierungen für Berufsgeheimnisträger bei der Kundenidentifizierung aufzuheben. Ferner sollte der Anwendungsbereich des Straftatbestandes der Geldwäsche auch auf Beträge ausgedehnt werden, die durch Betrug, Untreue, Urkundenfälschung oder Geldfälschungsdelikte erlangt werden. Bei sichergestellten Vermögenswerten wird eine Beweislastumkehr befürwortet, um eine Einziehung der Vermögenswerte zu gewährleisten, deren legale Herkunft der Täter nicht nachweisen kann.
- i) Der **Anstieg gewälttätiger Auseinandersetzungen** und hinterhältiger Anschläge ist besorgniserregend. Das gilt u.a. für die Übergriffe auf ausländische Mitbürger und deren Unterkünfte. **Gewalttäter müssen daher konsequent ermittelt und nach kurzer Zeit verurteilt werden**. Die zur Verfügung stehenden rechtlichen Handlungsmöglichkeiten müssen überprüft und durch prozeßrechtliche Änderungen verbessert werden.
- j) Dringend ist eine **Verschärfung des Tatbestandes des Landfriedensbruches erforderlich**. Das vermehrt zu verzeichnende Begehen von Straftaten aus der schützenden Anonymität einer Menschenmenge muß beendet werden. Aus diesem Grunde muß sich künftig bereits derjenige strafbar machen, der sich im Falle von Gewalttätigkeiten und Bedrohungen aus einer Menschenmenge heraus trotz Aufforderung der Polizei nicht aus ihr entfernt.
- k) Weiterhin muß gegen **Straftäter, die der Begehung einer politisch-motivierten Straftat mit Gewaltanwendung dringend verdächtig werden, zukünftig bei Wiederholungsgefahr in weit größerem Ausmaße als bisher durch den Haftrichter Untersuchungshaft angeordnet werden können**. Das Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer Straftat gleicher Art innerhalb der letzten 5 Jahre für die Annahme einer Wiederholungsgefahr gem. § 112 a StPO sollte gestrichen werden.
- l) Das Strafmaß bei **Gewalttätigkeiten sollte darauf überprüft werden**, ob nicht die **Mindest- und Höchststrafen angehoben werden müssen**. Vor allem **Gewaltdelikte** gegen bestimmte Opfer wie **Kinder, alte und behinderte Mitmenschen** sollten als besonders schwerer Fall mit der Konsequenz eines höheren Strafrahmens qualifiziert werden.
- m) Ebenfalls sollte eine **Erhöhung des Strafrahmens bei bandenmäßiger Drogenkriminalität** erfolgen. Gegen Drogendealer muß härter vorgegangen werden. Die CDU tritt deshalb dafür ein, bei bandenmäßiger Betäubungsmittelkriminalität eine lebenslange Freiheitsstrafe einzuführen. Ferner befürworten wir ein strengeres Haftrecht für Drogenkriminelle.

Wir treten dafür ein, einen **Straftatbestand des Mitführens von Waffen beim Begehen von Betäubungsmittelstraftaten** einzuführen. Gleiches gilt für das Einsetzen von Kindern beim Betäubungsmittelhandel.

Darüber hinaus soll ein **Straftatbestand der Abzweigung von Chemikalien zum Zwecke der illegalen Betäubungsmittelherstellung eingeführt** werden.

- n) **Beschleunigte Strafverfahren gem. § 212 StPO** sollten viel mehr durchgeführt werden, als dies bisher der Fall ist. Eine Beschwerdemöglichkeit für die Staatsanwaltschaft gegen eine das vereinfachte Verfahren ablehnende Gerichtsentscheidung sollte eingeführt werden.
- o) Die **Möglichkeiten der Abschiebung straffälliger Ausländer unmittelbar im Anschluß an die Strafverbüßung** müssen voll ausgeschöpft, ggf. gesetzlich noch erweitert werden. Erhebliche strafbare Handlungen müssen zur Verwirklichung des Aufenthaltsrechtes führen. Vor allem ausländische Drogendealer müssen konsequent abgeschoben werden.

V. Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz ist eine wichtige Säule der Inneren Sicherheit. Angesichts der zunehmenden Gewalttätigkeiten links- und rechtsextremistischer Organisationen sowie ihrer Auseinandersetzungen untereinander muß dieser in Niedersachsen wieder leistungsfähiger werden und die notwendige politische Rückendeckung erhalten, die dieser zur notwendigen Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Das rot-grüne Verfassungsschutzrecht muß daher mit dem Ziel der Angleichung an das Bundesverfassungsschutzgesetz geändert werden. Der Verfassungsschutz muß wieder effektiv arbeiten können.

VI. Strafvollzug

Vor dem Hintergrund hoher Rückfallquoten kommt auch dem Strafvollzug große Bedeutung für die Innere Sicherheit zu. Erfolgreiche Resozialisierung, die das Ziel des Strafvollzugsgesetzes ist, dient zugleich auch dem Schutz möglicher künftiger Opfer. In der Praxis muß der Strafvollzug jedoch unter Bedingungen arbeiten, die nicht selten eine kriminelle Laufbahn eher noch verstärken.

Die nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Finanzmittel für den Strafvollzug dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Sie müssen vielmehr schwerpunktmäßig dort eingesetzt werden, wo die Wiedereingliederungschancen besonders erfolversprechend erscheinen: etwa bei jugendlichen Heranwachsenden, Jungtätern oder erstverbüßenden erwachsenen Straftätern.

Das Ziel des Vollzugs muß vor allem darin bestehen, dem Rückfall vorzubeugen.

Diesem Ziel entsprechend sind die Bemühungen vor allem darauf zu richten, den Gefangenen durch Ausbildung, Unterricht, Beratung bei der Lösung persönlicher und wirtschaftlicher Probleme die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern bzw. kriminelle Neigungen zu beheben.

Dem Gefangenen, der seine kriminelle Laufbahn abbrechen will, soll eine entsprechende Chance eröffnet werden. Diese Chance kann z.B. darin bestehen, während des Strafvollzuges schulische oder berufliche Defizite zu beheben.

Es kann für den Einsatz finanzieller Mittel im Rahmen der Rückfallverhütung allerdings nicht gleichgültig sein, wegen welcher Tat ein Strafgefangener (vor)bestraft ist. Ferner kann es nicht bedeutungslos sein, wie oft ein Strafgefangener bereits straffällig wurde und wie oft besondere Resozialisierungsmaßnahmen bisher ohne Erfolg gewährt worden sind.

Die **Sicherheitsbedürfnisse der Bürger** sind angemessen zu berücksichtigen. **Insoweit muß auch das System der Vollzugslockerung daraufhin überdacht werden, wo sie sinnvoll und vertretbar erscheinen und wo nicht.** Ferner müssen die Kontrollstrukturen in den Haftanstalten wesentlich verstärkt werden, damit z.B. der Drogenschmuggel, der Drogenhandel und Drogenbesitz besser als bisher unterbunden werden können.

Soweit die entsprechende Gefahr nur gering ist (z.B. bei „Selbststellern“) soll vorrangig der offene Vollzug durch die Errichtung von neuen Gebäuden an günstigen Standorten ausgebaut werden.

Die **Suche nach Alternativen für den Freiheitsentzug – nicht nur im Jugendstrafrecht –** muß fortgesetzt werden.

Die **Bewährungshilfe und die außerstaatliche Entlassenenhilfe** müssen ausgebaut werden (z.B. „Anlaufstellen für Straffällige“; Resozialisierungsfonds). Eine Betreuung in der Anstalt kann meist nur wenig nützen, wenn sie im Zeitpunkt der größten Rückfallgefährdung, d.h. kurz nach der Entlassung, aufhören muß.

VII. Europäische Zusammenarbeit

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft wachsen zu einem Raum ohne Binnengrenzen zusammen. Darin liegt zentral Niedersachsen. Der international organisierten Kriminalität können wir nicht mehr nur mit nationalen Maßnahmen begegnen. Die CDU fordert daher im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Politik eine **internationale polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung der grenzüberschreitend operierenden Kriminalität.**

Dazu gehört u.a.:

- Die Vereinbarung von Regelungen zwischen den europäischen Nachbarn, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie polizeiliches Eingreifen in benachbarten Grenzregionen zuzulassen. Die Kooperation zwischen den örtlichen Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften muß erheblich verbessert und unbürokratischer gestaltet werden.
- **Schaffung von einheitlichen europäischen Standards für die Kontrolle an den EG-Außengrenzen** und zur Verhinderung illegaler Einwanderung.
- Umgehende Errichtung eines **Europäischen Polizeiamtes (EUROPOL)** mit dem Ziel der Bekämpfung der europaweit agierenden Organisationen im Bereich der internationalen Kriminalität, des illegalen Drogenhandels und der speziellen Delikte zum Nachteil der EG (z.B. Subventionsschwindel, Umweltdelikte usw.).
- Eine Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen **Zollverwaltung** bei der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, der Embargoverletzungen und der illegalen Einfuhr gefährlicher Substanzen (z. B. Plutonium).
- Die Bekämpfung der **Wirtschaftskriminalität** (u.a. Geldwäsche) durch hochspezialisierte Sonderdienststellen von Europol. Diese können darüber hinaus helfen, **illegalen Waffenhandel** einzudämmen, **Wirtschaftsembargos** wirksam werden zu lassen und Mißbrauch bei Einsatz ausländischer Arbeitnehmer über **Scheinarbeitsverhältnisse** und **Scheinfirmen** zu verhindern.